



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 9

September 1962

Schleswig-Holstein von 1956 bis 1962

- Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
- Unterricht, Bildung, Rechtspflege
- Landwirtschaft
- Industrie
- Bauwirtschaft, Wohnungsbau
- Handel und Gastgewerbe
- Verkehr

- Geld und Kredit
- Sozialleistungen
- Finanzen und Steuern
- Preise
- Löhne und Gehälter
- Sozialprodukt

Graphik des Monats: Bevölkerungsveränderung 1956 - 1961

INDUSTRIELAND — AGRARLAND

Anteil der Bereiche



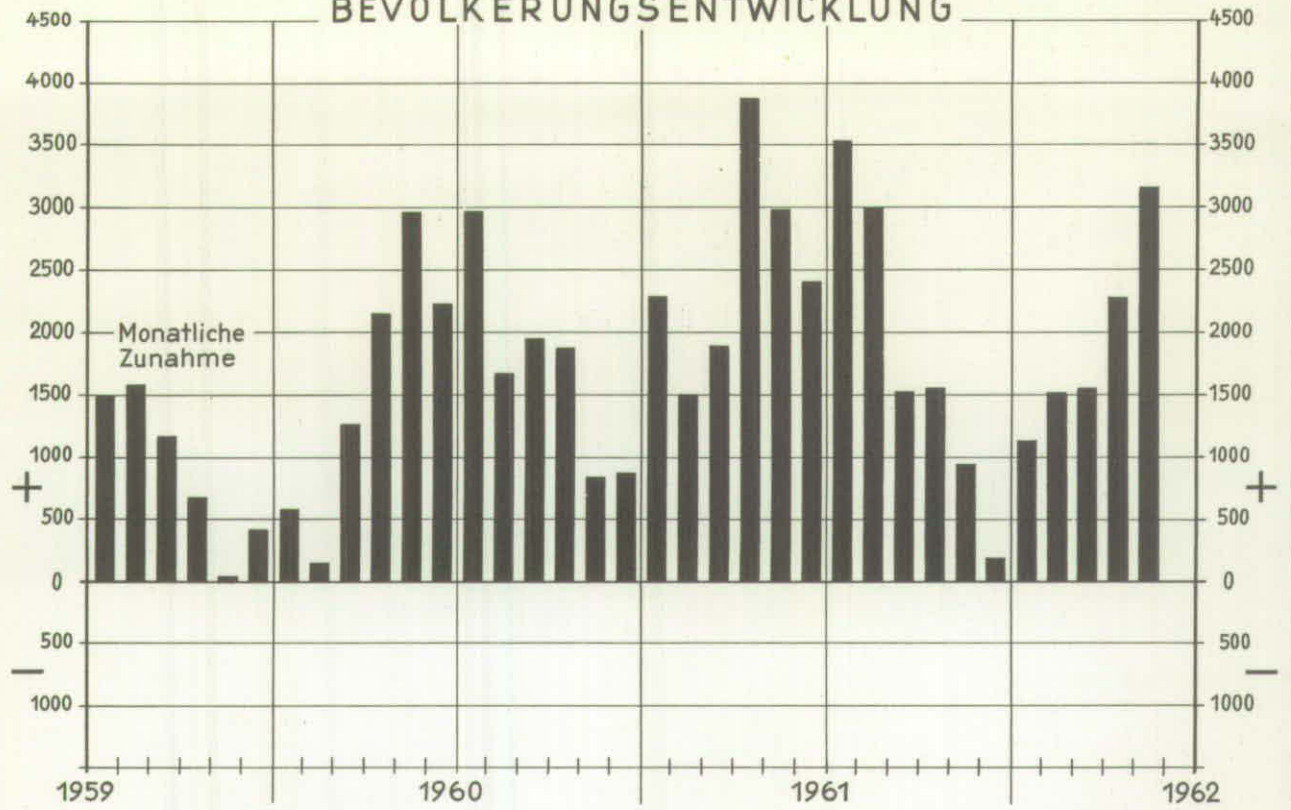
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

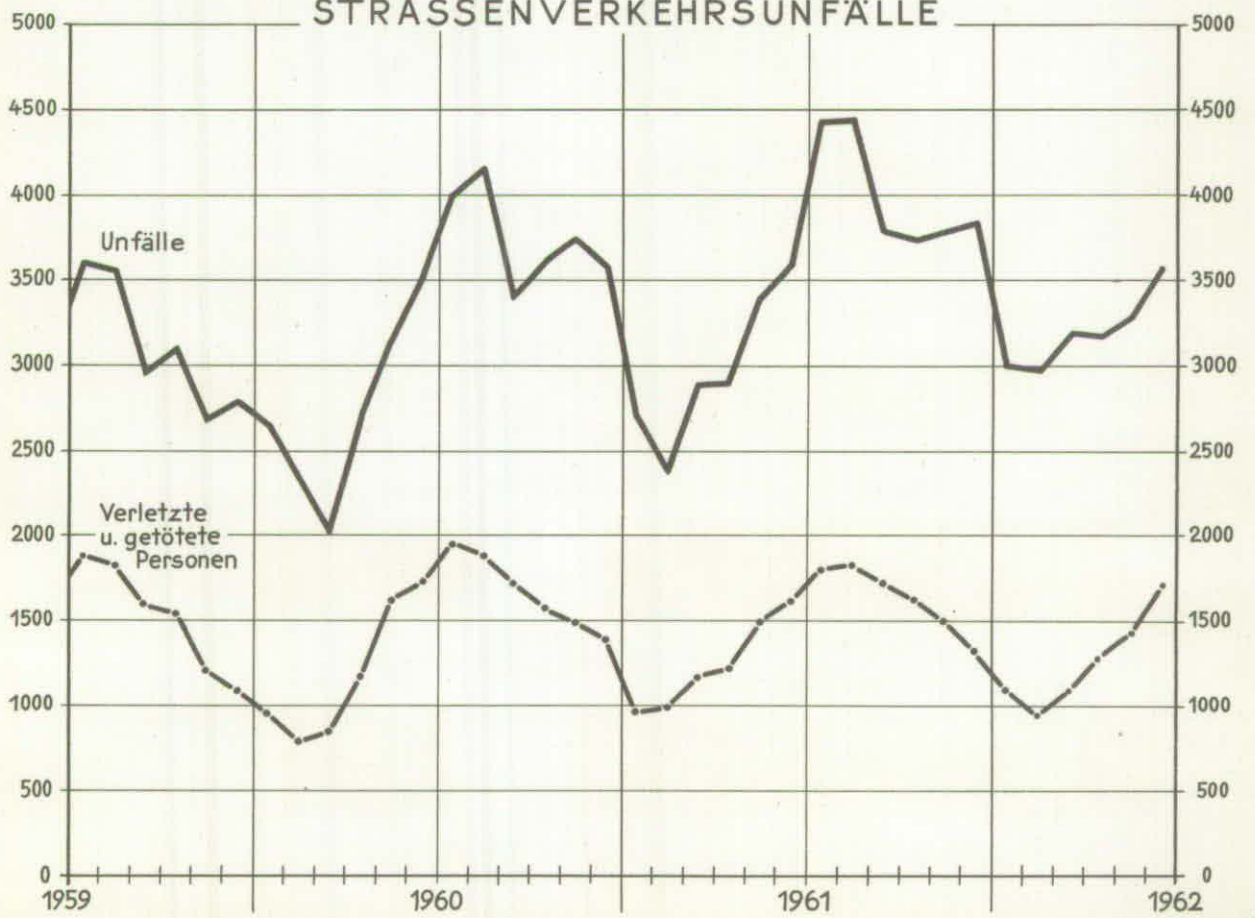
V 6458 E

D-3035

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



I N H A L T

9/62

Aktuelle Auslese	261
Schleswig-Holstein von 1956 bis 1962	262-296
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	263-266
Unterricht, Bildung, Rechtspflege	266-269
Landwirtschaft	269-273
Industrie	273-276
Bauwirtschaft, Wohnungsbau	276-278
Handel und Gastgewerbe	278-279
Verkehr	280-284
Geld und Kredit	284-286
Sozialleistungen	286-288
Finanzen und Steuern.	288-291
Preise	291-293
Löhne und Gehälter	293-295
Sozialprodukt	295-296
Graphik des Monats.	282-283
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel.	297-302
Kreiszahlen	303
Schleswig-Holstein im Bund	304
Wirtschaftskurven A - allgemein -	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 4/1962

Lehrerbedarf und Lehrernachwuchs
Landwirtschaftl. Betriebe über 100 ha
Gewerbesteuer-Meßbeträge 1958
Umsatzstruktur 1960
Preise in Gaststätten 1960

Gemüse 1961
Getreide 1961
Konsumgenossenschaften 1960
Voraussichtlicher Pkw-Bestand

Heft 5/1962

Ehescheidungen 1960
Bauwirtschaft 1961
Fremdenverkehr Sommer 1961
Kapitalgesellschaften 1961
Steueraufkommen 1961

Schweinebestand März 1962
Streiks

Heft 6/1962

Milchwirtschaft 1961
Vieh- und Fleischwirtschaft 1960/61
Löhne in der Landwirtschaft 1961
Industrie 1961
Handwerk 1961
Zahlungsschwierigkeiten 1961

Kommunaler Finanzausgleich
Lehrernachwuchs
Pädagogische Hochschulen
Akademische Prüfungen

Heft 7/1962

Kommunalwahlen März 1962
Bodennutzungssysteme
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
Boden- und Kommunalkreditinstitute

Heft 8/1962

Wohnbevölkerung nach der Volkszählung
Kredite und Einlagen 1961
Meldepflichtige Krankheiten

Arbeitsplatzwechsel der Arbeitnehmer
Öffentliche Verschuldung
Hypotheken 1961
Klassifizierte Straßen
Verkehr der Bundesbahn
Ausländer 1961
Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel
Baumschulen 1961



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 9

September 1962

Aktuelle Auslese

VORSICHT IM VERKEHR!



Es gibt eine Statistik der un-mittelbaren Unfallursachen bei Straßenverkehrsunfällen, so wie sie von der Polizei bei den Unfall-aufnahmen festgestellt wurden. Die Ergebnisse dieser Statistik zeigen, daß die Unfallursache häufig bei den Führern von Fahrzeugen liegt. Bei den Unfällen mit Personenschaden wurden 1961 in Schleswig-Holstein hauptsächlich fol-gende Fehler gemacht:

	Anzahl	%
zusammen	13 243	100
darunter		
Übermäßige Geschwindigkeit	2 770	21
Nichtbeachten der Vorfahrt	1 773	13
Fehler beim Überholen oder beim Vorbeifahren	1 587	12
Fahrer unter Alkoholeinfluß	1 374	10
Falsches Einbiegen oder Wenden	1 228	9



12% DER WOHNUNGEN VOR 1870 GEBAUT

Bei der Gebäudezählung 1961 wurde auch das Baualter der Wohngebäude festgestellt. Dabei zeigte sich, daß rund ein Drittel der Wohnungen in Schleswig-Holstein Neubauwohnungen - 1949 und später erbaut - sind. Annähernd 100jährige und noch ältere Wohnungen - vor 1870 gebaut - machen 12% des Wohnungsbestandes aus.

KNAPP DIE HÄLFTE DER WOHNUNGEN IN EIN- UND ZWEIFAMILIENHÄUSERN

Am 6. Juni 1961 gab es in Schleswig-Holstein fast 662 000 Wohnungen, von denen sich 46% in Ein- und Zweifamilienhäusern und 44% in Mehr-familienhäusern befinden. Die restlichen Woh-nungen gehören zu bäuerlichen Betrieben oder

zu Nebenerwerbs- und Kleinsiedlerstellen. In den kreisfreien Städten ist die Siedlungsform weniger aufgelockert; hier befinden sich 75% der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern.



KONZENTRATION IN DER TIERHALTUNG

Der Anteil der Betriebe mit Vieh-haltung hat sich seit 1949 in Schleswig-Holstein beachtlich

vermindert:

	1949	1960
	in % aller Betriebe	
Betriebe mit		
Pferden	65	43
Rindern	87	81
Schweinen	87	75
Schafen	38	9

Dagegen hat sich der durchschnittliche Tier-bestand je Haltung - mit Ausnahme des Pferde-bestandes - erhöht:

	1949	1960
Pferde	4	2
Rinder	17	26
Schweine	7	25
Schafe	9	29



MONATLICH 2 200 EINFAMILIENHÄUSER

Aus der schleswig-holsteinischen Produktion von Mauersteinen (Ziegel und Kalksandsteine) im Juli 1962, die in Mauerwerk umgerechnet 198 000 cbm betrug, könnten ungefähr 2 200 Einfamilienhäuser gebaut werden, wenn man ein Haus mit ca. 70 qm Grundfläche, Spitzdach und Keller zugrundelegt. Die Jahresproduktion 1961 (1,9 Mill. cbm Mauerwerk) hätte für die Erstellung von 21 000 Einfamilienhäusern aus-gereicht.

Schleswig-Holstein von 1956 bis 1962

Das Leben ist dynamisch, und schon im Laufe eines halben Jahrzehnts verändern sich Bevölkerung und Wirtschaft, das soziale und kulturelle Leben eines Landes; so ist es auch in dem Zeitabschnitt von 1956 bis 1961 in Schleswig-Holstein gewesen. Die Einwohnerzahl ist in diesen 5 Jahren ständig gewachsen, und zwar durch von Jahr zu Jahr steigende Geburtenüberschüsse und zunehmende Wanderungsgewinne. Die Altersgliederung der Bevölkerung hat sich verschoben; die starken Geburtsjahrgänge aus der Vorkriegszeit sind ins heiratsfähige Alter aufgerückt und haben gleichzeitig das Arbeitskräftepotential ausgeweitet. Diese allgemeine Vergrößerung des aktiven Bevölkerungsteiles, zusammen mit einer verstärkten Bereitschaft besonders der verheirateten Frauen, eine Arbeit anzunehmen, hat die Zahl der Erwerbstätigen ansteigen lassen. Die Arbeitslosigkeit ist auch in Schleswig-Holstein fast bedeutungslos geworden. Mit Ausnahme der Landwirtschaft haben alle Wirtschaftsbereiche ihren Arbeitskräftebestand ausweiten können. Dem Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft wurde vor allem durch Anbau von arbeitssparenden Fruchtarten und durch verstärkten Maschineneinsatz entgegengewirkt. Dem Schlepper kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Zur Wahrung und Hebung des Ertragsniveaus wurde Handelsdünger in immer größeren Mengen eingesetzt. Trotz des Arbeitskräftemangels nahm die Viehhaltung, die zum Teil mit erheblichem Handarbeitsaufwand belastet ist, weiter zu. Infolge des größeren Kuhbestandes und des hohen Milchertrages je Kuh erreichte die Milcherzeugung Rekordhöhe. Wenn auch die Leistung der Landwirtschaft nicht unterschätzt werden darf, so haben sich doch die Gewichte der einzelnen Wirtschaftsbereiche, vom Blickpunkt der Sozialproduktberechnung her gesehen, in den letzten Jahren weiter zugunsten der gewerblichen Wirtschaft und der abhängigen Wirtschaftsbereiche Handel, Verkehr und Dienstleistungen verschoben. Das Produktionsvolumen der Industrie konnte erheblich ausgedehnt werden. Dabei fielen einige Industriezweige durch besonders große Produktionssteigerungen aus dem Rahmen, so zum Beispiel die Elektroindustrie, die Gummi- und Asbestverarbeitung, die Mineralöl- und die chemische Industrie. Der Schiffbau, als der exportintensivste Industriezweig des Landes, hatte nur eine geringe Wachstumsrate aufzuweisen. Diese Entwicklung hängt nicht allein mit der DM-Aufwertung, sondern auch mit der allgemeinen internationalen Lage der Werftindustrie zusammen. Die Aufwärtsentwicklung der ganzen Industrie hat auch die Zahl der Beschäftigten ansteigen und den Industrieumsatz

erheblich heraufschnellen lassen. Die Betriebe sind im Durchschnitt größer geworden. Auch die Produktivität (das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde) konnte - u. a. durch Veränderung des Produktionsprogramms und durch Modernisierung der Arbeitsverfahren - verbessert werden. Von den in der Bauwirtschaft geleisteten Arbeitsstunden galten die meisten dem Wohnungsbau. Der Bedarf ist trotz außerordentlich hoher Leistungen im Wohnungsbau noch nicht gedeckt. Man bevorzugt zunehmend größere und besser ausgestattete Wohnungen, die Menschen sind in den letzten Jahren anspruchsvoller geworden. Sie können es sich auch leisten, denn sie verdienen allgemein heute mehr als vor fünf Jahren. Bei den Industriearbeitern konnten die weniger qualifizierten Arbeitskräfte eine besonders starke Verbesserung ihrer Löhne erzielen. Den steigenden Löhnen und Gehältern standen aber auf vielen Gebieten auch Preissteigerungen gegenüber, so daß die Lebenshaltung teurer wurde. Zum guten Leben gehört auch Reisen; der Fremdenverkehr konnte daher gut gedeihen. In Schleswig-Holstein standen im Sommer 1961 fast um die Hälfte mehr Betten für Gäste bereit als im Sommer 1956. Daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse günstig entwickelt haben, läßt sich auch an der gewachsenen Steuerkraft ablesen. Am beträchtlichsten war die Steigerung des Landessteueraufkommens, nicht ganz so hoch war die Zuwachsrate bei den Gemeindesteuern; dennoch blieb Schleswig-Holstein das steuerschwächste Land im Bundesgebiet. Unser Leben ist nicht nur anspruchsvoller, sondern auch ruheloser geworden. Man braucht dabei nur an die zunehmende Motorisierung zu denken; allein die Zahl der Personenkraftwagen hat sich beinahe verdreifacht. Der Straßenbau konnte mit einer solchen Entwicklung nicht Schritt halten, und eine Folge der immer größeren Belastung des Straßennetzes war die steigende Zahl der Straßenverkehrsunfälle. Trotz des zunehmenden Wohlstandes gibt es doch immer Menschen, die einer öffentlichen Fürsorge bedürfen. Die Zahl der Empfänger von Sozialleistungen ist zwar zurückgegangen, doch sind die Aufwendungen weiter gestiegen. Auch die Ausgaben der sozialen Krankenversicherung und der Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte haben sich erhöht. Wenn auch der materielle Fortschritt mehr ins Auge fällt, so ist doch die Entwicklung in den Bereichen der Bildung und Kultur keinesfalls stehengeblieben. Die Schulverhältnisse haben sich in den letzten fünf Jahren erheblich gebessert. Die Richtzahlen - Schüler je Klasse, Lehrer je Schülerklasse usw. - sehen heute viel günstiger aus als damals. Die Ingenieurschulen wurden weiter

ausgebaut, und die Zahl der Studierenden an den Pädagogischen Hochschulen hat sich mehr als verdoppelt. Der Zustrom zur Universität in Kiel ist in den letzten Jahren beachtlich hoch gewesen. So hat sich die Zahl der Studenten, die für Kulturwissenschaften eingeschrieben waren, verdreifacht. Mehr als verdoppelt hat sich die Studentenzahl für Medizin, Naturwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften. Das Leben in den Turn- und Sportvereinen, in den Jugendgruppen und in der Volkshochschule ist - gemessen an den Zahlen der Mitglieder und Teilnehmer - lebhafter geworden. Sucht man schließlich nach einer "negativen" Entwicklung, so findet man, daß der Kinobesuch

zurückgegangen ist. Dafür wurden aber mehr Fernsehgenehmigungen erteilt.

Die demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse waren im allgemeinen 1956 weniger stabil als 1961. Bei einem statistischen Vergleich dieser beiden Jahre bestand die Gefahr, mit dem Wert für 1956 eine von Zufällen entstellte Ausgangsbasis zu benutzen, die dann das Vergleichsergebnis beeinträchtigt hätte. Statt dieses Einzelwertes wurde daher in den folgenden Darstellungen grundsätzlich das Mittel der Jahre 1955-57 als Ausgangspunkt genommen. Wo allerdings die Entwicklungen stetig verliefen, konnte auf diese Komplizierung der Rechnungen wieder verzichtet werden. In einigen Fällen waren auch andere Gründe für eine abweichende Wahl des Basisjahres massgebend, z. B. bei methodischen Änderungen in dem fraglichen Zeitraum oder wenn die Statistik - wie bei den Löhnen - erst 1957 begann. Die verglichenen Jahre sind in jedem Falle genannt.

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsbewegung

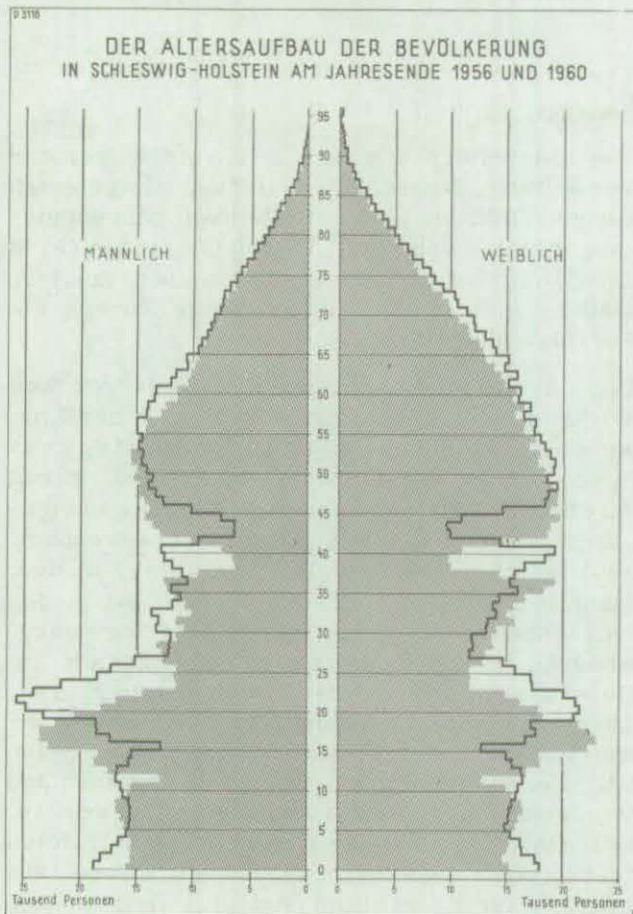
Die Bevölkerungsentwicklung Schleswig-Holsteins war seit Kriegsende zunächst entscheidend gekennzeichnet durch starke Wanderungsströme. Ein erheblicher Anstieg der Einwohnerzahl bis 1949 resultierte aus der Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen. Diese Wanderungszunahme wurde in der nächsten Phase (1950 - 1955) wieder abgebaut durch Abwanderungen im Rahmen der gelenkten Umsiedlung. Dadurch ging die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins wieder zurück. Seit 1956 steigt sie erneut an, und zwar einmal durch Geburtenüberschüsse und zum anderen durch positive Wanderungssalden im Bevölkerungsaustausch über die Landesgrenzen. Beide Komponenten - Geburtenüberschuß und Wanderungsgewinn - stellten 1961 je die Hälfte der Bevölkerungszunahme, die insgesamt rund 26 000 Personen umfaßte. Fünf Jahre vorher war noch eine Bevölkerungsabnahme durch mehr Fortzüge als Zuzüge zu verzeichnen, die fast doppelt so hoch war wie die Zunahme durch den Geburtenüberschuß. In den Jahren 1955 bis 1957 wanderten im Durchschnitt jährlich 14 000 Personen mehr aus Schleswig-Holstein ab als nach hier zuzogen. Dieser Saldo ergibt sich aus durchschnittlich 68 600 Zuzügen und 82 300 Fortzügen jährlich. Im gleichen Zeitraum betrug der jährliche Geburtenüberschuß rund 7 300. Seither sind von Jahr zu Jahr steigende Geburtenüberschüsse und zunehmende Wanderungsgewinne zu verzeichnen. Das Mehr an Geburten resultiert zur Hauptsache daraus, daß die verhältnismäßig stark besetzten Geburtsjahrgänge der Vorkriegszeit nun in das heiratsfähige Alter aufwachsen und Kinder bekamen. Der Wanderungszustrom ist teils auf eine verstärkte Zuwanderung auf Grund von Einberufungen zum Wehrdienst, zum anderen aber auch auf einen verhältnismäßig starken Zustrom von Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone und

von Umsiedlern aus den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten zurückzuführen. 1961 entfielen von dem Wanderungsgewinn von fast 13 000 Personen rund zwei Drittel auf Zuzüge aus anderen Bundesländern und ein Drittel auf mehr Zuzüge als Fortzüge über die Zonengrenze.

Der bereits angesprochene Einfluß der starken Vorkriegsjahrgänge zeigt sich auch in der Entwicklung der Eheschließungshäufigkeit in den letzten fünf Jahren. 1955 bis 1957 wurde durchschnittlich pro Jahr eine Eheschließungsziffer von 8 auf 1 000 Einwohner errechnet. 1961 belief sie sich auf 10. Das Alter, in dem Mann und Frau die Ehe schlossen, ist in den fünf Jahren von 1955 bis 1960 wieder vorverlegt worden. 1955/56 heirateten die Männer im Durchschnitt mit 30, die Frauen mit 26 Jahren. 1960 lag das durchschnittliche Heiratsalter jeweils zwei Jahre früher (Männer 28, Frauen 24). Bei dieser Berechnung sind Erstehen und Wiederverheiratungen zusammengefaßt worden. Betrachtet man nur die Erstehen, so heirateten bisher ledige Männer 1955/56 mit 27 und 1959 mit 26 Jahren, während sich das Heiratsalter lediger Frauen nur geringfügig senkte. Bei den bereits einmal verheiratet gewesenen Personen ist das Heiratsalter seit 1955 wieder gestiegen.

Die natürliche, d. h. aus Geburten und Sterbefällen sich ergebende Bevölkerungsveränderung ist gekennzeichnet durch einen stetigen Anstieg der Geburtenziffer in den letzten fünf Jahren von 14 auf 17 Geborene je 1 000 Einwohner, während die Sterbeziffer sich im gleichen Zeitraum nur gering erhöht hat. Die stetig steigende Entwicklung der Sterbeziffer wird durch einzelne Höhepunkte im Drei-Jahres-Rhythmus unterbrochen, die im wesentlichen auf erhöhte Sterblichkeit durch Grippe-Wellen und sonstige Infektion der Atmenwege in den Wintermonaten zurückzuführen sind.

Der Bevölkerungsaustausch innerhalb des Landes von Gemeinde zu Gemeinde hat sich in dem zurückliegenden Jahrfünft verlangsamt, mit anderen Worten: die Bevölkerung ist sesshafter geworden, eine Tatsache, die mit auf die erreichte Eingliederung der Vertriebenen in das Erwerbsleben zurückzuführen ist. Zwar verlegen nach wie vor jährlich 120 000 Menschen ihren Wohnsitz innerhalb des Landes in eine andere Gemeinde; gemessen an der Gesamtbevölkerung ist aber ein Rückgang der Mobilität festzustellen; 1961 zogen 51 Personen unter 1 000 Einwohnern in eine andere Gemeinde, im Durchschnitt 1955 bis 1957 waren es jährlich noch 53.



Die Verschiebungen in der Altersgliederung von 1956 auf 1960 macht die obenstehende Graphik deutlich. Wie schon erwähnt, sind in diesen Jahren die starken Geburtsjahrgänge aus der Vorkriegszeit in das heiratsfähige Alter (über 20 Jahre) aufgerückt und haben damit gleichlaufend das Arbeitskräftepotential (Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren) ausgeweitet.

Gesundheitswesen

Unter den Todesursachen stehen Krebs, Herzkrankheiten und Gefäßstörungen des Zentralnervensystems nach der Häufigkeit der einzelnen Ursachen an der Spitze. Über die Hälfte

aller Gestorbenen stirbt durch eine dieser Krankheiten. Der Anteil derartiger Erkrankungen an allen Sterbefällen hat sich von 56% im Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1957 auf 60% im Jahre 1961 erhöht. Dieser Anstieg ist in erster Linie auf ein vermehrtes Auftreten von Krankheiten des Herzens als Todesursache zurückzuführen. Die Sterbeziffer für Herzkrankheiten - berechnet auf 100 000 Einwohner - stieg von 235 auf 303, also um fast 30% gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1955-57. Demgegenüber zeigen die Sterbeziffern für Krebs mit einer Steigerung von 204 auf 211 und für Gefäßstörungen des Zentralnervensystems mit einem Anstieg von 188 auf 203 nur relativ geringe Zunahmen (3 bzw. 8%). Etwa jeder vierzehnte Gestorbene starb eines unnatürlichen Todes, worunter Unfälle, Selbstmorde sowie Mord und Totschlag zu verstehen sind. Die Zahl der auf unnatürliche Weise aus dem Leben Geschiedenen hat sich in den vergangenen fünf Jahren geringfügig erhöht; der Anteil an allen Sterbefällen ist jedoch konstant geblieben.

Die Säuglingssterblichkeit ist in den letzten fünf Jahren laufend zurückgegangen. Während im Jahre 1956 von 10 000 geborenen Kindern noch 374 vor Vollendung ihres ersten Lebensjahres starben, waren es 1960 nur noch 306.

Über das Krankheitsgeschehen in der Bevölkerung liegt nur für die Gruppe der meldepflichtigen Infektionskrankheiten Zahlenmaterial vor. Unter diesen meldepflichtigen Krankheiten spielen die vorwiegend im Spiel- und Schulalter auftretenden Infektionskrankheiten eine große Rolle. Scharlach, Diphtherie und Keuchhusten sind in den letzten Jahren erheblich eingedämmt worden, was nicht zuletzt auf eine verstärkte Durchimpfung der Kinder in Form von kombinierten Injektionen gegen diese drei Krankheiten zurückzuführen sein dürfte. 1956 erkrankten von 100 000 Einwohnern noch 86 an Scharlach; 1961 hat sich die Erkrankungshäufigkeit fast auf die Hälfte (45) vermindert. Beim Keuchhusten ging die Morbidität von 113 auf 98 je 100 000 Einwohner zurück; gerade hier ist aber die Entwicklung nicht stetig gewesen, da Keuchhusten in Epidemien auftritt, die von Jahr zu Jahr unterschiedlich hohe Erkrankungsziffern bedingen. Das Jahr 1961 übertrifft insofern auch die Erkrankungshäufigkeit von 1960 um mehr als zwei Fünftel. Diphtherieerkrankungen sind seit Kriegsende immer seltener geworden. Erkrankten 1956 noch 5 von 100 000 Einwohnern an Diphtherie, so waren es 1961 nur noch 4 von einer Million!

1961 erkrankten 192 Personen an übertragbarer Kinderlähmung. Bei drei Vierteln von ihnen verlief die Erkrankung mit Lähmungserscheinungen. Die Zahl der Erkrankungen blieb um 13% hinter der des Epidemiejahres 1960 zurück, sie überschritt aber die Erkrankungszahl

des Jahres 1956 um 30%. Auch hier ist der langfristige Vergleich allerdings durch unterschiedliche Jahresergebnisse gestört.

Die intensive Bekämpfung der Tuberkulose, unterstützt durch die allgemeine Verbesserung der Lebensverhältnisse, hat seit Kriegsende zu einer beachtlichen Eindämmung der Neuerkrankungen an Tbc geführt. 1948 wurden rund 19 000 Neuerkrankungen an Lungen-Tbc bekannt, 1956 erkrankten fast 4 300 Personen an einer Tbc der Atmungsorgane, 1961 nur noch 3 200. In Relation zur allgemeinen Bevölkerungsentwicklung bedeutet das, daß 1956 noch 19 von 10 000 Einwohnern von einer Lungen-Tbc befallen wurden, dagegen 1961 nur noch 14. Während die Eindämmung der Neuerkrankungen als Ergebnis der intensiven Vorsorgeuntersuchungen angesehen werden muß, ist die Bestandszahl ein gewisser Maßstab für die inzwischen bei dieser Krankheit erreichten Heilerfolge. Ende 1956 wurden insgesamt 23 000 Personen mit einer Lungen-Tbc durch die Tuberkulosefürsorgestellen betreut. Ende 1961 umfaßte der Kreis der Betreuten nur noch 14 000 Personen. Relativ gesehen waren also Ende 1956 den Fürsorgestellen 102 Personen von je 10 000 als Pulmonal-Tuberkulose bekannt; Ende 1961 waren es nur 61.

Für die ärztliche Versorgung von jeweils 10 000 Einwohnern waren sowohl 1956 als auch 1961 14 Ärzte vorhanden. Die absolute Zahl der praktizierenden Ärzte ist gegenüber Ende 1956 um 2% gestiegen. Ende 1960 gab es 3 100 Ärzte in unserem Land. Bei den Zahnärzten ist in den fünf Jahren eine ganz geringe Abnahme zu verzeichnen. 6 Zahnärzte hatten im Durchschnitt 10 000 Einwohner zu betreuen.

320 Vollapotheken dienten der Arzneimittelversorgung der Bevölkerung. Gegenüber 1956 ist die Zahl der Apotheken um fast ein Drittel gestiegen. Rein rechnerisch hat sich der Einzugsbereich der einzelnen Apotheken verkleinert; während 1956 von einer Apotheke rund 9 200 Personen versorgt wurden, waren es Ende 1960 7 200 Personen. Inwieweit das am 1. 10. 1960 in Kraft getretene "Gesetz über das Apothekenwesen", welches die alten Konzessionsbestimmungen aufhob, hier einen Einfluß ausübt, läßt sich nicht sagen. Ende 1960 waren 535 approbierte Apotheker in Vollapotheken tätig, 5 Jahre früher waren es 488.

Für die stationäre Behandlung von Kranken standen 1956 rund 26 000 Betten in den Krankenhäusern bereit, 1960 waren es gut 25 000; der Rückgang beträgt 3%, er ist darauf zurückzuführen, daß der Bettenbestand nach und nach den gewandelten Bedürfnissen angepaßt wurde, z. B. durch Auflösung von Tbc-Krankenhäusern. In diesem Zusammenhang sei besonders darauf hingewiesen, daß sich die

Verweildauer in den vergangenen Jahren verringert hat, was auch aus der Gegenüberstellung der Zahlen über stationär behandelte Kranke und Pflagetage hervorgeht: 279 000 Personen wurden 1960 in den Krankenhäusern stationär behandelt, das sind 6% mehr als 1956; für diese Personen wurden rund 8,1 Mill. Pflagetage aufgewandt, rund 3% weniger als 1956.

Für 1 000 Einwohner standen 1956 zwölf Betten zur Verfügung, 1960 waren es elf. Die erwähnte Anpassung an die veränderten Bedürfnisse hat dazu geführt, daß eine Reihe von Krankenanstalten geschlossen wurde. 1956 wurden 149 Krankenanstalten betrieben, 1960 nur noch 132. Über die Hälfte der Krankenanstalten wurde durch die öffentliche Hand unterhalten, fast ein Drittel waren Privatkliniken.

Erwerbstätigkeit

Seit 1957 wird durch den jährlichen Mikrozensus¹ Zahlenmaterial über den Umfang und die Struktur der Erwerbstätigkeit gewonnen. Aus diesen Ergebnissen wird deutlich, daß sich die Zahl der Erwerbstätigen in den letzten Jahren ständig erhöht hat. 1957 waren in Schleswig-Holstein rund 959 000 Personen in irgendeiner Form erwerbstätig. Zu diesem Personenkreis gehören nicht nur die auf Grund eines Arbeitsvertrages Beschäftigten und die selbständigen Gewerbetreibenden, sondern auch alle Mithelfenden im Betrieb eines Familienangehörigen. Die Zahlen liefern somit ein umfassendes Bild des Erwerbslebens, zumal auch Tätigkeiten von geringem zeitlichem Umfang miteinfaßt werden. 1961 wurden mehr als 1 Mill. im Erwerbsleben tätige Personen ermittelt. Diese Zunahme gegenüber 1957 - sie beträgt 5% - ist zum Teil auf die allgemeine Vergrößerung des Bevölkerungsteils im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren zurückzuführen. Andererseits ist aber auch die Erwerbsquote (das ist der Anteil der Erwerbstätigen an den Personen im Erwerbsalter) im gleichen Zeitraum gestiegen. Läßt man die Mithelfenden mit weniger als 15 Wochenarbeitsstunden außer acht (deren Gesamtzahl nur etwa 5 000 Personen beträgt), so arbeiteten 1957 von hundert Männern im Alter zwischen 15 und 65 Jahren 87 und 1961 89; von hundert Frauen im Erwerbsalter gingen 1957 nur 38 einer Erwerbstätigkeit nach, 1961 aber 43. Aus diesen Quoten ist zu ersehen, daß die Erwerbstätigkeit der Frauen relativ stärker zugenommen hat als die der Männer. Das ist in erster Linie auf eine verstärkte Arbeitsaufnahme von verheirateten Frauen zurückzuführen: 1957 arbeiteten von hundert verheirateten Frauen unter 65 Jahren 24, 1961 jedoch bereits 31.

Mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft haben alle Wirtschaftsbereiche eine Ausweitung

1) Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens



ihres Arbeitskräftebestandes seit 1957 zu verzeichnen. Der Rückgang der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beträgt 14% und ist vor allem auf eine Abwanderung von weiblichen Arbeitskräften in den Bereich "Handel, Verkehr, Dienstleistungen" zurückzuführen. Der Bereich "Industrie und Handwerk" zeigte eine Ausweitung des Arbeitskräftevolumens um fast 7%, die übrigen Bereiche - also Handel, Verkehr und Dienstleistungen - eine Vergrößerung um 12%. Die oben erwähnte Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit hat das produzierende Gewerbe nicht berührt. Hier ging die Zahl der erwerbstätigen Frauen geringfügig zurück. Durch diese Veränderungen haben sich in der Struktur der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen gewisse Verschiebungen ergeben. Verhielt sich 1957 die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft zu denen in Industrie und Handwerk und den übrigen Bereichen wie 10 : 18 : 20, so stellte sich das Verhältnis 1961 auf 10 : 23 : 26. In der Beschäftigtenstruktur gewinnt also neuerdings das produzierende Gewerbe auch gegenüber dem Bereich "Handel, Verkehr, Dienstleistungen" mehr an Gewicht.

Arbeitsmarkt

Während der Mikrozensus ein Gesamtbild der Tätigkeit aller Erwerbstätigen einschließlich

der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen des Landes liefert, geben die Statistiken der Arbeitsverwaltung lediglich Einblick in die berufliche Situation der Arbeitnehmer. Als wichtigstes Ergebnis der Statistiken des Landesarbeitsamtes ist für den Berichtszeitraum der Rückgang der Arbeitslosigkeit hervorzuheben, deren Umfang spätestens seit Anfang 1960 als fast bedeutungslos bezeichnet werden konnte. Im Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1957 mußten noch mehr als 70 000 Arbeitslose registriert werden, demgegenüber waren es im Jahresdurchschnitt 1961 nur noch etwa 12 000. Die in den gleichen Zeiträumen errechnete Arbeitslosenquote (Arbeitslose auf 100 Arbeitnehmer) fiel von 9,3 auf 1,5; demgegenüber nahm die Zahl der registrierten offenen Stellen von etwa 4 100 auf fast 15 000 zu.

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten beschäftigten Arbeitnehmer stieg von 703 000 im Durchschnitt der Jahre 1955/57 auf 799 000 im Jahre 1961, also um 96 000 oder 14%. Wie es auch die Mikrozensusergebnisse zeigen, war die Zunahme bei den Frauen relativ stärker (+ 17%) als bei den Männern (+ 12%). Auch die Arbeitsmarktstatistik zeigt die Verschiebung der Beschäftigten innerhalb der Wirtschaftsbereiche, insbesondere den Rückgang in der Landwirtschaft und die Beschäftigtenzunahme in Industrie und Handel, Geld- und Versicherungswesen sowie im öffentlichen Dienst und bei den Dienstleistungen im öffentlichen Interesse.

72 500 der in Schleswig-Holstein ansässigen Arbeitnehmer waren 1961 in Hamburg tätig, das waren 14 700 mehr als im Durchschnitt der Jahre 1955-57.

Auch in Schleswig-Holstein nimmt die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zu. Im September 1961 hatte das Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein 5 800 Gastarbeiter registriert, im Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1957 dagegen nur 1 760. Im Vergleich zur Beschäftigung von Ausländern im übrigen Bundesgebiet - im Durchschnitt aller Bundesländer sind 26 ausländische Arbeitnehmer auf 1 000 beschäftigte Arbeitnehmer tätig - ist der Anteil in Schleswig-Holstein mit 7 auf 1 000 noch recht unbedeutend.

Unterricht, Bildung, Rechtspflege

Unterricht

Im Mai 1961 wurden die allgemeinbildenden Schulen Schleswig-Holsteins von 303 800 Schülern besucht. Die Schülerzahl war damit um 10% niedriger als im Durchschnitt

der Jahre 1955-57. Dieser Rückgang hängt im wesentlichen mit der unterschiedlichen Besetzung der Geburtsjahrgänge, zu denen die Kinder gehören, zusammen. Im Durchschnitt der Jahre 1955-57 gab es in Schleswig-Holstein

312 000 Kinder im schulpflichtigen Alter, 1961 aber nur 286 000.

Von den Schülern besuchten 1961 rund 228 300 eine Volks- oder Sonderschule und 75 500 eine Mittel- oder höhere Schule. Das bedeutet, daß 1961 22% der zehn- bis neunzehnjährigen Einwohner des Landes auf einer weiterführenden Schule waren, und zwar 12% auf einer Mittel- und 10% auf einer höheren Schule. Diese Anteile sind gegenüber 1955-57 unverändert geblieben.

Die schleswig-holsteinischen Schulverhältnisse haben sich seit 1955-57 gebessert. Das kann an den folgenden Richtzahlen, die allerdings als Landesdurchschnitt nicht mehr geben können als eine grobe Orientierung, abgelesen werden:

Schulart	Schüler je Lehrer		Schüler je Klasse	
	Ø 1955-57	1961	Ø 1955-57	1961
Öffentliche Volksschule	37,0	33,5	34,6	31,5
Öffentliche Mittelschule	25,9	23,0	32,6	29,8
Öffentliche höhere Schule	19,9	17,3	29,0	25,6

Die vorstehenden Angaben konnten auf die öffentlichen Schulen beschränkt bleiben, weil in Schleswig-Holstein 98% der Schüler eine solche Schule besuchen. Bei den privaten Schulen handelt es sich vor allem um die Schulen der dänischen Minderheit und um die Freie Waldorfschule.

Zu den berufsbildenden Schulen zählen die Berufsschulen, die Berufsfachschulen und die Fachschulen. Die Berufsschulen sind berufsbegleitende Schulen, die von Jugendlichen besucht werden, die sich in einer Ausbildung oder in einem sonstigen Arbeitsverhältnis befinden oder erwerbslos sind. Im November 1961 wurden die Berufsschulen von rund 69 600 Schülern besucht. Damit hat die Schülerzahl gegenüber 1955-57 um ein Fünftel abgenommen. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß in diesem Zeitraum die Jugendlichen der geburtenstarken Vorkriegsjahrgänge immer mehr dem berufsschulpflichtigen Alter entwachsen sind, während Jugendliche aus den geburtenschwachen Jahrgängen um Kriegsende berufsschulpflichtig wurden.

Da die Berufsschulpflicht im Anschluß an die Volksschulausbildung einsetzt, läßt sich mit

Schüler in allgemeinbildenden und in berufsbildenden Schulen

Schulart	Ø 1955-57	1961
	Schüler in 1000	
Volksschule	242,1	219,5
Sonderschule	6,9	8,8
Mittelschule ¹	48,9	40,6
Höhere Schule	39,8	34,8
Berufsschule	87,3	69,6
Berufsfachschule	3,9	2,8
Fachschule	5,6	5,8

1) einschliesslich Aufbauzug der Volksschule

Hilfe der Berufsschulstatistik ein Einblick in die Berufssituation der Jugendlichen gewinnen. Die große Nachfrage nach Arbeitskräften hat die Zahl der Berufsschüler, die ohne Beruf sind oder als arbeitslos gelten, immer kleiner werden lassen. Während 1957 3,4% der Schüler zu den Berufs- und Arbeitslosen zählten, waren es 1961 nur noch 1,3%. Die meisten dieser Nichtbeschäftigten befanden sich im 1. Berufsschuljahr, woraus sich schließen läßt, daß ein Teil der Jugendlichen nicht unmittelbar nach der Entlassung aus der Volksschule mit der praktischen Berufsausbildung beginnt.

Die meisten Berufsschüler stehen im Lehr- oder Anlernverhältnis, und zwar gehörten 1957 78% und 1961 86% der Schüler dieser Gruppe an. Die größte Anziehungskraft auf die Jungen übten nach wie vor die Metallberufe aus, bei den Mädchen stehen die kaufmännischen Berufe an der Spitze.

Von dem allgemeinen Rückgang der Schüler wurden auch die Berufsfachschulen betroffen. Sie wurden 1961 von rund 2 800 Schülern besucht. Im Durchschnitt der Jahre 1955-57 hat die Schülerzahl fast 3 900 betragen. Der Anteil der Mädchen in den Berufsfachschulen ist, da es sich hauptsächlich um kaufmännische, hauswirtschaftliche und Kinderpflegerinnenschulen handelt, erwartungsgemäß hoch. Gegenüber 1955-57 - damals betrug der Anteil der Mädchen 83% - ist er aber zurückgegangen. Er machte 1961 nur noch 73% aus, weil in den letzten Jahren das Interesse der Jungen für kaufmännische Berufe gewachsen ist.

In Schleswig-Holstein gab es 1961 103 Fachschulen. Diese Schulen, zu denen u. a. Landwirtschaftsschulen, Frauenfachschulen, Krankenpflegeschulen, aber auch Gymnastikschulen und Werkkunstschulen gehören, werden im wesentlichen von Schülern besucht, die bereits eine Berufsausbildung haben. Die Zahl der Fachschüler hat im Gegensatz zur Zahl der Schüler aller anderen Schularten gegenüber 1955-57 zugenommen. Sie betrug 1961 5 800, im Durchschnitt 1955-57 waren es 5 600 Schüler gewesen. Werden jedoch die einzelnen Fachrichtungen betrachtet, so zeigen sich unterschiedliche Entwicklungstendenzen bei den Schülerzahlen. Die landwirtschaftlichen Berufe z. B. weisen einen erheblichen Rückgang auf. 1961 wurden knapp 1 300 männliche Fachschüler für landwirtschaftliche Berufe ausgebildet. Im Durchschnitt 1955-57 waren es aber fast 2 000 Schüler gewesen.

Die sechs Ingenieurschulen Schleswig-Holsteins, die als höhere Fachschulen der Berufsbildung dienen, hatten 1957 rund 1 300 Studierende; heute sind es fast 2 200. Von den Teilnehmern waren 1961 32% für das Studiengebiet Physik eingetragen und 29% für Hoch-

oder Tiefbau. Auch 1957 hatten diese beiden Fachrichtungen die meisten Hörer aufzuweisen. Damals studierten aber 36% der Ingenieurschüler Bauwesen und 15% Physik.

Die Studierenden an den Ingenieurschulen Schleswig-Holsteins nach der Fachrichtung

Fachrichtung	Deutsche Studierende am 15. November	
	1957	1961
Bauwesen (Hoch- und Tiefbau)	451	608
Physik	191	674
Maschinenbau	182	234
Schiffsingenieurwesen	149	266
Elektrotechnik	121	181
Schiffbau	52	47
Weberei	33	21
Wirkerei und Strickerei	31	27
Feinwerktechnik	30	50
Wasserwirtschaft und Kulturtechnik	22	25
Insgesamt	1 262	2 133
außerdem Ausländer	9	22

An den beiden Pädagogischen Hochschulen des Landes bereiteten sich im Wintersemester 1961/62 1 174 Studierende auf die erste Prüfung für das Lehramt an Volksschulen vor. Die Zahl der Teilnehmer ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Im Durchschnitt der drei Wintersemester 1955/56 bis 1957/58 hatten die Pädagogischen Hochschulen weniger als 600 Studierende. Der Anteil der Frauen, der damals 70% betrug, lag 1961/62 bei 67%.

Der Zustrom zur Universität in Kiel ist in den letzten Jahren beachtlich hoch gewesen. Während im Durchschnitt der Sommersemester 1955 bis 1957 nur reichlich 2 800 Studenten immatrikuliert waren, studierten im Sommersemester 1961 über 6 000 (+ 113%). In diesem Zeitraum hat sich die Zahl der Studenten, die für Kulturwissenschaften eingeschrieben waren, verdreifacht. Mehr als verdoppelt hat sich die Studentenzahl für Medizin, Naturwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften.

Die Studierenden an der Universität in Kiel nach Fachrichtungen

Fachrichtung	Deutsche Studierende ¹ im Sommer	
	Ø 1955-57	1961
Evangelische Theologie	91	115
Rechtswissenschaften	582	693
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	236	488
Humanmedizin	455	1 053
Zahnmedizin	63	162
Kulturwissenschaften	541	1 702
Naturwissenschaften	485	1 096
Pharmazie	89	123
Landwirtschaft	75	119
Insgesamt	2 617	5 551
außerdem Ausländer	210	462

1) ohne Beurlaubte und Gasthörer

Bildung

Anfang 1957 hatten die Turn- und Sportvereine in Schleswig-Holstein 172 000 Mitglieder. Bis 1961 war die Mitgliederzahl auf reichlich 193 000 angestiegen. In diesem Zeitraum hat besonders die Zahl der erwachsenen Sportler zugenommen. Die Hauptsportarten sind unverändert Turnen, Fußball, Leichtathletik und Handball geblieben. Von den Mitgliedern waren rund 70% für diese vier Sportarten eingetragten.

Im Jahre 1961 gab es in Schleswig-Holstein 2 540 Jugendgruppen, die als förderungswürdig anerkannt waren. In diesen Gruppen waren beinahe 235 000 Jugendliche zusammengefaßt. Die Mitgliederzahl hat danach seit 1957 um gut 2% zugenommen. Aus der Fülle der verschiedenen Jugendgruppen ragt die Sportjugend mit der weitaus höchsten Mitgliederzahl heraus. Sie hatte 1957 reichlich 102 000 Mitglieder und 1961 fast 109 000.

Über das Jugendwandern gibt die Statistik des Deutschen Jugendherbergwerks Auskunft. Die eindrucksvollste Angabe der Statistik ist die Zahl der Übernachtungen. Im Jahre 1961 sind in den 52 Jugendherbergen Schleswig-Holsteins fast 568 000 Übernachtungen registriert worden. Im Durchschnitt der Jahre 1955/57 hat die Zahl der Übernachtungen sogar rund 627 000 betragen.

Die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. veröffentlicht in jedem Jahr eine Übersicht über die Filmtheater und ihre Besucher für die Großstädte des Bundesgebietes. In Schleswig-Holstein werden dabei die Städte Kiel und Lübeck berücksichtigt. Nach dem Bericht der Spitzenorganisation hatten die Filmtheater in diesen beiden Städten in den letzten Jahren folgende "Besucherhäufigkeit" aufzuweisen:

	Filmbesuche je Einwohner	
	Kiel	Lübeck
1955	17,0	16,4
1956	18,4	16,3
1957	18,9	15,8
1961	9,6	9,7

Das Leben an den Volkshochschulen des Landes war sehr rege. Im Durchschnitt der Jahre 1955/56 bis 1957/58 (1. - 3. Trimester zusammen) besuchten über 124 000 Hörer einen Kursus an einer Abendvolkshochschule und 291 000 Hörer nahmen an einer Einzelveranstaltung teil. In den drei Trimestern des Lehrgangs 1960/61 kamen 149 000 Hörer. Die Einzelveranstaltungen wurden von 309 000 Hörern besucht. Die Abendvolkshochschule umfaßt jedoch nur einen Teil der Erwachsenenbildung. Es gibt außerdem in Schleswig-Holstein noch vier Heimvolkshochschulen in Leck, Lunden, Ratzeburg und Rendsburg sowie die Sommer-

volkshochschule in Klappholtal auf Sylt, eine ev.-luth. Landvolkshochschule auf dem Koppelsberg bei Plön und die Grenzakademie Sankelmark bei Oeversee im Kreise Flensburg.

Rechtspflege

Aus dem Bereich der Rechtspflegestatistiken interessieren unter dem Gesichtspunkt der Beurteilung der Kriminalitätsentwicklung vor allem die Zahlen über bekanntgewordene Straftaten und über abgeurteilte Täter. Die Zahl der bei der Kriminalpolizei bekanntgewordenen Straftaten hat sich in den Jahren 1955 bis 1960 ständig erhöht, nur im Jahre 1957 war ein geringer Rückgang in dieser steigenden Tendenz zu verzeichnen. Die Zahl der Delikte stieg seit 1955 um rund 18% auf 79 000 Straftaten im Jahre 1960. Im Durchschnitt der Jahre entfallen 5% aller gemeldeten Straftaten auf solche gegen Personen, 95% richteten sich gegen Besitz und anderes. Insgesamt wurden 4 100 Straftaten gegen Personen verübt. Unter ihnen stellen die Sittlichkeitsdelikte mit 2 800 Fällen den größten Anteil. Eine besondere Zunahme der Sittlich-

keitsdelikte gegenüber 1955 ist nicht zu verzeichnen. Mehr als ein Drittel der restlichen Straftaten (wider Besitz und anderes) entfallen auf einfachen Diebstahl einschl. Rückfalldiebstahl. Die im Jahre 1960 bekanntgewordenen Diebstahlsfälle übersteigen die aus dem Jahre 1955 um mehr als die Hälfte.

Von den schleswig-holsteinischen Gerichten wurden im Jahre 1960 23 000 Personen wegen Verbrechen, Vergehen oder Übertretungen abgeurteilt. Die Zahl der Abgeurteilten hat sich gegenüber 1955 um fast ein Viertel erhöht, desgleichen die Zahl der Verurteilten von fast 16 000 auf über 20 000 (+ 29%). Etwa zwei Drittel der Verurteilten hatten gegen Bestimmungen des Strafgesetzbuches verstoßen. Die Zahl der verurteilten Heranwachsenden, das sind die 18 bis 20 Jahre alten, hat sich seit 1955 von rund 2 100 auf rund 3 600 vergrößert; das entspricht einer Verurteiltenziffer - berechnet auf 1 000 Personen der gleichaltrigen Bevölkerung - von 18 im Jahre 1956 und 27 im Jahre 1960 und bedeutet mit anderen Worten, daß die Jugendkriminalität, die durch diese Verhältniszahl ausgedrückt wird, seit 1956 um die Hälfte ange-
stiegen ist.

Landwirtschaft

Arbeitskräfte

Die Veränderung im Arbeitskräftebestand der Landwirtschaft gehört zu den eindruckvollsten Erscheinungen seit dem Kriege in diesem Wirtschaftszweig.

Auch von 1956 bis 1960¹ ist die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft weiter stark zurückgegangen. Der Rückgang bei den Betriebsinhabern und Familienarbeitskräften entspricht etwa der Abnahme der Betriebe. Dagegen hat die Zahl der familienfremden Arbeitskräfte überproportional abgenommen. Den Hauptbestandteil der Arbeitskräfte bilden mit 160 000 die ständig Beschäftigten. Das sind 30 000 ständig Beschäftigte weniger als 1956. Damals kamen auf 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche 17 ständig beschäftigte Arbeitskräfte, dagegen 1960 nur noch 14. Hauptsächlich unter den ständig Beschäftigten hat sich die Relation von Familienarbeitskräften zu familienfremden Arbeitskräften seit 1956 weiter verschoben:

	Familien- arbeitskräfte	in %	familienfremde Arbeitskräfte
1956	69		31
1960	74		26

1) vorläufige Zahlen

Maschinenverwendung

Dem Mangel an Arbeitskräften wurde u. a. durch Anbau von arbeitsparenden Fruchtarten und durch verstärkten Maschineneinsatz entgegengewirkt. Dabei kommt dem Schlepper eine besondere Bedeutung zu. Von 1955 bis 1960 hat sich der Schlepperbestand von 22 000 auf 39 000 erhöht. In der gleichen Zeit wurde die Pferdehaltung um rund 45% eingeschränkt. Die Neuzulassungen der letzten Jahre wiesen einen hohen Anteil Schlepper mit hohen PS-Zahlen auf. Verstärkter Einsatz von Vollerntemaschinen wie Mähreschern erfordert mehr starke Schlepper:

	Neuzugelassene betriebeigene Schlepper	
	Ø 1955-57	1960
	in %	
bis 12 PS	8	1
13 - 17 PS	17	8
18 - 24 PS	42	21
25 - 34 PS	27	48
35 und mehr PS	6	22
zusammen	100	100

Wie groß die Ersatzquote ausgeschiedener Schlepper ist und ob hier Unterschiede zwischen den PS-Klassen bestehen, kann nicht aufgezeigt werden. Es ist u. a. auch möglich, daß die Ersatzbeschaffung schwerer Schlepper in den letzten Jahren zugenommen hat.

Neben dem Schlepper wird auch der Mährescher immer stärker eingesetzt. Von 1955 bis 1961 hat sich die Zahl der Mährescher in Schleswig-Holstein um rund 3 370 auf 4 100 erhöht. 1960 brachten auf der halben Winterweizen- und Sommergerstefläche des Landes Mährescher die Ernte ein. Daneben wurde der größte Teil der Ölfruchtfläche mit dem Mährescher abgeerntet. Aber nicht nur auf dem Felde, sondern auch auf dem Hofe wird zunehmend mit Maschinen gearbeitet. So wurden beispielsweise 1960 2,4mal soviel Melkmaschinen eingesetzt wie 1955.

Bodennutzung

Die landwirtschaftliche Nutzfläche Schleswig-Holsteins veränderte sich von 1955 bis 1961 nur wenig. Verlusten infolge von Bautätigkeit, Aufforstung u. a. standen Zunahmen durch Anlandung an der Westküste gegenüber. Dagegen haben sich die Anteile der drei Bodennutzungszweige Getreide, Hackfrucht und Futterbau, die über 90% der gesamten Nutzungs- bzw. Fruchtarten umfassen, weiter zu Gunsten des Getreidebaues verschoben:

	Getreide	Hackfrüchte	Futterbau
	ha		
Ø 1955-57	392 500	125 000	597 600
1961	406 000	96 600	597 900

Obwohl der Anbau der einzelnen Getreidearten von einem Jahr zum anderen unter dem Einfluß der Witterung zum Teil beträchtlich wechselt, wurde der gesamte Getreideanbau von 392 500 ha 1955-57 ziemlich stetig auf 406 000 ha 1961 ausgedehnt. Davon waren nicht alle Getreidearten gleichermaßen betroffen. So lassen sich für Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und Sommergetreide bemerkenswerte Entwicklungen aufzeigen:

	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Sommergetreide
	ha				
Ø 1955-57	127 500	69 700	42 500	68 800	83 900
1961	94 000	81 800	85 900	69 700	74 500

Die Entwicklung verlief im Lande keineswegs so einheitlich, wie es in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt. Hauptsächlich unter den unterschiedlichen natürlichen Voraussetzungen, besonders bei den verschiedenen Bodenverhältnissen, bestehen beachtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Landesteilen. So läßt sich beispielsweise der Roggen nicht überall durch Weizen u. a. ersetzen. Vor allem im Hügelland wurde weniger Roggen, dafür aber mehr Weizen und auch mehr Gerste angebaut. Dagegen wurde der Roggenanbau auf der Vorgeest seit 1955 in etwa gleichbleibendem Umfang aufrechterhalten, da sich eine Alternativlösung wie unter den natürlichen Voraussetzungen im Hügelland hier nicht anbietet. Von allen Getreidearten hat der

Sommergersteanbau die höchste relative Zuwachsquote im genannten Zeitabschnitt gehabt. Rund 60% der Sommergerstefläche liegen im Hügelland Schleswig-Holsteins.

Fast 42% der gesamten Hackfrüchte² waren im Durchschnitt 1955-57 Kartoffeln. Bei vorübergehender Ausdehnung des Kartoffelanbaues 1957 wurden seit 1955, wie schon in den Vorjahren, immer weniger Kartoffeln angebaut. Mit insgesamt nur noch knapp 33 700 ha war die Kartoffelanbaufläche 1961 wieder auf den Vorkriegsstand zurückgegangen. Der Rückgang blieb nicht auf den Naturraum mit schwereren Böden, auf das Hügelland, beschränkt. Besonders auf der Hohen Geest, aber auch auf der Vorgeest, wurden in den letzten vier Jahren weniger Kartoffeln angebaut als durchschnittlich 1955-57. Dabei wurde vor allem der Anbau später Sorten mehr und mehr aufgegeben.

Gut ein Fünftel der übrigen Hackfruchtfläche beanspruchten Futterrüben und ein weiteres Fünftel Kohlrüben. Der Anbau beider Fruchtarten zusammen hat sich bis 1961 ebenfalls vermindert. Im Zuckerrübenanbau gab es 1958 mit fast 16 000 ha einen für Schleswig-Holstein bis dahin nicht erreichten Flächenrekord. Seitdem wurde der Zuckerrübenanbau wieder etwas eingeschränkt.

Der Futterbau stellt in Schleswig-Holstein eine starke Komponente der Bodennutzung dar. Hierzu gehören vor allem das Dauergrünland, der Klee- und Kleegrasanbau sowie Ackerwiesen und -weiden. Die Gesamtfläche des Futterbaues nahm von 1955 bis 1961 geringfügig ab.

Unter den Fruchtarten, die in den drei Bodennutzungszweigen Getreide, Hackfrucht und Futterbau nicht enthalten sind, tritt der Raps besonders hervor, da seine Fläche sich von 1955 bis 1961 mehr als verdreifacht hat.

Erträge der Feldfrüchte

Die Erträge der landwirtschaftlichen Feldfrüchte eines Jahres werden wesentlich vom Witterungsverlauf bestimmt. Nur mehrjährige Durchschnitte lassen erkennen, ob beispielsweise der verstärkte Einsatz von Düngemitteln oder der Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen ertragswirksam geworden sind. Bei den meisten Fruchtarten lag das Ertragsniveau 1956/61 deutlich höher als 1950/55. Bei Frühkartoffeln und Kohlrüben wurde das Ertragsniveau nicht auf der gleichen Höhe gehalten:

	Ø 1950-55	Ø 1956-61
	dz/ha	
Winterroggen	22,8	25,1
Sommerroggen	19,1	20,9
Winterweizen	33,7	37,6
Sommerweizen	31,5	32,0

2) ohne Anbau zur Samengewinnung

	Ø 1950-55	Ø 1956-61
	dz/ha	
Wintergerste	32,8	35,9
Sommergerste	29,3	29,4
Hafer	26,1	29,4
Sommermeng- getreide	24,7	27,7
Frühkartoffeln	165,4	157,5
Mittelfrühe und Spät- kartoffeln	224,3	236,6
Zuckerrüben	290,4	323,9
Futterrüben	467,7	503,2
Kohlrüben	442,0	435,9
Winterraps	19,8	23,8
Sommerraps	16,5	18,3
Klee	63,9	65,0

Der Sommergersteertrag blieb im mehrjährigen Durchschnitt etwa gleich, obwohl die Sommergerste zunehmend auch auf schlechteren Böden angebaut wurde. Während bei mittelfrühen und späten Kartoffelsorten 1956-61 durchschnittlich fast 13 dz/ha mehr geerntet wurden als 1950-55, verringerte sich der Durchschnittsertrag bei Frühkartoffeln. Die Frühkartoffeln werden vielfach geerntet, bevor sie völlig ausgereift sind und damit ihr mögliches Endgewicht erreicht haben, um den höheren Preis der Frühlieferung zu bringen. Trockenheit 1959 und verbreiteter Virusbefall 1960 führten in beiden Jahren zu sehr niedrigen Hektarerträgen bei Kohlrüben.

Gemüse und Obst

Der Erwerbsgemüseanbau verteilt sich in Schleswig-Holstein auf landwirtschaftliche Betriebe und Erwerbsgärtnereien. Es wird unterschieden zwischen Gemüse auf dem Freiland und in Unterglasanlagen. Während die Fläche der Unterglasanlagen in Schleswig-Holstein nur klein ist, umfaßte die Freilandfläche im Durchschnitt 1956-61 rund 16% der entsprechenden Fläche im Bundesgebiet. Im vergangenen Jahrzehnt gab es im Gemüsebau Schleswig-Holsteins einen leicht steigenden Trend. Die Feingemüsearten drangen auf Kosten des Grobgemüses weiter vor:

	Grobgemüse	Feingemüse
	ha	
Ø 1955-57	5 280	5 090
1961	5 180	5 180

76% des Grobgemüses war 1961 Kohl. Weißkohl hielt 1961 mit gut 20% noch die Spitze im Gemüseanbau des Landes. Die gesamte Kopfkohlfläche hat sich aber doch weiter merklich vermindert:

	Weißkohl	Rotkohl	Wirsingkohl	Kopfkohl zusammen
	ha			
Ø 1955-57	2 380	1 240	570	4 190
1961	2 290	1 190	470	3 940

In der Größenskala folgen dicht auf den Weißkohl- der Buschbohlen- und Pflückerbsenanbau. Maschineneinsatz und Anbauverträge haben den Erbsenanbau wesentlich gefördert. Allerdings war die Anbaufläche 1961 etwas kleiner als im Durchschnitt der Jahre 1955-57.

Die Gemüseernten im Erwerbsgemüsebau bewegten sich von 1955 bis 1961 zwischen 214 000 und 282 000 t. Im Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1960 erreichte die Gemüseernte des Landes in der Menge fast ein Viertel der Kartoffelernte.

Neben Obst in Haus- und Kleingärten tritt im Erwerbsobstbau des Landes hauptsächlich der Apfel hervor. Die Fläche der Apfelanlagen umfaßte 1961 rund 2 000 ha. Intensive Pflege und neu entwickelte Hilfsmittel haben zu einer größeren Ertragssicherheit im Erwerbsobstbau wesentlich beigetragen. Damit hat sich das Ertragsniveau im Erwerbsapfelbau erhöht:

	Fläche ha	Ertrag dz/ha	Ernte ¹ t
Ø 1955-57	1 720	134	24 040
Ø 1958-61	1 790	189	35 930

1) einschl. Zuschlag für noch nicht voll tragende Anlagen

Handelsdüngerverbrauch³

Die Handelsdünger haben zur Wahrung und Hebung des Ertragsniveaus in der Landwirtschaft wesentlich beigetragen. Die Landwirtschaft hat auch in den Jahren von 1955 bis 1961 immer größere Mengen eingesetzt:

	Stickstoff	Phosphat	Kali
	t		
Ø 1955/57	52 400	59 000	85 100
1960/61	67 000	69 900	89 100

Das gilt besonders für den Stickstoff. Am verstärkten Handelsdüngereinsatz hatte vor allem der Mehrnährstoffdünger einen steigenden Anteil, da seine Anwendung arbeitswirtschaftliche und streutechnische Vorteile verband. 1960/61 wurde die Hälfte des Phosphats als Teil von Mehrnährstoffdünger gegeben. Bei Kali war der entsprechende Anteil höher und bei Stickstoff niedriger als bei Phosphat:

	Stickstoff	Phosphat	Kali
	Anteile 1960/61 in %		
Mehrnährstoffdünger	31	50	55
Übrige Handelsdünger	69	50	45

3) Die Angaben über Lieferungen von Düngemitteln für den Verbrauch in der Landwirtschaft innerhalb eines Wirtschaftsjahres decken sich nicht genau mit dem tatsächlichen Verbrauch, da sich beide Tatbestände infolge Frühbezug usw. überschneiden können. Diese Verschiebungen dürften sich jedoch in engen Grenzen halten. In den Angaben für Kalkdüngemittel sind nur die Lieferungen an reinen Düngekalkarten enthalten, die Kalkgehalte anderer Nährstoffträger blieben unberücksichtigt. Schleswig-Holstein und Hamburg sind zu einem Gebiet zusammengefaßt.

Im Gegensatz zum Phosphat und Kali läßt sich die nutzbringende Stickstoffmenge durch geteilte Gaben wesentlich steigern, so daß sein Anteil im Mehrnährstoffdünger immer noch verhältnismäßig klein ist. Doch hat dieser Anteil laufend zugenommen, da vor allem die arbeitswirtschaftlichen Vorteile der Mehrnährstoffdünger zunehmend Bedeutung gewinnen.

Im Gegensatz zu den reinen Pflanzendüngern ging der Düngerkalkverbrauch in den letzten Jahren zurück. Im Durchschnitt der beiden Wirtschaftsjahre 1955/57 wurden 78 700 t Düngerkalk gestreut, 1959/61 durchschnittlich nur 57 800 t. Über die Hälfte der ausgestreuten Menge war kohlenaurer Kalk.

Nutzviehhaltung

Obwohl der Mangel an menschlicher Arbeitskraft immer größer wurde, nahm die Viehhaltung, die zum Teil mit erheblichem Handarbeitsaufwand belastet ist, von 1955 bis 1961 weiter zu. In den Jahren 1954-55 ging die Milchviehhaltung infolge der Tbc-Bekämpfung etwas zurück. Seit 1959 wurden die Kuhbestände aber vergrößert, so daß 1961 467 000 Kühe und damit 8% mehr als im Durchschnitt 1955-57 gehalten wurden. Daneben hat die Rindermast und hier besonders die Jungrindermast beträchtlich zugenommen:

	männliches Jungvieh 1 bis 2 Jahre alt	Ochsen und Bullen ¹ 2 und mehr Jahre alt
Ø 1955-57		
Juni	58 800	34 400
Dezember	45 000	10 500
1961		
Juni	93 300	45 200
Dezember	67 200	14 300

1) Schlacht- und Masttiere

Den höchsten Anteil an der Fleischleistung Schleswig-Holsteins hatten die Schweine.⁴ Der Schweinebestand wurde in den letzten drei Jahren beachtlich aufgestockt. Im Dezember 1961 wurden rund 1,64 Mill. und damit 33% mehr Schweine gehalten als im Durchschnitt 1955-57 (Dezember). Der Rückgang des Durchschnittsschlachtgewichtes von 92 auf 86 kg läßt darauf schließen, daß die Haltungsdauer weiter verkürzt wurde. Dem entspricht ein bis 1960 ständig schrumpfender Anteil schwerer Schlacht- und Mastschweine von 1/2 Jahr und mehr.

Mit rund 10% hat Schleswig-Holstein einen verhältnismäßig großen Anteil am Schafbestand des Bundesgebietes. Ohne Berücksichtigung der großen jahreszeitlichen Bestandsveränderungen hat sich vom Durchschnitt 1955-57 bis Dezember 1961 bei Betrachtung der mehrjährigen Entwicklung nur eine geringe Abnahme ergeben.

4) siehe Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 170 (Juni)

Milcherzeugung

Infolge des größeren Kuhbestandes und des höheren Milchertrages je Kuh lag die gesamte Milcherzeugung des Landes 1961 mit 1,83 Mill.t um 14% über dem Ergebnis 1955-57. Das ist die bisher höchste Milcherzeugung überhaupt. Zwischen 85% und 92% der Milch wurden monatlich an die Meiereien geliefert und dort verarbeitet oder als Trinkvollmilch verteilt. Die meiste Milch wurde verbuttert. Kaum 10% der 1961 erzeugten Milch wurden im Lande als Trinkvollmilch abgesetzt. Weitere 5% gingen als Trinkvollmilch hauptsächlich nach Hamburg und Berlin. Die übrige Milch wurde zu Dauerwaren, Käse, Sahne usw. verarbeitet⁵.

Die Milchleistung je Kuh erhöhte sich von 3 707 kg im Jahresdurchschnitt 1955-57 auf 3 980 kg 1961. Die durchschnittliche Milchleistung je Kuh und Tag schwankt jahreszeitlich infolge des unterschiedlichen Anteils trockenstehender Kühe und nicht gleichbleibender Milchleistung der milchgebenden Kühe. In den 5 Monaten Mai bis September ist die Milchleistung im Durchschnitt aller Kühe höher als von Oktober bis April. Doch hat sich dieser Unterschied im vergangenen Jahrzehnt sehr vermindert, da die Kalbetermine zunehmend vom Frühjahr in den Herbst verlegt wurden:

	Milchleistung je Kuh und Tag		
	Sommer ¹ kg	Winter ² kg	in % der Sommerleistg.
Ø 1955-57	11,9	8,9	75
1961	11,9	10,2	86

1) Mai bis September

2) Januar bis April, Oktober bis Dezember

Die Relation von 1961 war bereits 1959 erreicht. Ob die Entwicklung tatsächlich beendet ist, werden die nächsten Jahresergebnisse zeigen.

Schlachtungen

Mit Zunahme der Viehbestände sind auch die Schlachtziffern von Jahr zu Jahr gestiegen. In den letzten Jahren bahnte sich im Schlachtviehverstand - besonders bei Schweinen - eine bemerkenswerte Entwicklung an. So wurden beispielsweise immer mehr Schweine in Schleswig-Holstein geschlachtet und dann im sogenannten "Totversand" anstatt wie vorher als Lebendvieh in die anderen Länder gebracht. Auch aus diesem Grunde hat sich die Schlachtziffer besonders bei Schweinen wesentlich erhöht:

	Schweine	Rinder (ohne Kälber)	Kälber	Schafe
Ø 1955-57	685 000	141 700	94 800	30 700
1961	1 137 300	234 200	54 400	31 800

5) siehe Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 160 (Juni)

Das Versandproblem und damit zusammenhängende Fragen der Vermarktung von Schlachtvieh sind für Schleswig-Holstein insofern von besonderer Bedeutung, als in den letzten Jahren fast die Hälfte der Landesfleischerzeugung⁶ außerhalb Schleswig-Holsteins abgesetzt wurde.

Neben der Eigenerzeugung von Schlachtvieh spielen die Lebendvieheinfuhren eine wichtige Rolle. Ein großer Teil der in die Bundesrepublik eingeführten Rinder und Schweine geht über die Seegrenzschlachthöfe Schleswig-Holsteins

6) siehe Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 170 (Juni)

- Lübeck, Kiel und Flensburg - und wird dort geschlachtet:

	Anteil der Einfuhren über Schleswig-Holstein an der Gesamteinfuhr der Bundesrepublik ¹	
	Ø 1955-57	1961
	in %	
Rinder	63	55
Schweine	80	77

1) ohne Saarland

Wichtige Herkunftsländer waren für Rinder Dänemark und für Schweine Dänemark, Schweden und Polen.

Industrie

Betriebe und Beschäftigte

Da von Ende 1956 bis Anfang 1957 in der Metallindustrie Schleswig-Holsteins gestreikt wurde, sind die Gesamtergebnisse der Industrie des Landes für diese beiden Jahre für einen Vergleich mit denen des Jahres 1961 nicht sehr geeignet. Aus diesem Grunde wurde im Abschnitt "Industrie" dieses Heftes als Vergleichsbasis das Jahr 1955 gewählt.

Seit diesem Jahre entwickelte sich die Industrie als ganzes sehr günstig; viele Industriezweige brachten besonders gute, überdurchschnittliche Ergebnisse. In den letzten beiden Jahren trug die zunehmende Beschäftigung von bisher nicht im Arbeitsverhältnis stehenden Ehefrauen, von über 65 Jahre alten Personen und die Einstellung von ca. 3 000 ausländischen Arbeitern zum Ansteigen der Beschäftigtenzahl (die 1957 - 1959 zurückgegangen war) bei.

In den Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten - es waren im Jahresdurchschnitt 1961: 1 508, d. s. um 7% weniger als im Jahre 1955 - hat die Zahl der insgesamt Beschäftigten seit 1955 um 18% auf 173 877 zugenommen, wobei die Zahl der Angestellten stärker (+ 33% auf 31 000) gestiegen ist, als die der Arbeiter einschließlich gewerblichen Lehrlinge (+ 15%). Diese unterschiedliche Entwicklung dürfte u. a. auf die fortschreitende Technisierung und Automatisierung in den Betrieben, die in zunehmendem Maße hochqualifiziertes Personal erfordert, zurückzuführen sein.

Die durchschnittliche Betriebsgröße ist weiter gewachsen; während 1955 auf einen Betrieb (ohne Kleinbetriebe mit 1 - 9 Beschäftigten) 91 Beschäftigte entfielen, waren es 1961 schon 115.

Die ständig abnehmende Arbeitszeit drückt sich in dem verhältnismäßig geringen Zuwachs der

geleisteten Arbeiterstunden aus. Sie hat in 6 Jahren nur um 1% (bei 15% höherer Arbeiterzahl auf 297 Mill. Stunden zugenommen. Demgegenüber stieg die gezahlte Lohnsumme um 71% auf 835 Mill. DM, Löhne und Gehälter zusammen sogar um 78% auf 1 110 Mill. DM.

Der Gesamtumsatz der Industrie ist seit 1955 um 66% auf über 7 Milliarden DM gestiegen. Wenn auch der größere Teil des Zuwachses auf höhere Löhne und Materialkosten zurückzuführen sein dürfte, so hat bestimmt auch die erhöhte Leistung ihr Teil dazu beigetragen. Im Gesamtumsatz enthalten sind 945 Mill. DM Auslandsumsatz, das sind 63% mehr als 1955, während die Exportquote mit 13% um 1 Punkt niedriger war als 1955. Dieser Rückgang mag für die gesamte Industrie nur verhältnismäßig gering erscheinen, doch ist in einzelnen Industriezweigen die rückläufige Tendenz des Exportanteils im Jahre 1961 nicht zu übersehen.

Die Entwicklung des Umsatzes bei den exportintensivsten Industriezweigen zeigt die nachstehende Tabelle. Die Annahme, daß der Rückgang 1961 gegenüber 1960 z. B. bei Feinmechanik/Optik, bei der chemischen Industrie, im Fahrzeugbau und im Schiffbau (für den aber auch noch andere Umstände von Bedeutung waren) u. a. mit der Aufwertung der DM zusammenhängt, liegt nahe. Besonders stark ist seit 1955 der Auslandsumsatz (absolut und auch die Exportquote) bei der Mühlenindustrie und der Papierverarbeitung sowie beim Hochofenwerk zurückgegangen.

Vom Gesamtumsatz des Jahres 1961 in Höhe von 7 Milliarden DM entfielen 35% auf die Nahrungs- und Genußmittelindustrien, 27% auf die Investitionsgüterindustrien, 20% auf die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und 18% auf die Verbrauchsgüterindustrien.

Auslandsumsatz
der exportintensivsten Industriezweige

	Auslandsumsatz			Exportquote		
	1955	1960	1961	1955	1960	1961
	Mill. DM			in %		
Schiffbau	304,8	512,0	443,5	51	68	53
Maschinenbau	78,3	115,5	148,1	29	28	29
Elektrotechnik	17,6	52,5	63,7	22	21	23
Mineralölverarbeitung	6,6	32,8	35,2	13	11	13
Feinmechanik/Optik	16,8	29,5	32,8	28	30	28
Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke	14,5	32,8	31,3	18	34	33
Chemie	14,7	26,1	30,1	10	13	11
Eisen-, Blech- und Metallwaren ¹	13,1	18,1	18,8	14	10	9
Holzschliff-, Papier- Pappeerzeugung	8,8	9,5	13,3	8	6	8
Eisen-, Stahl- u. Tempergieß- Talgsmelzen, Fleisch- verarbeitung	11,0	11,5	12,2	13	12	11
Textil	12,8	13,9	12,0	9	8	6
Steine/Erden	10,0	12,3	11,9	5	5	5
Fahrzeugbau	19,7	10,8	8,9	10	4	3
Ledererzeugung	12,4	7,8	8,4	33	39	30
Mühlenindustrie	8,7	6,6	7,3	10	8	8
Papier- und Pappeerarbeitg.	0,2	6,9	6,3	0,2	4	4
Fischverarbeitung	0,2	10,5	5,9	0,4	10	5
	6,9	4,8	4,3	10	5	4

1) einschl. Ziehereien und Kalkwalzwerke, Stahlverformung und Sportwaffen

Produktion

Das gesamte Produktionsvolumen ist seit 1955 um 53% gestiegen; der Index betrug 1961 im Durchschnitt des Jahres 279. Die Wachstumsraten der einzelnen Obergruppen bewegen sich zwischen + 27% (Verbrauchsgüter) und +79% (Grundstoffe und Produktionsgüter); die Nahrungs- und Genußmittelindustrie (+ 58%) sowie die Investitionsgüterindustrie (+ 55%) lagen zwischen diesen beiden. In allen Obergruppen fallen einige Industriezweige durch besonders große Produktionssteigerungen aus dem Rahmen: bei den Grundstoffen und Produktionsgütern ist es die Gummi- und Asbestverarbeitung (+ 637%), die Mineralölverarbeitung (+ 131%) und die chemische Industrie (+ 95%). Im Industriezweig Gummi- und Asbestverarbeitung konnte vor allem die Sparte Asbestverarbeitung (Herstellung von Bremsbelägen u. dgl.) im Zusammenhang mit der zunehmenden Motorisierung in den letzten Jahren ihre Produktion außergewöhnlich stark erhöhen. Auf die zunehmende Motorisierung geht wohl auch ein großer Teil der Produktionsausweitung im Industriezweig Mineralölverarbeitung zurück (Index 1 132).

Unter den Investitionsgütern hatte die elektrotechnische Industrie die größte Zuwachsrate, (+ 136%, bei einem Index von 704), der Schiffbau die niedrigste (+ 3%, bei einem Index von 297). Die ansehnliche Produktionsausweitung bei der Elektroindustrie ist zu einem immerhin erwähnenswerten Teil auf methodische

Ursachen zurückzuführen, da im Jahre 1957 die Schallplattenherstellung dem Industriezweig "Elektrotechnik" zugeschlagen wurde. - Die Werftproduktion war in den letzten 3 Jahren rückläufig (Indices: 322 - 314 - 297). Es gibt nur ganz wenige Zweige der Industrie Schleswig-Holsteins mit noch niedrigerer Wachstumsrate, als sie der Schiffbau 1961 auswies. Diese Entwicklung ist nicht allein durch die DM-Aufwertung beeinflusst, sondern hängt wohl auch mit der allgemeinen internationalen Lage der Werftindustrie zusammen. Vor allem ist auf die ungleichen Wettbewerbsbedingungen hinzuweisen, denen die deutschen Werften im Ausland deshalb gegenüberstehen, weil in einigen Ländern der Schiffbau in irgendeiner Form subventioniert wird.

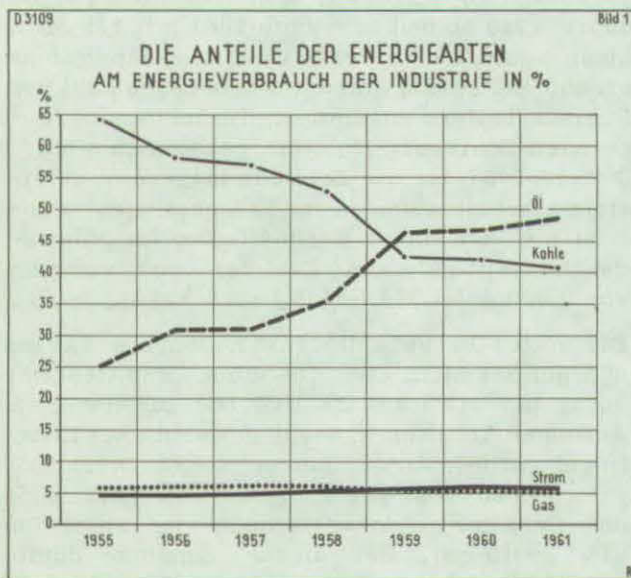
Unter den Verbrauchsgütern, deren Index insgesamt seit 1955 nur um 27% zugenommen hat, ist vor allem der rapide Aufstieg der Kunststoffverarbeitung bemerkenswert. Ihr Index stieg von 254 im Jahre 1955 auf 3 862 im Jahre 1961. Bei der sich immer weiter ausbreitenden Verwendung des Kunststoffes - es gibt heute kaum ein Wirtschaftsgebiet, auf dem er noch nicht unentbehrlich geworden ist - sind diese außergewöhnlichen Indexwerte verständlich. Um die Entwicklung dieses Industriezweiges aber noch etwas zu verdeutlichen, sei angeführt, daß der Umsatz im Jahre 1955 nicht ganz 2 Mill. DM, im Jahre 1961 jedoch 30 Mill. DM betrug.

Von nicht geringer Bedeutung für die Wirtschaft des Landes ist die Mineralölindustrie, und zwar nicht nur die Verarbeitung, sondern auch die Gewinnung. Nachdem schon in der Zeit vor 1955 die Erdölfelder Boostedt, Plön und Bramstedt in Betrieb genommen worden waren, kamen zwischen 1955 und 1961 die Felder Kiel, Schwedeneck, Warnau, Plön-Ost und Dogger hinzu. Infolgedessen stieg die Erdölförderung, die vor sechs Jahren 291 000 t betragen hatte, bis 1961 um 62% auf rund 471 000 t an. Das Öl wird in den genannten Feldern aus einer Tiefe von 1500 - 2000 m gefördert, doch sind zur Zeit Bohrungen bis über 4000 m im Gange; sie sollen neue Lager erschließen, die die abnehmenden Vorräte in den geringeren Tiefen ersetzen. Förderleistungen, die über die bisher erreichten wesentlich hinausgehen, erwartet man nämlich aus den zur Zeit betriebenen Bohrlöchern nicht mehr.

Gegenüber den erwähnten Produktionsausweitungen in der gesamten Industrie erscheint die Zunahme der Energieerzeugung - Stromerzeugung + 22%, Gaserzeugung + 31% - überraschend niedrig. Bei der Beurteilung der Zahlen ist jedoch zu beachten, daß der Index der Energieerzeugung sich - wie schon der Name sagt - nur auf die Erzeugung bezieht, nicht aber auf den Verbrauch an Energie, der mit der

Güterproduktion zusammenhängt. Da Schleswig-Holstein mit seiner Stromversorgung an das Verbundnetz der Bundesrepublik angeschlossen ist, kann nach technisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten Energie aus dem Verbundnetz bezogen werden. Der tatsächliche Verbrauch der Industrie an Strom betrug im Jahre 1961 über 1 Milliarde kWh, was einer Zunahme gegenüber 1955 um 50% entspricht, und mit der Zunahme der gesamten Industrieproduktion (+ 53%) harmonisiert. Ein Viertel dieser Strommenge wurde von der Industrie durch eigene Erzeugungsanlagen gedeckt; 1955 war es fast ein Drittel gewesen.

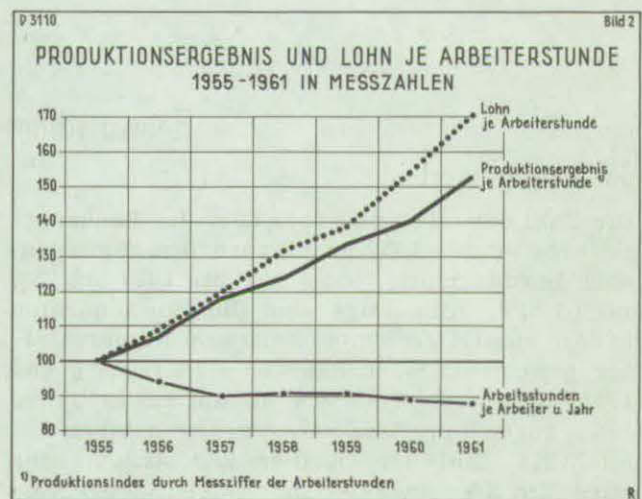
Bemerkenswert ist die Entwicklung des Brennstoffverbrauchs: Seit dem Jahre 1955 ist der Verbrauch an Steinkohle, Koks und dgl. von fast 970 000 t-SKE um 16% auf 816 000 t-SKE zurückgegangen, während sich der von Heizöl im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt hat (602 000 t). - Wenn man die genannten Werte auf Wärmeinheiten umrechnet, so zeigt sich, daß im Jahre 1955 ein Viertel des gesamten Energiebedarfs der Industrie durch Heizöl und 64% durch Kohle gedeckt wurde. 1961 hingegen lieferte die Kohle nur noch knapp 41% der benötigten Energie, das Heizöl aber fast 50%. (Rest entfällt zu etwa gleichen Teilen auf Strom und Gas.) Der Kampf der Kohle mit dem Heizöl ist also in Schleswig-Holstein bisher zu Gunsten des Öles ausgegangen.



Die größten Ölverbraucher in der Industrie waren im Jahre 1961: die Industrie der Steine und Erden (38%) - darunter vor allem die Zementindustrie - die Papiererzeugung (15%), Mineralölverarbeitung (14%), Nahrungs- und Genussmittelindustrie (14%) - darunter vor allem die Molkereien - und die chemische Industrie

(3%). Seit 1955 haben sich die verbrauchten Heizölmengen dieser Industriezweige durchweg verdoppelt, zum Teil aber auch vervielfacht. Dieser Zuwachs war erheblich größer als die Zunahme der Produktion, ein Zeichen dafür, daß der erhöhte Ölverbrauch zum größten Teil auf den Übergang von der Kohlefeuerung zur Ölfeuerung zurückzuführen ist und nicht nur mit der Produktionssteigerung zusammenhängt.

Die Abbildung 2 zeigt, wie sich die zur Zeit viel diskutierte Produktivität (Produktionsergebnis je Arbeiterstunde) im Verhältnis zu den Löhnen und der Arbeitszeit in der gesamten Industrie Schleswig-Holsteins entwickelt hat: die Produktivität nahm seit 1955 um 53% zu, die insgesamt je Arbeiterstunde gezahlte Lohnsumme jedoch um 70%, während gleichzeitig die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden je Arbeiter und Jahr um 12% zurückgegangen ist.



Im einzelnen hat das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde bei 8 Industriezweigen überdurchschnittlich, d. h. um mehr als 53% seit 1955, zugenommen, und zwar bei der Spirituosenindustrie (+ 266%), der Gummi- und Asbestverarbeitung (+ 242%), der chemischen Industrie (+ 114%), der Holzverarbeitung (+ 113%), der Kunststoffverarbeitung (+ 106%), dem Hochofenwerk (+ 82%), den Molkereien (+ 74%) und der Schuhindustrie (+ 66%).

Diese Zunahmen der Produktivität sind z. B. durch Veränderung des Produktionsprogrammes der Betriebe, Modernisierung (Mechanisierung) der Arbeitsverfahren, aber auch durch andere Abgrenzung der eigenen Erzeugung (Bezug von Halbfabrikaten oder Ausdehnung des Produktionsverfahrens auf bisher bezogene Halbfabrikate usw.) erreicht worden.



Nur bei der Ledererzeugung ist das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde seit 1955 um 53% zurückgegangen.

Die Veränderung der Beschäftigtenzahl in den einzelnen Kreisen zeigt Abbildung 3. Danach hat die Zahl der in der Industrie Beschäftigten in 7 Kreisen überdurchschnittlich zugenommen, und zwar in Stormarn (+ 92%), Süderdithmarschen (+ 26%), Husum (+ 24%), Eckernförde (+ 22%), Eutin und Südtondern (je 21%) und Pinneberg (+ 19%). In Norderdithmarschen (- 10%) und Flensburg-Land (- 8%) ist die Zahl der in der Industrie Beschäftigten zurückgegangen. Die Reihenfolge der kreisfreien Städte und Landkreise mit den größten Beschäftigtenzahlen Kiel, Pinneberg, Lübeck und Neumünster hat sich seit 1955 nicht verändert.

Im Lande Schleswig-Holstein kamen im Jahre 1955 auf 1 000 Einwohner 64 in der Industrie Beschäftigte, im Jahre 1961 hingegen 75, was einer Zunahme um 18% entspricht.

Bauwirtschaft, Wohnungsbau

Bauhauptgewerbe

Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe ist seit 1952 ununterbrochen gestiegen, vom Durchschnitt 1955 - 57 bis 1961 um 25% auf 61 829. Allerdings sind die Zuwachsraten in dem zuletzt genannten Zeitraum immer kleiner geworden. Sie haben von 7,2% (1957 gegen 1956) über 6,0 - 5,4 - 4,6 bis auf 1,5 im Jahre 1961 gegenüber 1960 ständig abgenommen. - Auch die Zahl der Inhaber und Angestellten stieg um 6%, doch ist ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl von 10 auf 9% zurückgegangen, was größtenteils mit dem Rückgang der Betriebszahl zusammenhängt.

Bemerkenswert ist es, daß die Unterschiede zwischen der höchsten und der niedrigsten Beschäftigtenzahl innerhalb eines Jahres - in der Hauptsache infolge der Maßnahmen zur Förderung des Winterbaues - viel kleiner geworden sind; allerdings dürfte auch der Mangel an Baufacharbeitern und Arbeitskräften überhaupt mit dazu beigetragen haben, daß die Betriebe auch während der Wintermonate und bei fehlenden Anschlußaufträgen ihre Arbeitskräfte weiterbehalten, weil sie fürchten, die einmal Entlassenen bei Beginn der Bausaison nicht mehr zurückzubekommen. Jedenfalls entsprach im Durchschnitt der Jahre 1955-57 die höchste Zahl der Beschäftigten 236% der Mindestzahl, 1961 hingegen nur 111%; mit anderen Worten: die höchste Beschäftigtenzahl des Jahres war vor 6 Jahren mehr als doppelt so groß, aber 1961 nur 11% größer als die niedrigste.

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden erreichte seit 1950 im Jahre 1959 einen ersten Höchstwert (114 Mill.), fiel dann im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung und der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt im Jahre 1960 ab und erreichte 1961 mit 115 Mill. einen neuen Höchstwert. Vielleicht hängt diese erneute Steigerung mit der wachsenden Zahl von Fremdarbeitern zusammen, die im letzten Jahre nach Schleswig-Holstein gekommen sind. - Seit 1955-57 ist die Zahl der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden um 12% gestiegen, während die von einem Beschäftigten im Jahresdurchschnitt geleistete Zahl der Arbeitsstunden von 2 090 auf 1 867 (- 11%) zurückging.

Die insgesamt gezahlte Lohnsumme hat um 86% auf 386 Mill. DM, die Summe der Gehälter sogar um 112% auf 27 Mill. DM zugenommen. Auf einen Arbeiter (einschl. gewerblicher Lehrlinge) entfiel vor 6 Jahren 4 693 DM, 1961 jedoch 6 859 DM pro Jahr (+ 46%). Die Löhne und Gehälter je Arbeitsstunde sind sogar um 67% gestiegen. Bei dieser Zunahme dürfte neben dem Schlechtwettergeld auch der Umstand eine Rolle spielen, daß heute die tatsächlich gezahlten Löhne sehr häufig über die Tariflöhne hinausgehen.

Der gesamte Umsatz des Bauhauptgewerbes ist um 93% auf 1,2 Mrd. DM angewachsen. Diese starke Zunahme geht nicht nur auf die Steigerung der Material- und Lohnkosten zurück (wenn auch Löhne und Gehälter um 87% auf 413 Mill. zugenommen haben), vielmehr

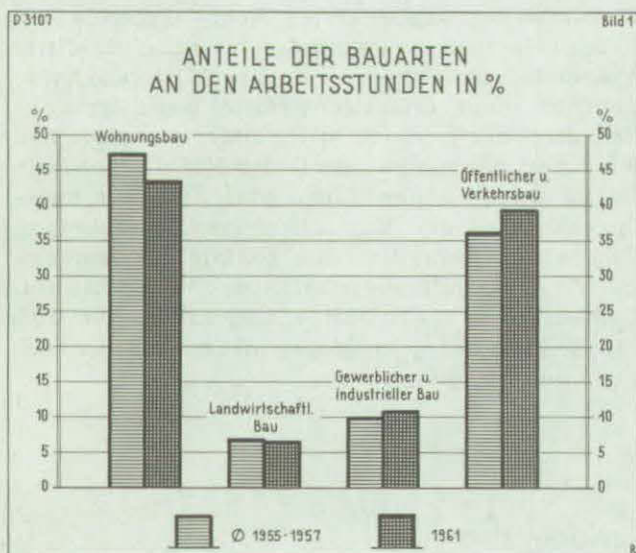
drückt sich darin auch eine erhebliche wirkliche Leistungssteigerung aus. Hierauf deutet die seit 1955-57 zum Teil stark gestiegene Anzahl der vorhandenen Baugeräte:

Gerätestand im Bauhauptgewerbe

Geräte	Durchschnitt Ø 1955-1957	1961	Veränderung in %
Betonmischer	2 637	4 344	+ 65
Turmdrehkrane	49	126	+ 157
Baufzüge	1 095	1 896	+ 73
Förderbänder	664	1 047	+ 58
Kompressoren	256	379	+ 48
Bagger	363	811	+ 123
Last/Nutzkraftwagen	1 325	2 239	+ 69
Zugmaschinen	96	117	+ 22
Planiertrauen	179	424	+ 137
Straßenwalzen	244	356	+ 46
Rammen (ohne Handrammen)	385	369	- 4

So hat die Zahl der Turmdrehkrane um 157%, die der Planiertrauen um 137% und die der Bagger um 123% zugenommen; dabei sagen die Bestandszahlen und die prozentualen Zunahmen nichts über die Leistungsfähigkeit der Geräte aus. Es ist durchaus möglich und auch wahrscheinlich, daß die Kapazität der Geräte stärker zugenommen hat, als aus den Bestandszahlen hervorgeht, schon deshalb, weil alle die Fälle, in denen alte Geräte durch neue leistungsfähigere und modernere ersetzt wurden, überhaupt nicht in Erscheinung treten.

Die Entwicklung in den einzelnen Bausparten, gemessen an den geleisteten Arbeitsstunden, zeigt Bild 1



Der Öffentliche und Verkehrsbau hat mit 22% am meisten zugenommen. Innerhalb dieser Sparte entfielen auf den Tiefbau im Durchschnitt der Jahre 1955 - 1957 83%. Bis zum Jahre 1961 hat zwar die absolute Zahl der im Tiefbau geleisteten Arbeitsstunden um 14% zugenommen, ihr Anteil an allen Stunden des Öffentlichen und Verkehrsbaus sank aber auf 78%. Mehr als ein Drittel der gesamten Tiefbaustunden entfiel 1961 auf den Straßenbau. Seit 1960 (Tief-

baustunden werden erst seit diesem Jahre getrennt erfragt) hat die Zahl der hierfür geleisteten Arbeitsstunden um 16% zugenommen. In dieser Zunahme spiegelt sich der im letzten Jahre verstärkte Ausbau der Straßen des Landes, der im Zusammenhang mit den Erfordernissen der EWG steht, wider.

Fast ebenso kräftig (21%) hat der industrielle und gewerbliche Bau zugenommen. Diese starke absolute Zunahme ist eine Folge der lebhaften Investitionstätigkeit der Wirtschaft, insbesondere der Industrie. Nicht nur Bauarbeiten, die durch Rationalisierungsmaßnahmen bedingt sind, sondern auch die Errichtung von gewerblichen Gebäuden für neue Industrien dürften hier eine Rolle gespielt haben, ebenso wie der Neu- und Ausbau von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken. Demgegenüber ist der landwirtschaftliche Bau nur verhältnismäßig gering (+9%) gewachsen; sein Anteil am Gesamtumsatz ist sogar zurückgegangen (-1%). Die kleinste Zuwachsrate (+2%) hatte der Wohnungsbau. Wenn auch auf ihn noch immer die meisten (43%) der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden entfallen, so war dieser Anteil doch um 4 Punkte niedriger als im Schnitt 1955 - 1957. Diese Entwicklung, nämlich die allmähliche Verschiebung des Schwerpunktes der Bautätigkeit vom Wohnungsbau auf den Öffentlichen und Verkehrsbau und Gewerblichen und Industriellen Bau, ist schon seit dem Jahre 1959 zu beobachten; damals betrug der Anteil des Wohnungsbaues an den Gesamtstunden noch 47,7%; er ist dann über 44,9% auf 43,4% im Jahre 1961 abgesunken, während die Anteile der beiden anderen Bauarten seitdem gestiegen sind.



Bild 2 zeigt die unterschiedliche Entwicklung der Zahl der Beschäftigten und Arbeitsstunden sowie der Löhne und des Umsatzes.

Wohnungsbau

Der Wohnungsbau wartet seit 1959 mit einer außerordentlich hohen Leistung auf, 1961 ist außerdem mit fast 26 000 neu erstellten

Wohnungen das absolut höchste Bauergebnis erzielt worden. Gegenüber der durchschnittlichen Bauleistung der Jahre 1955-57 bedeutet dies eine Zunahme um 23%. Das Land hat damit im Wohnungsbau den Bund wesentlich übertroffen.

Der Wohnungsbau in Schleswig-Holstein

Jahr	Fertiggestellte Wohnungen				Bauüberhang	
	Anzahl	1956 ¹ = 100	je 1 000 Einwohner		Wohnungen	1956 ¹ = 100
			zus.	darunter sozial ²		
1956 ¹	21 058	100	9,3	5,6	19 733	100
1957	21 822	104	9,6	6,1	19 424	98
1958	18 392	87	8,1	4,0	25 123	127
1959	25 278	120	11,1	5,9	27 090	137
1960	25 865	123	11,2	5,7	29 695	150
1961	25 949	123	11,1	5,7	32 191	163

1) § 1955 - 1957

2) öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau

Aber nicht allein die Fertigstellungen, sondern noch weit ausgeprägter hat der Bauüberhang (Zahl der zum Bau freigegebenen, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen) am jeweiligen Jahresende die Ergebnisse der früheren Jahre überschritten. Bei über 32 000 Wohnungen sind am 31. 12. 1961 die Bauarbeiten noch nicht beendet gewesen bzw. war damit noch gar nicht begonnen worden, gegenüber knapp 20 000 in dem Vergleichsjahr 1956. Das Anwachsen des Auftragsbestandes an Wohnungen tritt erst seit 1958 auf, und zwar von Jahr zu Jahr stärker. Da trotz dieses Umstandes seit 1959 die Wohnungsbauleistung nur zögernd gefolgt ist, liegt der Schluß nahe, daß die Bauwirtschaft des Landes ihrer Kapazitätsgrenze sehr nahe gekommen ist.

Im Wohnungsbau werden zunehmend größere Wohnungen (5 und mehr Räume) bevorzugt. Diese Tendenz wird durch einen relativen Rückgang lediglich bei den mittelgroßen Wohnungen (3 und 4 Räume) ausgeglichen. Der Anteil kleiner Wohnungen (1 und 2 Räume) hat sich gegenüber 1956 nicht verändert.

Von 100 fertiggestellten Wohnungen waren

1956	1961	
10	10	Kleinwohnungen
72	59	Mittelwohnungen
18	31	Großwohnungen

Über die Kostenentwicklung im Wohnungsbau gibt die Baugenehmigungsstatistik einige Aufschlüsse. 1956 mußten für den Bau einer Wohnung im Schnitt 17 300 DM veranschlagt werden; 1961 erhöhte sich dieser Betrag auf 29 600 DM. In dieser Kostenerhöhung um rund 70% sind natürlich auch Qualitätssteigerungen hinsichtlich der Größe und Ausstattung der Wohnungen enthalten. Der Einfluß der verbesserten Ausstattung und der Preis- und Lohnsteigerungen auf die Baukosten läßt sich annähernd durch einen Vergleich der Baukosten je m³ umbauten Raumes (1956: 54,- DM; 1961: 77,- DM) abschätzen. Man kann demnach annehmen, daß die Steigerung der durchschnittlichen Baukosten je Wohnung um rund 70% gut zur Hälfte auf den Anstieg der Wohnungsgröße zurückzuführen ist. Die Ergebnisse der Baupreisstatistik, die in dem betrachteten Zeitraum eine Verteuerung der Baupreise um etwa 30% ausweisen, stehen im Einklang mit dieser Aussage.

Dem sozialen Wohnungsbau, dessen Gewicht 1956 etwas stärker (62%) war, sind 1961 noch die Hälfte (51%) der neu erstellten Wohnungen zuzurechnen. Auch die Zusammensetzung der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues läßt einen relativen Rückgang der öffentlichen Mittel erkennen, obwohl absolut (136 Mill. DM) wesentlich mehr öffentliche Mittel bewilligt worden sind als 1956 (92 Mill. DM). Ausgeglichen wird der geringere Anteil der öffentlichen Mittel im wesentlichen durch eine stärkere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes. Die übrigen Finanzierungsquellen des sozialen Wohnungsbaus - Arbeitgeberdarlehen, Eigenkapital, Selbsthilfe - haben mit einem Anteil von 30% (1956: 29%) nur geringfügig mehr zu Finanzierung beigetragen.

Handel und Gastgewerbe

Außenhandel

Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins hat sich auch in den letzten Jahren ständig erhöht. Gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1955/57 lag sie 1961 über die Hälfte höher. Dies Ergebnis wird stark durch die Schiffslieferungen beeinflusst. Sie machen gut zwei Fünftel der Gesamtausfuhr aus, unterliegen aber stärkeren Schwankungen. Besonders war dies 1961 der Fall. Ein erheblicher Rückgang gegenüber dem Vorjahre ließ

den Anteil auf 37% absinken. Für die Schiffslieferungen allein ergibt sich dadurch gegenüber den Vergleichsjahren eine Steigerung von nur 36%. Der Wert der übrigen Enderzeugnisse wuchs um 78%. Zum erheblichen Teil sind das Maschinen der verschiedensten Art. Nimmt man die Schiffe aus der Gesamtausfuhr heraus, so ergibt sich ein bedeutend günstigeres Bild. Der Zuwachs beträgt dann nämlich 70%.

Etwa in dieser Höhe dehnten sich auch die Lieferungen von Halbwaren und Rohstoffen aus.

Ausfuhr Schleswig-Holsteins

Warengruppe	Ø 1955-57	1961	Zunahme in %
	in Mill. DM		
Gewerbliche Wirtschaft	636	995	56
davon Rohstoffe	20	37	82
Halbwaren	56	102	82
Fertigwaren, Vorerzeugnisse	33	40	23
Enderzeugnisse	528	816	55
Ernährungswirtschaft	56	79	42
davon lebende Tiere	4	5	30
Nahrungsmittel tier. Ursprungs	26	29	9
pflanzl. Ursprungs	24	36	47
Genußmittel	1	9	1 050
Ausfuhr insgesamt	692	1 074	55

Unter den Halbwaren sind Kraftstoffe, Roh-eisen, Phosphordünger und Zement zu nennen. Die Entwicklung in der Ernährungswirtschaft war bescheidener. Besonders trifft dies für Nahrungsmittel tierischen Ursprungs zu, während die Genußmittel durch ihren starken Anstieg einen Ausgleich schufen.

Fast vier Fünftel der Ausfuhr gingen nach Europa. Hier war auch die Entwicklung am stetigsten. Die Länder der EFTA bezogen etwa zweieinhalbfach soviel Waren wie die der EWG. Dies Verhältnis hat sich im großen und ganzen durch die Jahre hin gehalten. Die Lieferungen nach Übersee wechseln stark, da es sich hier meist um einzelne größere Aufträge handelt und nicht um regelmäßige Handelsbeziehungen.

Im Warenverkehr mit Berlin (West) stiegen die Bezüge gegenüber den Vergleichsjahren auf das Zweieinhalbfache. Der wichtigste Posten hierin sind Erzeugnisse der Elektrotechnik.

Warenverkehr mit Berlin (West)

	Ø 1955-57	1961	Zunahme in %
	in Mill. DM		
Bezüge	70	172	146
Lieferungen	288	405	41

Besonders stark nahmen die Bezüge von Erzeugnissen der Berliner Ernährungsindustrie zu. Unter den Lieferungen stehen mit über der Hälfte ebenfalls Erzeugnisse der Ernährungsindustrie, neben denen noch landwirtschaftliche Produkte zu nennen sind.

Die Bezüge aus der Sowjetzone hielten sich in den Jahren 1955 bis 1958 etwa auf der gleichen Höhe. 1959 stiegen sie einmalig auf 18 Mill. DM und sanken dann wieder auf etwa 6 Mill. DM ab. Bezogen wurden in erster Linie Textilien. Die Lieferungen blieben im Laufe der letzten Jahre etwa auf einer Höhe. Sie bestanden im wesent-

lichen aus Erzeugnissen der Ernährungsindustrie, anorganischen Chemikalien, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen und Maschinen.

Warenverkehr mit dem Währungsgebiet der DM-Ost

	Ø 1955-57	1961	Veränderung in %
	in Mill. DM		
Bezüge	4	6	+ 47
Lieferungen	17	17	- 1

Fremdenverkehr

Der Fremdenverkehr hat in Schleswig-Holstein im Berichtszeitraum stark zugenommen. Nach der Statistik über den allgemeinen Fremdenverkehr, in der die Angaben aus allen für das Beherbergungsgewerbe bedeutenden Gemeinden enthalten sind, standen im Sommerhalbjahr 1956 insgesamt 79 000 Betten für Fremde bereit; im Sommerhalbjahr 1961 waren es bereits 115 000. Am Zuwachs sind die Ostseebäder relativ stärker beteiligt als die Nordseebäder. Das Gleiche gilt für die Fremdenmeldungen, deren Zahl sich insgesamt von 896 000 im Sommerhalbjahr 1956 auf 1 257 000 im Sommerhalbjahr 1961 erhöhte.

Allgemeiner Fremdenverkehr in den Sommerhalbjahren 1956 und 1961

	Angaben jeweils in 1 000		Veränderung in %
	1956	1961	
Fremdenbetten insgesamt	79	115	+ 45
darunter in Ostseebädern	31	47	+ 53
in Nordseebädern	30	44	+ 47
Fremdenmeldungen insgesamt	896	1 257	+ 40
darunter in Ostseebädern	229	364	+ 59
in Nordseebädern	168	257	+ 53
Fremdenübernachtungen insges.	5 916	9 394	+ 59
darunter in Ostseebädern	2 411	3 895	+ 62
in Nordseebädern	2 160	3 571	+ 65

Die Zahl der Übernachtungen nahm im Berichtszeitraum um 3,5 Mill. zu und betrug im Sommerhalbjahr 1961 9,4 Mill. An diesem Zuwachs waren die Nordseebäder relativ stärker beteiligt als die Ostseebäder. Während sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Ostseebädern in den Jahren 1956 bis 1961 nur geringfügig erhöht hat, ist sie in den Nordseebädern stärker gestiegen. An der Ostsee blieb jeder Fremde im Sommerhalbjahr 1956 durchschnittlich 10,5 Tage am Ort und im Sommerhalbjahr 1961 durchschnittlich 10,7 Tage. Reisende, die in den Nordseebädern abstiegen, blieben im Jahre 1956 durchschnittlich 12,9 Tage und im Jahre 1961 durchschnittlich 13,9 Tage am gleichen Ort.

Güterverkehr

Entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung sind auch die erbrachten Leistungen im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung in Schleswig-Holstein in den letzten sechs Jahren weiter gestiegen. Eine Ausnahme hiervon gilt nur für die schienengebundenen Fahrzeuge, insbesondere die Eisenbahnen, deren Verkehrsleistungen nicht mit der allgemeinen Entwicklung schritthalten konnten. So bestätigt eine Gegenüberstellung der in den Jahren 1956 bis 1959 beförderten Gütermengen, daß sich der Zuwachs des Verkehrsaufkommens sehr unterschiedlich auf die einzelnen Verkehrsträger verteilt hat.

Güterverkehr nach Verkehrsträgern

	Beförderte Gütermenge in 1 000 t		Veränderung in %	Anteil in %	
	1956	1959		1956	1959
Eisenbahn ¹	8 663	7 353	- 15	42	34
Schiffahrt ²	8 258	9 785	+ 18	40	46
Lastkraftwagen ³	3 492	4 211	+ 21	17	20
Insgesamt	20 413	21 349	+ 5	100	100

1) ohne Dienstgutverkehr

2) See- und Binnenschiffahrt

3) nur im Güterfernverkehr

Im Jahre 1956 wurden insgesamt 20,4 Mill. t und im Jahre 1959 21,3 Mill. t Güter befördert. Trotz des Zuwachses der insgesamt beförderten Gütermenge um 5% mußte die Deutsche Bundesbahn in diesem Zeitraum einen Rückgang des Güterverkehrs um 15% hinnehmen. Das Verkehrsaufkommen verlagerte sich in verstärktem Maße auf die Schiffahrt und auf den Lastkraftwagen, deren beförderte Gütermengen im gleichen Zeitraum um 18% und 21% zunahmen. Die führende Stellung im Güterverkehr, die die Eisenbahn im Jahre 1956 noch knapp vor der Schiffahrt inne hatte, ist inzwischen verlorengegangen. Bereits im Jahre 1959 wurden von der Schiffahrt 46% aller aufkommenden Gütermengen befördert gegenüber 34% von den Eisenbahnen und 20% vom Kraftwagen. Leider liegen die entsprechenden Angaben für das Jahr 1961 noch nicht für alle Verkehrsträger vor. Obwohl 1960 die auf dem Schienenwege beförderte Gütermenge wieder etwas anstieg, ist kaum zu erwarten, daß sich nach 1959 eine grundlegende Veränderung der dargestellten Entwicklung vollzogen hat. Auf dem Wasserwege wurden im Jahre 1961 bereits 12,3 Mill. t Güter befördert, womit die Schiffahrt einen Anteil von etwa der Hälfte des gesamten Güterverkehrsaufkommens erreicht haben dürfte.

Unter den beförderten Gütern stellen die sogenannten Massengüter (z. B. Kohlen, Mineralöle, Steine und Erden, Düngemittel) einen be-

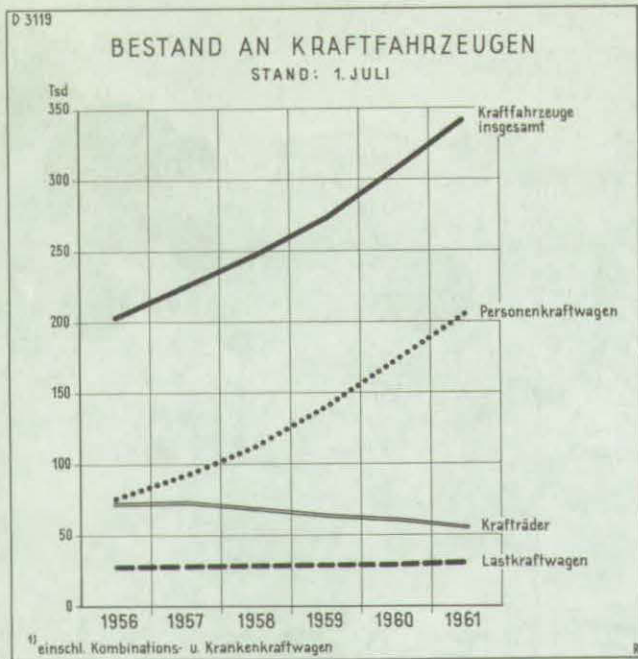
trächtlichen Anteil. Der Transport dieser Güter ist nicht so sehr eine Frage der Zeit als vielmehr eine Frage der Beförderung in großen Mengen zu billigen Preisen. Das Schiff ist für diese Transportart das ideale Verkehrsmittel und so ist es zu verstehen, daß vom Rückgang der Kohlentransporte infolge der strukturellen Veränderung des Energieverbrauchs die Schiffahrt zwischen den Jahren 1956 und 1961 am wenigsten betroffen wurde. Die mit Schiffen beförderte Kohlenmenge ist in diesem Zeitraum nur um 3% zurückgegangen, während die Eisenbahnen zwischen den Jahren 1956 und 1960 einen Rückgang um 37% hinnehmen mußten. Dafür stieg die beförderte Mineralölmenge in den gleichen Zeiträumen auf dem Wasserwege um 179%, auf dem Schienenwege jedoch nur um 48% an. Der Transport von Mineralöl durch Eisenbahnen ist offensichtlich viel kostspieliger als auf dem Wasserwege. Inwieweit der ständig zunehmende Transport von Mineralöl in Rohrleitungen das Verkehrsaufkommen der genannten Verkehrsträger berührt, ist leider nicht festzustellen. Zahlen liegen hierüber nicht vor.

Straßenverkehr

Auf den Straßen in Schleswig-Holstein hat zwischen den Jahren 1956 und 1961 eine Entwicklung eingesetzt, die man zu Beginn der Berichtsperiode nicht für möglich gehalten hätte. Die Zahl der zum Verkehr zugelassenen Kraftfahrzeuge stieg von 203 500 im Jahre 1956 auf 341 200 im Jahre 1961 an, was einer Zunahme um 68% entspricht.

Der Zuwachs fiel fast ausschließlich auf die Personenkraftwagen, deren Zahl sich von 75 400 auf 205 700 erhöhte. Das ist eine Zunahme um 173%! Während im Jahre 1956 auf je 1 000 Einwohner 33 Personenkraftwagen kamen, sind es jetzt 89. Dieser Zuwachs war sogar relativ höher als der für das gesamte Bundesgebiet; Trotzdem liegt in Schleswig-Holstein die Zahl der Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner immer noch etwas unter dem Durchschnitt des Bundesgebietes, jedoch ist der Abstand geringer geworden. Die Zahl der Lastkraftwagen nahm in der Berichtsperiode um 13% zu und die der Motorräder um 23% ab. Während es im Jahre 1956 fast noch so viele Krafträder wie Personenkraftwagen gab, betrug im Jahre 1961 ihre Zahl nur noch gut ein Viertel der Personenkraftwagen.

Unter diesen Umständen war es natürlich nicht möglich, den Straßenbau auch nur annähernd so zu verstärken, wie es der Zunahme der Zahl der Kraftfahrzeuge entsprochen hätte. In Schleswig-Holstein gab es im Jahre 1956 insgesamt 6 769 km klassifizierte Straßen. In dieser



Zahl sind die Bundesautobahn, die Bundesstraßen und die Landstraßen I. und II. Ordnung enthalten. Das bedeutet, daß auf 1 km der genannten Straßen im Jahre 1956 30 Kraftfahrzeuge entfielen. Im Jahre 1961 gab es 7 288 km klassifizierte Straßen, also 8% mehr als im Jahre 1956. Trotzdem entfielen wegen der starken Zunahme des Personenwagenverkehrs auf 1 km bereits 47 Kraftfahrzeuge. Diese Entwicklung wird auch in den kommenden Jahren anhalten und sich verstärken, so daß mit einer immer größeren Belastung des Straßennetzes gerechnet werden muß. Die erheblichen Mittel für den Straßenbau werden dieses Übel zwar etwas mildern, aber nicht beseitigen können. Es wirkt geradezu paradox, daß auf der einen Seite Verkehrswege stillgelegt werden, veröden oder nicht voll ausgenutzt werden, wie dies bei den Eisenbahnen geschieht, und auf der anderen Seite Verkehrswege derartig überlastet werden. Alle Versuche, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, sind bisher fruchtlos geblieben.

Die Folge ist die ständig steigende Zahl der Straßenverkehrsunfälle. Sie nahm in der Berichtsperiode - von 1956 bis 1961 - um 84% zu und betrug im Jahre 1961 insgesamt 41 918. Davon ereigneten sich 30 605 innerhalb von Ortschaften und 11 313 außerhalb von Ortschaften. Im Jahre 1956 gab es noch wesentlich weniger Unfälle, jedoch war die Differenz zwischen den beiden Arten relativ viel größer, d. h. innerhalb der Ortschaften gab es relativ mehr Unfälle als 1961. Dies ist zum einen auf die Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung in den Ortschaften im Jahre 1957 zurückzuführen und zum anderen auf die größere Dichte des Verkehrs, die ein zügiges Fahren in den Ortschaften, insbesondere in größeren Städten, erschwert. Auch an der Zahl der Getöteten und Verletzten läßt sich deutlich er-

kennen, daß in der Berichtsperiode die schweren Unfälle innerhalb der Ortschaften relativ weniger angestiegen sind als außerhalb der Ortschaften. So ist z. B. die Zahl der bei Verkehrsunfällen Getöteten in der Berichtsperiode im Innerortsverkehr um 1% zurückgegangen, während sie im Verkehr außerhalb von Ortschaften um 87% gestiegen ist. Entsprechendes gilt für die Zahl der bei Verkehrsunfällen Verletzten.

Bei Straßenverkehrsunfällen Getötete und Verletzte

	1956	1961	Veränderung in %
Getötete	428	596	+ 39
innerhalb } von Ortschaften	232	229	- 1
außerhalb }	196	367	+ 87
Verletzte	12 627	16 725	+ 32
innerhalb } von Ortschaften	9 216	10 505	+ 14
außerhalb }	3 411	6 220	+ 82

Grenzüberschreitender Reiseverkehr

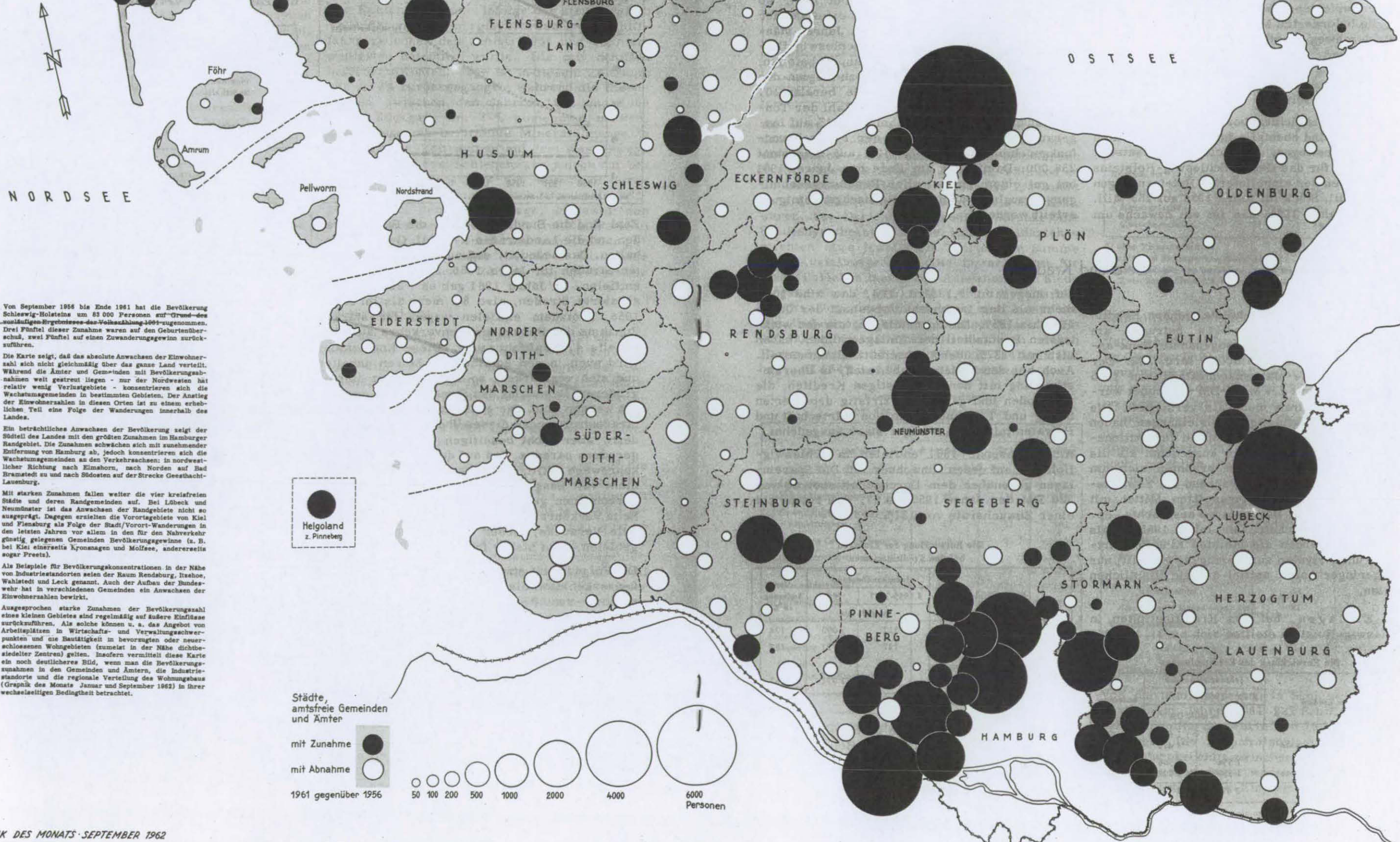
Auch aus den Zahlen, die über den grenzüberschreitenden Reiseverkehr mit Dänemark vorliegen, ist das starke Ansteigen des Verkehrsvolumens zu entnehmen. Über die Landgrenze reisten im Jahre 1956 2,6 Mill. Personen, im Jahre 1961 5,4 Mill. Personen nach Deutschland ein. Das ist eine Zunahme des Personenverkehrs nach Deutschland um 110%. Der überwiegende Teil der Reisenden kam in den beiden Jahren über den Kontrollpunkt Kupfermühle nach Deutschland. Das gilt auch für die eingefahrenen Kraftfahrzeuge, deren Zahl sich im genannten Zeitraum von 357 000 auf 1,2 Mill. erhöhte. Über die schleswig-holsteinischen Seehäfen reisten im Jahre 1956 616 000 Personen, im Jahre 1961 etwa 1,8 Mill. Personen nach Deutschland ein. Darunter gingen im Jahre 1956 noch 80% über die Seegrenzstelle Großenbrode an Land, im Jahre 1961 nur 37%. Dies ist hauptsächlich auf das starke Ansteigen des Schiffsverkehrs zwischen Dänemark und dem Hafen in Flensburg zurückzuführen. Dagegen ist die Zahl der Personen, die im Interzonenverkehr über die in Schleswig-Holstein liegenden Kontrollpunkte nach Mitteldeutschland und Berlin ausgereist sind oder von dort gekommen sind, in der Berichtsperiode um rund ein Viertel zurückgegangen.

Nord-Ostsee-Kanal

Durch den Nordostseekanal fuhren im Jahre 1956 in beiden Richtungen 62 402 Schiffe. Im Jahre 1961 waren es 77 244, 24% mehr als 1956. An der Zunahme sind die deutschen Schiffe relativ etwas stärker beteiligt als die ausländischen. Der Anteil der deutschen Schiffe an der Zahl aller Schiffe, die den Kanal passierten, betrug 1961 64%. Die Ladekapazität aller Schiffe nahm in der Berichtsperiode relativ stärker zu als ihre Anzahl. Hieraus folgt,

D Ä N E M A R K

BEVÖLKERUNGSVERÄNDERUNG IN DEN STÄDTEN, AMTSFREIEN GEMEINDEN UND ÄMTERN VOM 25. 9. 1956 BIS 31. 12. 1961 (vorläufiges Ergebnis)



Vom September 1956 bis Ende 1961 hat die Bevölkerung Schleswig-Holsteins um 83 000 Personen auf Grund des vorläufigen Ergebnisses der Volkszählung 1961 zugenommen. Drei Fünftel dieser Zunahme waren auf den Geburtenüberschuss, zwei Fünftel auf einen Zuwanderungsgewinn zurückzuführen.

Die Karte zeigt, daß das absolute Anwachsen der Einwohnerzahl sich nicht gleichmäßig über das ganze Land verteilt. Während die Ämter und Gemeinden mit Bevölkerungszunahmen weit gestreut liegen - nur der Nordwesten hat relativ wenig Verlustgebiete - konzentrieren sich die Wachstumsgemeinden in bestimmten Gebieten. Der Anstieg der Einwohnerzahlen in diesen Orten ist zu einem erheblichen Teil eine Folge der Wanderungen innerhalb des Landes.

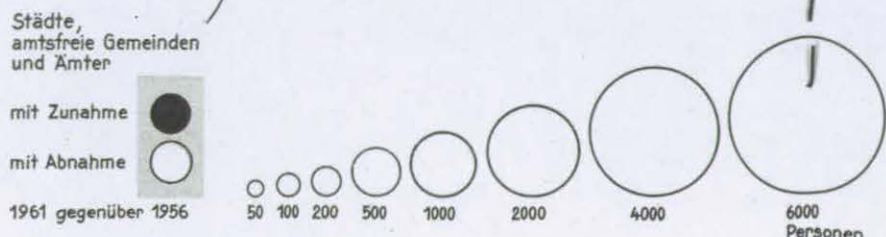
Ein beträchtliches Anwachsen der Bevölkerung zeigt der Südtel des Landes mit den größten Zunahmen im Hamburger Randgebiet. Die Zunahmen schwächen sich mit zunehmender Entfernung von Hamburg ab, jedoch konzentrieren sich die Wachstumsgemeinden an den Verkehrsachsen: in nordwestlicher Richtung nach Elmshorn, nach Norden auf Bad Bramstedt zu und nach Südosten auf der Strecke Geesthacht-Lauenburg.

Mit starken Zunahmen fallen weiter die vier kreisfreien Städte und deren Randgemeinden auf. Bei Lübeck und Neumünster ist das Anwachsen der Randgebiete nicht so ausgeprägt. Dagegen erzielen die Vorortgebiete von Kiel und Flensburg als Folge der Stadt/Vorort-Wanderungen in den letzten Jahren vor allem in den für den Nahverkehr günstig gelegenen Gemeinden Bevölkerungsgewinne (z. B. bei Kiel einerseits Kronenagen und Molsee, andererseits sogar Preetz).

Als Beispiele für Bevölkerungskonzentrationen in der Nähe von Industriestandorten seien der Raum Rendsburg, Itzehoe, Wahlstedt und Leck genannt. Auch der Aufbau der Bundeswehr hat in verschiedenen Gemeinden ein Anwachsen der Einwohnerzahlen bewirkt.

Ausgesprochen starke Zunahmen der Bevölkerungszahl eines kleinen Gebietes sind regelmäßig auf äußere Einflüsse zurückzuführen. Als solche können u. a. das Angebot von Arbeitsplätzen in Wirtschafts- und Verwaltungsschwerpunkten und die Bautätigkeit in bevorrugten oder neuerschlossenen Wohngebieten (insbes. in der Nähe dichtbesiedelter Zentren) gelten. Inwiefern vermittelt diese Karte ein noch deutlicheres Bild, wenn man die Bevölkerungszunahmen in den Gemeinden und Ämtern, die Industriestandorte und die regionale Verteilung des Wohnungsbaus (Graphik des Monats Januar und September 1962) in ihrer wechselseitigen Bedingtheit betrachtet.

Helgoland
z. Pinneberg



daß die den Kanal durchfahrenden Schiffe im Durchschnitt größer geworden sind. Dies trifft insbesondere für die ausländischen Schiffe zu; dagegen ist die Ladekapazität der deutschen Schiffe relativ nicht so stark angestiegen wie ihre Anzahl. Befördert wurden hauptsächlich Erdöl, Kohle, Erze und Holz. Unter den genannten Gütern ist die beförderte Kohlenmenge in der Berichtsperiode um 16% zurückgegangen, die beförderten Mengen der anderen Güter sind durchweg gestiegen, am stärksten die Erdölmenge.

Nachrichtenwesen

Die in der Nachrichtenübermittlung erbrachten Leistungen sind ebenfalls im Berichtszeitraum erheblich gestiegen. So meldet die Deutsche Bundespost für das Gebiet Schleswig-Holsteins ein Ansteigen der eingelieferten Briefsendungen von 213 Mill. Stück im Jahre 1956 auf 265 Mill. Stück im Jahre 1961, das ist ein Zuwachs um

25%. Das dürfte vor allem auf die starke Zunahme der in dieser Zahl enthaltenen Drucksachen und Postwurfsendungen zurückzuführen sein. Die Zahl der eingelieferten Paketsendungen stieg ebenfalls in der Berichtsperiode um 24%, die der Telegramme nur um 6% an.

Das Telegramm wird zur schnellen Nachrichtenübermittlung offensichtlich nicht mehr so häufig verwendet wie früher, da die Zahl der Fernsprechstellen in den letzten Jahren ständig gestiegen ist. 1956 gab es in Schleswig-Holstein 149 000, 1961 235 000 Fernsprechstellen, so daß auf je 1 000 Einwohner zu Beginn des Berichtszeitraumes 66, zu Ende bereits 101 Fernsprechstellen entfielen. Die Zahl der Tonrundfunkgenehmigungen nahm um 11% auf insgesamt 698 000 zu und die der Fernsehrundfunkgenehmigungen um 1 112% auf insgesamt 256 000. Damit war am Ende des Jahres 1961 bei gut einem Drittel aller Rundfunkgenehmigungen zugleich auch eine Fernsehgenehmigung erteilt worden.

Geld und Kredit

Banken

Die von den schleswig-holsteinischen Kreditinstitute gewährten Kredite betragen am Jahresende 1961 - ohne sogenannte Bank-an-Bank-Kredite - insgesamt 4,9 Mrd. DM. Der durchschnittliche Jahresendbestand von 1955 bis 1957, der mit 2,4 Mrd. DM errechnet wurde, hat sich damit mehr als verdoppelt. Die mittel- und langfristigen Ausleihungen haben sich auf Grund des anhaltenden Investitionsbedarfs wesentlich stärker ausgedehnt als die kurzfristigen Kredite. Sie erhöhten sich um 126% auf 3,5 Mrd. DM, während die Zuwachsrate der kurzfristig eingesetzten Mittel mit 67% nur etwa die Hälfte davon ausmachte. Sowohl im Durchschnitt der Jahre 1955-57 als auch 1961 wurden die meisten Kredite Wirtschaft und Privaten zur Verfügung gestellt; nur ein geringer Anteil entfiel auf die öffentlichen Stellen.

Die Einlagen bei den Kreditinstituten in Schleswig-Holstein stellten sich am 31. 12. 1961

Die Entwicklung des Kreditvolumens¹

Art der Kredite	Jahresendbestand		Veränderung in %
	Ø 1955-1957	1961	
	in Mill. DM		
Kurzfristige	862	1 436	+ 67
dar. Wirtschaft u. Private	855	1 425	+ 67
Mittel- und langfristige ²	1 554	3 506	+ 126
dar. Wirtschaft u. Private	1 339	3 022	+ 126
Kredite insgesamt	2 415	4 943	+ 105

1) Kredite von Geschäftsbanken an die Nichtbankenkundschaft
2) einschl. durchlaufender Kredite

auf insgesamt 3,1 Mrd. DM, das sind 104% mehr als der Durchschnittsbestand der Jahre 1955 bis 1957. Die Spareinlagen, die den wichtigsten Bestandteil der Einlagen bilden, haben sich mit 137% überdurchschnittlich entwickelt. Auch bei den Einlagen haben sich, in Übereinstimmung mit den kurzfristigen Krediten, die im großen und ganzen kurzfristig deponierten Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaft und Privaten mit + 67% weniger stark ausgedehnt.

Am Jahresende 1961 entfielen in Schleswig-Holstein auf jeden Einwohner 740 DM Spareinlagen gegenüber dem Durchschnittsbetrag von 320 DM der Jahre 1955 bis 57. Das entspricht einer Zuwachsrate von 131%.

Die Entwicklung der Einlagen¹ bei den Kreditinstituten

Art der Einlage	Jahresendbestand		Veränderung in %
	Ø 1955-1957	1961	
	in Mill. DM		
Einlagen insgesamt	1 517	3 090	+ 104
dar. Spareinlagen	727	1 721	+ 137
Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaft und Privaten	643	1 071	+ 67

1) ohne Einlagen von Kreditinstituten

Am 31. 12. 1961 wiesen die 4 Boden- und Kommunalkreditinstitute Schleswig-Holsteins einen Umlauf an Schuldverschreibungen in Höhe von nominell 734 Mill. DM aus. Bei Zugrundelegung eines Durchschnittsbestandes von 230 Mill. DM am Jahresultimo 1955 bis 1957 würde sich ein fiktiver Emissionserlös

von 504 Mill. DM ergeben (+ 219%). Am stärksten erhöhte sich mit 246% der Bestand an Hypothekendarlehen, der über die Hälfte aller umlaufenden festverzinslichen Wertpapiere ausmacht.

Der Umlauf an DM-Schuldverschreibungen der schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute

Art der Schuldverschreibung	Jahresendbestand		Veränderung in %
	Ø 1955-1957	1961	
	in Mill. DM		
Hypothekendarlehen	107	370	+ 246
Schiffsdarlehen	63	162	+ 157
Kommunalobligationen	60	203	+ 238
Zusammen	230	734	+ 219

An langfristigen Ausleihungen wurden bis zum Jahresende 1961 von den Realkreditinstituten - einschl. der durchlaufenden Mittel - fast 1,9 Mrd. DM gegeben, während es im Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1957 nicht ganz die Hälfte hiervon, nämlich 0,9 Mrd. DM, waren. Die Darlehen für Siedlungszwecke, die Schiffshypotheken und die Kommundarlehen machten etwa jeweils ein Viertel der Summe aller Ausleihungen aus. Die Zuwachsraten für diese Darlehen lagen, mit Ausnahme der Siedlungskredite (+ 93%) leicht über dem Durchschnitt. Von einiger Bedeutung sind ferner die Hypotheken auf Wohnungsneubauten sowie die auf landwirtschaftlichen Grundstücken, deren Bestände sich kräftig um 185% auf 254 Mill. DM bzw. um 254% auf 92 Mill. DM erhöhten.

Bestand an DM-Darlehen¹ bei den Realkreditinstituten

Art der Darlehen	Jahresendbestand		Veränderung in %
	Ø 1955-1957	1961	
	in Mill. DM		
Hypotheken auf Wohnungsneubauten	89	254	+ 185
Gewerblichen Betriebsgrundstücken	11	31	+ 182
Sonstigen Grundstücken	9	20	+ 122
Landwirtschaftlichen Grundstücken	26	92	+ 254
Kommundarlehen	191	421	+ 120
Schiffshypotheken	204	453	+ 122
Landeskulturdarlehen	16	46	+ 188
Sonstige langfristige Darlehen	336	546	+ 63
darunter Darlehen für Siedlungszwecke	239	462	+ 93
Insgesamt	882	1 862	+ 111

1) einschl. durchlaufender Mittel

Bausparkassengeschäft

Mit etwa 20 500 Neuabschlüssen war in Schleswig-Holstein die Zahl der Bausparverträge der Bausparkassen 1961 nur um 2 400 oder 13%

höher als 1958¹. Das Volumen der 1961 abgeschlossenen Verträge (361 Mill. DM) dagegen hat sich erheblich stärker ausgeweitet (+ 42%), wodurch sich die durchschnittliche Vertragssumme auf 17 600 DM stellte, gegenüber 14 000 DM vor 3 Jahren.

Das Bauspargeschäft der privaten und öffentlichen Bausparkassen

	1958	1961	Veränderung in %
	Mill. DM		
Eingelöste Neuabschlüsse			
Anzahl	18	20	+ 13
Vertragssumme	254	361	+ 42
Spargeldeingänge ¹	63	117	+ 87
Prämieneingänge ²	6	12	+ 89
Zins- und Tilgungseingänge	19	41	+ 113
Auszahlungen ³	72	143	+ 98
Bestand am 31. 12.			
Bauspareinlagen	160	291	+ 82
Bauspardarlehen	93	177	+ 90
Zwischenkredite	14	35	+ 154

1) ohne Zinsgutschriften

2) nach dem Wohnungsbauprämiengesetz

3) Auszahlungen von Bauspareinlagen, Bauspardarlehen, Zwischenkrediten und sonstigen Baudarlehen

Zahlungsschwierigkeiten

Von 1955 bis 1957 wurden in Schleswig-Holstein im Durchschnitt jährlich 169 Konkurse und 36 Vergleiche registriert, während im Jahre 1961 nur noch 97 Konkurse und 19 Vergleichsverfahren gemeldet wurden. Die Zahl der wirtschaftlichen Zusammenbrüche ging - mit Ausnahme des Jahres 1961 - in nahezu gleichmäßigem Rhythmus seit 1951 zurück, so daß sie 1961 nur noch reichlich halb so hoch war wie vor 5 Jahren.

Konkurse und Vergleichsverfahren

	Ø 1955-1957	1961
Konkurse insgesamt	169	97
dar. Industrie	20	9
Handwerk	31	13
Großhandel	18	9
Einzelhandel	43	19
dar. mangels Masse abgelehnt	61	33
Vergleichsverfahren	36	19

Schiffshypotheken

Von den Amtsgerichten in Schleswig-Holstein wurden im Jahre 1961 222 Schiffshypotheken auf Seeschiffe im Werte von 76 Mill. DM eingetragen. Die Seeschiffsbelastungen, die im Jahresdurchschnitt zwischen 1955 und 1957 anfielen, wurden damit weder zahlenmäßig noch in Hinsicht auf die Eintragungshöhe erreicht.

1) Erst seit 1958 liegen Länderergebnisse vor

Die Schiffshypotheken auf Seeschiffen

Belastungsart	Ø 1955 - 1957		1961		Veränderung d. Beträge in %
	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	
Eintragungen von Schiffshypotheken	361	94	222	76	- 19
darunter Schiffsbauregister	105	69	39	32	- 54
Löschungen von Schiffshypotheken	200	25	173	64	+ 153
darunter Schiffsbauregister	23	11	25	45	+ 295

Fast drei Viertel aller Eintragungen auf Seeschiffen, oder 69 Mill. DM, wurde um 1956 auf Neubauten vorgenommen, während es 1961 nur noch knapp die Hälfte (32 Mill. DM) waren.

Die Löschungen von Seeschiffshypotheken, die zum großen Teil die vor mehreren Jahren vorgenommenen Belastungen betrafen, sind dagegen 1961 mit 64 Mill. DM zweieinhalbmal so hoch gewesen wie vor einem halben Jahrzehnt. Der im Schiffsbauregister ausgewiesene Löschungsbetrag ist sogar um das Dreifache auf 45 Mill. DM gestiegen.

Sozialleistungen

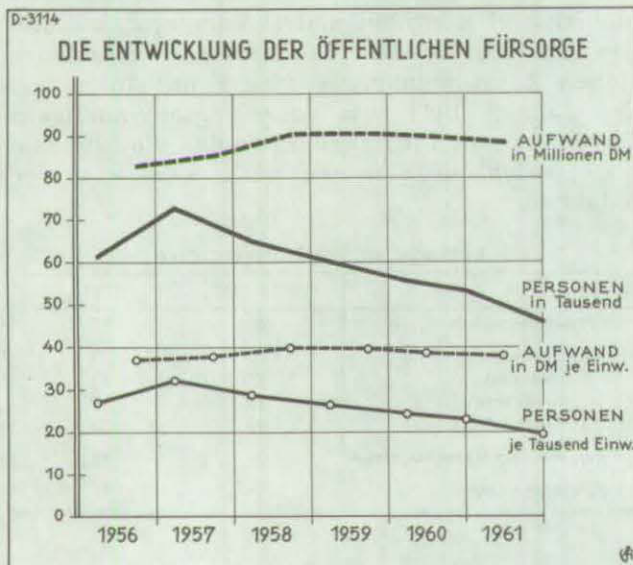
Fürsorge

In der offenen Fürsorge haben sich vom Durchschnitt 1955-57 bis 1961 die Zahlen der unterstützten Parteien um 29% und die der unterstützten Personen um 30% verringert. Das Verhältnis zwischen Parteien und Personen hat sich nicht verändert; die früher beobachtete langsame Verkleinerung der Kopfzahl einer unterstützten Partei ist bei 1,4 Personen pro Partei zum Stillstand gekommen. Je 1 000 Einwohner wurden im Durchschnitt der Jahre 1955 - 57 in Schleswig-Holstein 29 Personen in der offenen Fürsorge laufend unterstützt, 1961 waren es nur noch 20.

sich die Ausgaben in der offenen Fürsorge um 8% vermindert, doch sind die Ausgaben für die geschlossene Fürsorge und die soziale Fürsorge nach dem BVG um so stärker gewachsen (26% und 35%). Die Ausgaben für Zugewanderte jedoch lagen 1961 um 31% niedriger.

Ausgaben der öffentlichen Fürsorge

Zeit	Offene	Geschlossene Fürsorge	Soziale	Insges.	dar. für Zugewanderte
	1 000 DM				
Ø 1955-1957	39 546	28 929	6 501	80 697	2 084
1961	36 517	36 586	8 752	88 530	1 429



Die Zahl der in geschlossener Fürsorge untergebrachten Personen ist im gleichen Zeitraum nur um 18% zurückgegangen, die Zahl der Verpflegungstage um 19%.

Der Gesamtaufwand für das Jahr 1961 in der öffentlichen Fürsorge hat dagegen um rund 8 Mill. DM (rund ein Zehntel) gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1955 - 57 zugenommen; er belief sich auf 88,5 Mill. DM. Zwar haben

Die Belastung je Einwohner hat sich dadurch trotz der gleichzeitig gestiegenen Bevölkerungszahl von 36 auf 38 DM im Jahr (= 7%) erhöht.

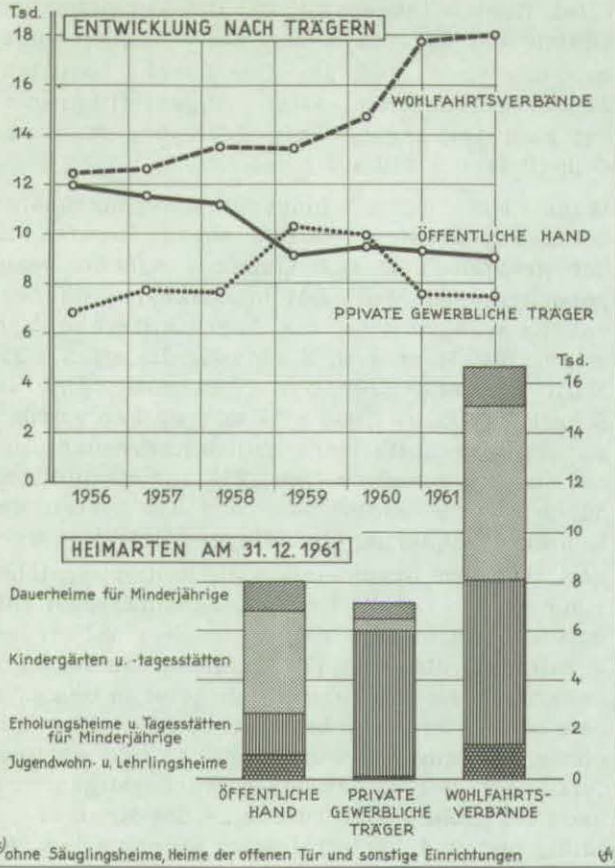
Die Zahl der minderjährigen Jungen und Mädchen in vorläufiger Fürsorgeerziehung hat von 1956 bis 1961 um 73% abgenommen, die Fälle endgültiger Fürsorgeerziehung haben sich dagegen um 17% vermehrt. Seit April 1958 wurde in Schleswig-Holstein auch die freiwillige Erziehungshilfe als eine besondere Form der öffentlichen Erziehung durchgeführt; 1961 brachten die Erziehungsberechtigten 232 Minderjährige in die entsprechenden Heime und Privathaushalte.

Die Zahl der verfügbaren Plätze in den Heimen der halboffenen und geschlossenen Jugendhilfe Schleswig-Holsteins ohne Säuglingsheime, Heime der offenen Tür u. a. hat sich um 7% auf 32 000 vergrößert. Soweit sie von der öffentlichen Hand betreut werden, hat sie um 29% abgenommen; Wohlfahrtsverbände und private gewerbliche Träger solcher Einrichtungen boten dagegen 1961 wesentlich mehr Plätze an als 1956 (+ 40% bzw. + 9%).

Als Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene nach dem BVG und als Schwerbeschädigte, Gleichgestellte und Blinde nach dem Schwerbeschädigten-

D-3112

VERFÜGBARE PLÄTZE IN DEN EINRICHTUNGEN DER JUGENDHILFE*



gesetz waren 1956 zusammen 196 000 Personen erfaßt. Ihre Zahl sank im Laufe der Berichtsjahre auf 149 000 (- 24%). Der Rückgang betraf hauptsächlich die Kriegshinterbliebenen mit 35% und innerhalb dieser Gruppe vornehmlich die Waisen. Eine Zunahme lag bei den Schwerbeschädigten mit 19%, bei den Gleichgestellten mit 63% und bei den Blinden mit 55%.

Kriegsbeschädigte und Schwerbeschädigte

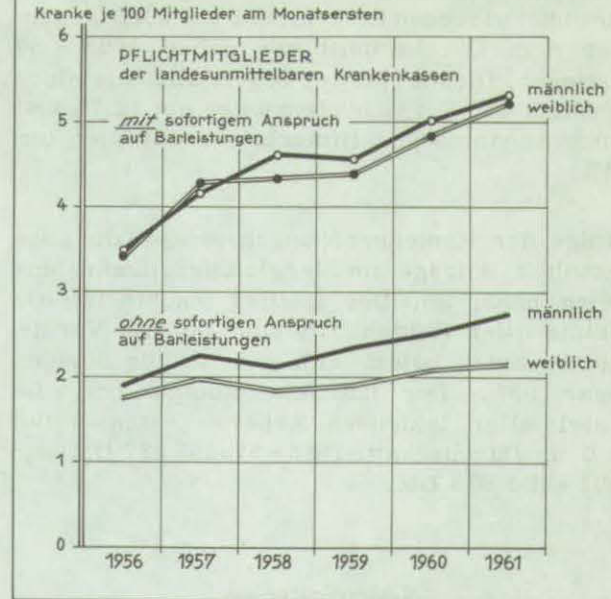
	31. 12. 1956	31. 12. 1961
Kriegsbeschädigte (BVG)	52 779	48 589
Kriegshinterbliebene (BYG)	135 512	88 572
Schwerbeschädigte § 1 (1) b, d u. f	1 985	2 366
Gleichgestellte § 2	5 195	8 492
Blinde § 1 (2)	921	1 430

Soziale Krankenversicherung

Der Krankenstand - Kranke am Stichtag in % der Mitglieder - bei den Pflichtmitgliedern der landesunmittelbaren Krankenkassen ist von 1956 bis 1961 gestiegen, und zwar sowohl bei den Pflichtmitgliedern mit als auch bei denen ohne sofortigen Anspruch auf Barleistungen. Der Zuwachs ist bei Männern und Frauen mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen gleich groß gewesen, bei denen ohne sofortigen An-

D-3113

DIE ENTWICKLUNG DES KRANKENSTANDES



spruch war der Zuwachs der kranken Männer größer als der der Frauen.

Die durchschnittlichen Beitragssätze der landesunmittelbaren Krankenkassen lagen 1961 bei den Pflichtmitgliedern mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen bei 9,26% des Grundlohnes gegenüber 7,47% im Jahre 1957, und damit um ein Viertel höher; bei denen ohne einen solchen Anspruch sind die Beitragssätze von 6,19% auf 6,85% = 11% gestiegen.

Die reinen Ausgaben der genannten Krankenkassen haben sich 1960 gegenüber 1956 um drei Viertel vermehrt. Da die reinen Einnahmen aber noch stärker anstiegen, konnten die Krankenkassen 1958 erstmalig einen Vermögenszuwachs ausweisen, der sich jedoch 1959 und 1960 wieder stark verminderte.

Reinausgaben und Vermögensänderung der landesunmittelbaren Krankenkassen

Jahr	Reinausgaben		Zu- oder Abnahme des Vermögens in 1 000 DM
	insgesamt in 1 000 DM	Krankengeld in %	
1956	136 913	15,2	- 4 505
1957	169 718	22,0	- 6 549
1958	200 953	25,4	+ 17 254
1959	213 703	24,4	+ 8 115
1960	239 109	26,1	+ 488

Neben den Kosten für Arzthonorare, Krankenhauspflege und Kuraufenthalt, Arzneien und Heilmittel sind 1960 62 Mill. DM gegenüber 21 Mill. DM im Jahre 1956 an Krankengeldern ausgegeben worden. Damit hat sich der Anteil der Krankengelder an den Gesamtausgaben der landesunmittelbaren Krankenkassen von 15% auf 26% erhöht.

Rentenversicherung

In der Arbeiterrentenversicherung ist die Zahl aller überwiesenen Renten 1961 um 5,4% gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1955 - 57 gestiegen. Dieser Anstieg ergibt sich aus einer Zunahme der Versichertenrenten um 12,7% und einer Abnahme der Hinterbliebenenrenten um 3,4%.

Infolge der Rentenerhöhungen stiegen die ausgezahlten Beträge im Vergleichszeitraum ungleich höher an. Der Anstieg machte für die Summe aller Renten 91% aus, für die Versichertenrenten allein 88% und für die übrigen sogar 98%. Der jährliche Rentenbetrag im Mittel aller laufenden Arbeiterrenten belief sich im Durchschnitt 1955 - 57 auf 927 DM und 1961 auf 1 678 DM.

Rentenversicherung

	Arbeiter alle Renten		Angestellte alle Renten	
	Zahl	Ausgezahlter Betrag in 1 000 DM	Zahl	Ausgezahlter Betrag in 1 000 DM
Ø 1955 - 1957	220 735	204 595	76 728	103 421
1961	232 750	390 606	87 245	221 840

In der Rentenversicherung der Angestellten ist die Zahl aller Renten von 1955 bis 1961 noch stärker gestiegen als in der Arbeiterrentenversicherung, und zwar um 13,7%. Dabei stieg die Zahl der Versichertenrenten um 25% und die der übrigen Renten um 3%.

Auch der Zuwachs der ausgezahlten Beträge war in der Angestelltenversicherung größer als in der Arbeiterrentenversicherung. Die Summe aller Renten insgesamt und die Versichertenrenten und übrigen Renten im einzelnen wuchsen um rund 114% an. Der durchschnittliche Jahresrentenbetrag aller Angestelltenrenten hat sich im angegebenen Zeitraum fast verdoppelt (von 1 348 auf 2 543 DM).

Wenn von der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein 1961 allein für Renten, die den größten Teil der Gesamtausgaben beanspruchen, 391 Mill. DM und von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, ebenfalls allein für Renten in Schleswig-Holstein, 222 Mill. DM statt 205 bzw. 103 Mill. DM im Schnitt der Jahre 1955 - 57 ausgegeben wurden, so ist diese auffallende Zunahme vornehmlich auf die Rentenreform von 1957 zurückzuführen, durch die die Zielsetzung und das System der Rentenversicherung grundlegend geändert wurden. Während ursprünglich die Rentenversicherung nur ein Zuschuß zum Lebensunterhalt sein sollte, stellt sie nunmehr im Normalfall den gesamten Unterhalt des Rentners sicher. Daß außerdem die Höhe der Rente jetzt in besonderem Maße von der Arbeitsleistung des Rentners abhängig gemacht wurde, d. h. daß sie sich jetzt nach der Dauer der Erwerbstätigkeit und nach der Höhe des Verdienstes der Rentner bemißt, und daß sie schließlich an der allgemeinen Entwicklung der Löhne und Gehälter teilnimmt, hat ebenfalls ausgabenerhöhend gewirkt. Bei der Rentenversicherung der Angestellten kommt hinzu, daß der Anteil der Beschäftigten, die einem Angestelltenberuf nachgehen, gemessen an der Gesamtzahl der Beschäftigten, sich ständig erhöht hat.

Finanzen und Steuern

Entwicklung des Steueraufkommens

In Schleswig-Holstein sind im Jahre 1961 rund 1,1 Mrd. DM mehr an Steuern aufgekommens als im Jahre 1955. Die Zunahme betrug in den 6 Jahren somit 86%. Das Aufkommen aller Steuern - einschl. der Kirchensteuern (58 Mill. DM) - belief sich auf 2,5 Mrd. DM. Das durchschnittliche Steueraufkommen je Einwohner betrug 1955 insgesamt 578 DM und stieg bis 1961 auf 1 060 DM. Im Gesamtsteueraufkommen erreichte Schleswig-Holstein 1955 nur 73%, im Jahr 1961 dagegen 78% des durchschnittlichen Aufkommens je Einwohner im Bundesgebiet.

Am beträchtlichsten war die Steigerung des Landessteueraufkommens: Hier betrug die Zuwachsrate mit einem Mehraufkommen von 406 Mill. DM 161%, im Bundesgebiet dagegen 125%! Die gegenüber dem Bundesgebiet hohe Zu-

wachsrate ist ein Zeichen der gewachsenen Steuerkraft Schleswig-Holsteins. Es blieb 1955 mit 53% beträchtlich unter dem Bundesdurchschnitt und war das weitaus steuerschwächste Land; bis 1961 wurde es auf 65% angehoben, liegt aber in der Reihenfolge der Länder mit seiner Steuerkraft immer noch an letzter Stelle, allerdings ist die Streuung 1961 nicht mehr so groß wie 6 Jahre zuvor. Das - ohne Berücksichtigung der Hansestädte - steuerstärkste Land Nordrhein-Westfalen hatte 1955 ein um 122% höheres Steueraufkommen je Einwohner als Schleswig-Holstein. 1961 betrug bei unveränderter Reihenfolge der Unterschied nur noch 76%. Die wichtigsten Steuerquellen des Landes sind die Steuern vom Einkommen (Lohn- und veranlagte Einkommensteuer). Ihr Anteil an den Landessteuern betrug 1955 65% und erhöhte sich bis 1961 geringfügig auf 66%. Der

Länderfinanzausgleich stieg im gleichen Zeitraum um 45% auf 301 Mill. DM.

Nicht ganz so hoch wie bei den Landessteuern war die Zuwachsrate bei den Gemeindesteuern. Mit einem Mehraufkommen von 143 Mill. DM erhöhten sie sich um 74%. Gemessen am Bundesdurchschnitt sank Schleswig-Holstein im Aufkommen je Einwohner geringfügig von 78% auf 77%. Entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung hat die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital. Ihr Anteil am Gemeindesteuer-aufkommen betrug 1955 in Schleswig-Holstein 47%, im Jahre 1961 erhöhte sich der Anteil auf 63%. 1961 wurden den kommunalen Gebietskörperschaften 94,6 Mill. DM an Schlüsselzuweisungen zur Verfügung gestellt; sie erhöhten sich seit dem Rechnungsjahr 1955 um 176%. Von diesem Betrag entfallen 50% (1955: 46%) auf die kreisangehörigen Gemeinden, 18% (23%) auf die kreisfreien Städte und 32% (31%) auf die Gemeindeverbände.

Sowohl im Bundesgebiet wie auch in Schleswig-Holstein war die Zuwachsrate der Bundessteuern mit 67% in Schleswig-Holstein und 64% im Bundesgebiet am geringsten.

Die unterschiedliche Entwicklung der Steuerarten hatte eine Verschiebung der Anteile der einzelnen Ebenen am Gesamtsteueraufkommen zur Folge.

Anteil der Gebietskörperschaften am Steueraufkommen

	Bundesgebiet		Schleswig-Holstein	
	Ø 1955-56	1961	Ø 1955-56	1961
Landessteuern	26,4	32,4	19,1	25,8
Gemeindesteuern	13,6	13,7	14,5	13,6
Bundessteuern	60,0	53,9	66,5	59,7

Beachtenswert ist, daß Schleswig-Holstein in der Verteilung der Steuern im Jahre 1961 fast genau die Anteilsverteilung im Bundesgebiet im Jahre 1955 erreichte.

Von den kleineren Steuern abgesehen entwickelten sich die Steuern vom Einkommen in Schleswig-Holstein am kräftigsten. Die Zuwachsraten liegen dabei zum Teil erheblich über denen des Bundesgebietes, allerdings muß berücksichtigt werden, daß die Ausgangsbasis 1955 in Schleswig-Holstein sehr niedrig liegt. Das zeigt sich am auffälligsten bei der Körperschaftsteuer. Ihre Zuwachsquote betrug in Schleswig-Holstein 270% gegenüber 132% im Bundesgebiet, aber dennoch erreichte diese Steuer in Schleswig-Holstein 1961 nur zu 41% das bundesdurchschnittliche Aufkommen, im Jahre 1955 nur zu 25%. Von 42 Steuerarten nahm die Körperschaftsteuer in Schleswig-Holstein, gemessen an der Höhe des Aufkommens im Jahre 1955, den 9. Platz ein, 1961 stand sie mit ihrem Aufkommen an 6. Stelle.

Das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer wies ebenfalls mit 185% eine überdurchschnittliche Zuwachsrate auf; das gleiche gilt für das Lohnsteueraufkommen mit einer Zuwachsrate von 157%. Bei seit 1958 fast unveränderten steuergesetzlichen Voraussetzungen ist diese auffällige Steigerung mitbedingt durch die höhere Zahl der Erwerbstätigen, besonders durch die wachsende Zahl der beschäftigten Frauen. So erhöhte sich die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer in den Jahren 1955 bis 1961 um 14%, darunter die der Frauen um 20%. Hinzu kommt, daß durch Gehalts-, Lohn- und Einkommenssteigerungen in den 6 Jahren ein erheblicher Teil von bisher Steuerbefreiten steuerbelastet wurde, und daß die Spitzengruppe der progressiv Besteuernten sich von Jahr zu Jahr erhöht.

Die größere Verkehrsdichte und der höhere Wohlstand schlugen sich sowohl im Bundesgebiet wie auch in Schleswig-Holstein in einem höheren Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuern nieder. In Schleswig-Holstein hat sich das Aufkommen mit 127% mehr als verdoppelt. Während im Jahre 1955 das Aufkommen um 16% unter dem Bundesdurchschnitt zurückblieb, sind es im Jahre 1961 nur noch 7%. Die Kraftfahrzeugsteuer ist eine der wenigen Steuern, die in ihrem Aufkommen den Bundesdurchschnitt nahezu erreichte. Das gleiche gilt auch von der Grundsteuer B. Bei Steuern mit kleinerem Aufkommen wird der Bundesdurchschnitt teilweise sogar erheblich überschritten, so bei der Grunderwerbsteuer um 12%, der Grundsteuer A um 63%, der Lotteriet- und Sportwettsteuer um 2%, der Gemeindegetränksteuer um 13%, der Hundesteuer um 13%, der Zündwarensteuer um 148% und bei der Schankerlaubnissteuer um 42%. Die Tabaksteuer ist die einzige ertragreiche Steuer in Schleswig-Holstein, die das entsprechende bundesdurchschnittliche Aufkommen mit 258% weit überträgt. Nach der Höhe ihres Aufkommens rangiert sie in Schleswig-Holstein dicht hinter der Umsatzsteuer an zweiter Stelle.

Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß die mehr oder weniger günstige Entwicklung nicht immer durch wirtschaftliche Verhältnisse bestimmt war; einige Steuern werden durch veraltete Bewertungsgrundlagen in ihrer Aufkommenshöhe derartig beeinflusst, daß die wirtschaftliche Situation an der Aufkommensentwicklung kaum abzulesen ist; das gilt für die Grundsteuer A (landwirtschaftliche Grundstücke) und die Grundsteuer B. Bei der Grundsteuer B wirkt sich überdies die 10jährige Steuerbefreiung für den sozialen Wohnungsbau aus. Bei einigen Steuern ist das Aufkommen, veranlaßt durch Steuergesetzänderungen, sogar rückläufig, so z. B. durch Steuererleichterungen bei der Zuckersteuer, Vergnügungssteuer,

Hundesteuer und der Zündwarensteuer. Bei der Vergnügungssteuer handelt es sich allerdings auch um eine echte Aufkommensschrimpung, da das Fernsehen den Kinobesuch eingeschränkt hat. Die erteilten Fernsehgenehmigungen sind 1955 bis 1961 um das 30fache auf rund 256 000 gestiegen.

Öffentliche Verschuldung

Dem beträchtlich gestiegenen Steueraufkommen stehen erhöhte Schuldverpflichtungen gegenüber.

Die Verschuldung des Landes erreichte einschl. der Ausgleichsforderungen am Ende des Rechnungsjahres 1955/56 1,45 Mrd. DM und stieg bis zum 31. 12. 1961 um 24% auf 1,8 Mrd. DM. Je Einwohner umgerechnet ergibt das eine Landesverschuldung von 775 DM. Diese Entwicklung ist sowohl durch die Aufnahme von Anleihen beeinflusst worden - die Verschuldung auf dem Kreditmarkt stieg in den letzten 6 Jahren um knapp 200 Mill. DM - als auch durch erhöhte Schuldenaufnahme beim Bund und Lastenausgleichsfonds (+ 321 Mill. DM).

Die Verschuldung in Schleswig-Holstein am 31. 3. 1956 und 31. 12. 1961

Schuldart	Land, Gemeinden und Gemeindeverbände		davon			
			Land		Gemeinden und Gemeindeverbände	
	1956	1961	1956	1961	1956	1961
	in Mill. DM					
Schulden insgesamt	1 756	2 516	1 454	1 802	302	714
davon						
Altschulden	429	281	425	278	4	2
Neuschulden	1 328	2 235	1 029	1 523	298	712
davon						
aus Kreditmarktmitteln	179	705	60	258	119	447
aus öffentl. Sondermitteln	158	160	98	73	61	87
bei Gebietskörperschaften	991	1 370	872	1 192	119	178
			1956 = 100			
Schulden insgesamt	.	143	.	124	.	236
davon						
Altschulden	.	65	.	66	.	58
Neuschulden	.	168	.	148	.	239
davon						
aus Kreditmarktmitteln	.	395	.	430	.	377
aus öffentl. Sondermitteln	.	101	.	75	.	143
bei Gebietskörperschaften	.	138	.	137	.	149

Die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände ist gegenüber der des Landes relativ stärker angestiegen, obwohl das Aufkommen an Gemeindesteuern sich weniger günstig entwickelte. Ende des Rechnungsjahres 1955/56 wiesen die Gemeinden und Gemeindeverbände 302 Mill. DM an Schuldverpflichtungen nach, bis 1961 stieg die Verschuldung um 136% auf 714 Mill. DM, das waren 307 DM je Einwohner. Auch hier lag die Entwicklung der Schuldverpflichtungen auf dem Kreditmarkt mit einer Zuwachsrate von 277% an der Spitze aller Darlehnsgeber.

Die kommunale Schuldenaufnahme galt in erster Linie den wirtschaftlichen Unternehmen (187 Mill. DM), gefolgt von den Schuldenaufnahmen für Straßen-, Wege- und Brückenbau (132 Mill. DM); an dritter Stelle folgten die öffentlichen Einrichtungen (126 Mill. DM) und an vierter Stelle der Schulbau mit 123 Mill. DM. Die Verschuldung ist allerdings am stärksten zugunsten der öffentlichen Einrichtungen (+ 228%) und den wirtschaftlichen Unternehmen (+ 148%) gestiegen. In dem Maße, wie die Verschuldung gestiegen ist, erhöhte sich der Schuldendienst. 1961 mußten die Gemeinden 35 Mill. DM an

Zinsen und 43 Mill. DM an Tilgungen aufbringen. Der Schuldendienst stieg gegenüber 1955 um 165%.

Personal der öffentlichen Hand

Im Landesdienst waren am 20. Oktober 1961 insgesamt 38 470 Bedienstete tätig; gegenüber dem 2. Oktober 1955 bedeutet das eine Zunahme von 15%. Diese Steigerung ergab sich hauptsächlich durch die Zunahme der Bediensteten bei den Landeskrankenhäusern (+ 360), bei der Landesvermögens- und Bauabteilung (+ 600), bei den Straßenbauämtern (+ 450), den Universitätskliniken (+ 730), den Gerichten und Staatsanwaltschaften (+ 540) und durch Erhöhung der Zahl der Arbeiter bei dem Landesamt für Wasserwirtschaft (+ 290). Auf diese Geschäftsbereiche entfallen knapp 60% des erhöhten Personalbedarfs in den letzten 6 Jahren.

Der Personalzuwachs der kommunalen Gebietskörperschaften ist mit 14,2% etwas geringer als der des Landes. 1955 waren bei den kreisfreien Städten, Gemeinden, Ämtern und Landkreisen - ohne die Bediensteten in den wirtschaftlichen

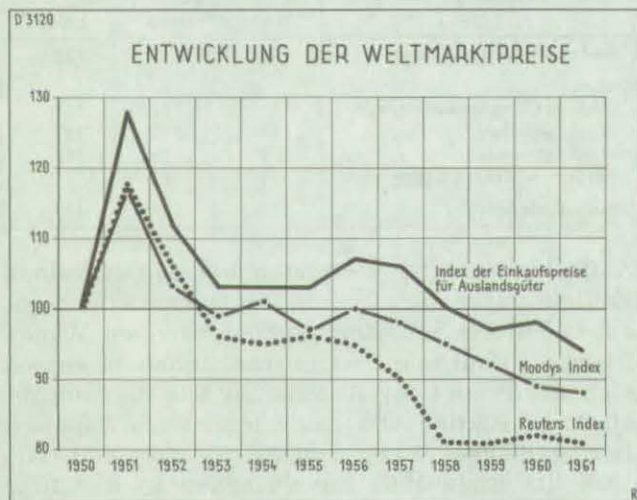
Unternehmen und Sparkassen - 21 570 Beamte, Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Ihre Zahl erhöhte sich bis 1961 um 3 060 auf 24 630;

dazu kommen noch 7 560 Bedienstete der wirtschaftlichen Unternehmen. Die Personalerhöhung in diesem Bereich betrug 8,8%.

Preise

Weltmarktpreise und deutsche Einfuhrpreise

Die Preise der wichtigsten Welthandelsgüter sind im Berichtszeitraum durchschnittlich um reichlich ein Zehntel gesunken. So verbilligten sich z. B. die Weltmarktpreise von Gerste, Hafer, Mais, Zucker, Wolle, Häuten und Fellen sowie Kautschuk. Die untenstehende Abbildung veranschaulicht, wie die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt seit 1950 verlief. Während der Koreakrise (1950/51) waren die Weltmarktpreise stark in die Höhe geschossen. Bis 1953 flachte sich der hohe Preisstand wieder ab. Nachdem die Weltmarktpreise in den nächsten 2 Jahren einigermaßen stabil geblieben waren, zogen sie Ende 1956 infolge des Suezkonflikts wieder an, aber bei weitem nicht so stark wie beim Koreaboom. Seit 1958 nahmen sie wieder merklich ab, so daß sie 1961 im Schnitt mehr als ein Zehntel unter dem Stand von 1950 lagen.

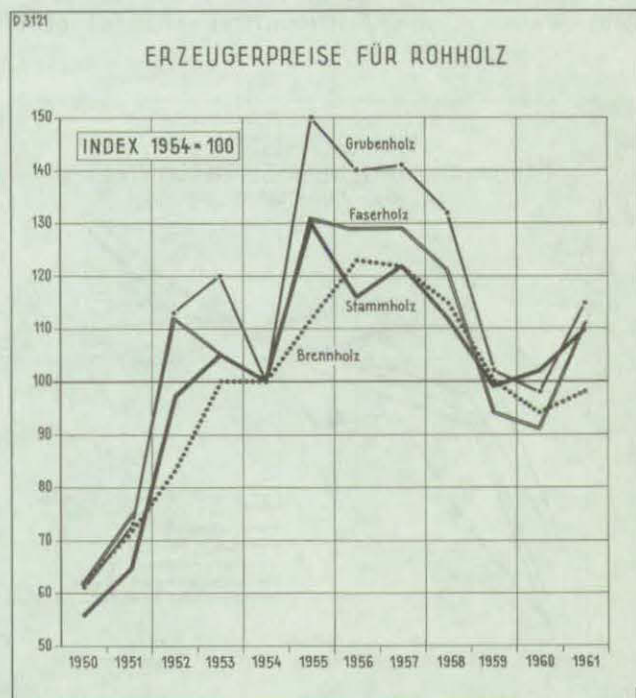


Vergleicht man die Preisentwicklung der Welthandelsgüter mit dem Preisverlauf bei der deutschen Einfuhr, so stellt man eine gute Übereinstimmung fest. Der aus den Preisen von Rohstoffen und halbfertigen Waren errechnete deutsche Index der Einfuhrpreise hatte seine Höhepunkte auch in den Jahren 1951 und 1956 und ein Minimum im Jahre 1954. Seit 1958 hatten die Einfuhrpreise und die amerikanischen Stapelwarenpreise eine fallende Tendenz, während die englischen Stapelwarenpreise nahezu konstant blieben. Die Intensität der Indexveränderungen war bei den 3 Indices allerdings nicht gleich; das erklärt sich aus Beson-

derheiten der nationalen Märkte und aus den unterschiedlichen Methoden der Indexberechnungen, die nach Warenauswahl und Gewichtung voneinander abweichen.

Erzeugerpreise

Gegenüber dem Preisdurchschnitt der Jahre 1955, 1956 und 1957 hat sich der Index der Erzeugerpreise der landwirtschaftlichen Produkte bis 1960/61 (Wirtschaftsjahr Juli - Juni) nicht nennenswert erhöht. Diese Durchschnittsaussage verbirgt jedoch einige gegensätzliche Preisbewegungen. So fiel bis 1960/61 der Erzeugerpreisindex für pflanzliche Produkte gegenüber dem Vergleichswert um 11,5%, während sich der entsprechende Index für tierische Produkte um 4,9% erhöhte. Da die tierischen Produkte bei der Berechnung des Gesamtindex ein größeres Gewicht haben, ergab sich insgesamt ein Anstieg um 0,2%. Bei den einzelnen pflanzlichen Produkten war die Preisentwicklung ziemlich uneinheitlich. Gegenüber der Vergleichsbasis haben sich Roggen, Speisekartoffeln, Ölpflanzen, Tabak, Hopfen, Obst, Gemüse und Weinmost bis 1960/61 mehr oder weniger verbilligt. Teurer geworden sind Weizen, Braugerste, Stroh und Zuckerrüben.

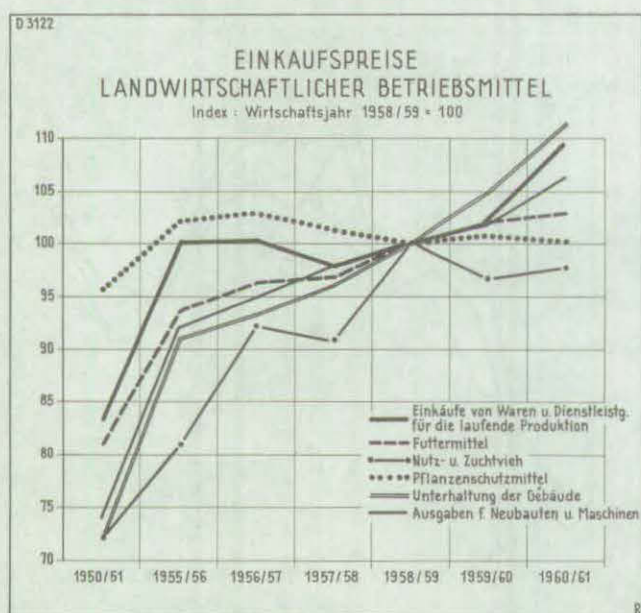


Die Rohholzpreise hatten in den Vergleichsjahren einen Höhepunkt erreicht, wie aus der obenstehenden Graphik hervorgeht. Sie fielen dann wieder stark zurück und lagen in den Jahren 1959 und 1960 etwa auf dem Preisstand von 1954, zum Teil auch darunter; 1961 stiegen sie wieder an.

Der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ist im Berichtszeitraum um 3,2% gestiegen. Während die Preise der Erzeugnisse aus den Grundstoff- und Produktionsgüter- sowie den Nahrungs- und Genußmittelindustrien 1961 im Schnitt nur geringfügig vom Vergleichsstand abwichen, hatten sich die Produkte der Investitions- und Verbrauchsgüterindustrien durchschnittlich um 6,6% bzw. 4,1% im Preis angehoben. Auffallend teurer geworden sind von den industriellen Produkten u. a. Sand und Kies, Natursteine für den Hochbau, Mauerziegel, elektrischer Strom, Gas, Stahlkonstruktionen, alle Maschinen, optische, feinmechanische und feinkeramische Erzeugnisse, Hohlglas, Möbel, Druckereierzeugnisse sowie Lederwaren und Schuhe. Billiger geworden sind Kraftstoff und Heizöl, NE-Metalle und Edelmetalle, chemische Erzeugnisse, Schnittholz, Sperrholz, Zellstoff, Papier und Pappe sowie alle Kunststoffzeugnisse.

Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Die Güter, die die Landwirte für die Erzeugung der Agrarprodukte kaufen müssen, haben sich von der Vergleichsbasis bis zum Wirtschaftsjahr 1960/61 im Durchschnitt um 8,6% verteuert. Die untenstehende Abbildung zeigt, daß die Preise der landwirtschaftlichen Betriebsmittel im ganzen von Jahr zu Jahr ständig stiegen. Während die Futtermittel 1960/61 etwa



auf dem Stand der Vergleichsbasis lagen und die Pflanzenschutzmittel billiger wurden, kletterten die Preise für Nutz- und Zuchtvieh, für Saatgut und vor allem für die Unterhaltung von Gebäuden, Maschinen und Geräten kräftig in die Höhe. Die Ausgaben für Neubauten und die Neuanschaffung größerer Maschinen verteuerten sich erheblich stärker als die Einkäufe von Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion. Dies gilt sowohl für die Zahl von 1950/51 bis 1960/61 als auch für den Berichtszeitraum.

Preisindex für Wohngebäude

Die Preise für Arbeiten im Wohnungsbau haben sich in den vier Jahren von 1958 bis 1961 gegenüber der Vergleichsbasis, dem Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1957, um drei Zehntel erhöht. Das ist innerhalb der Wirtschaftsbereiche und Handelsstufen der stärkste Preisanstieg, der im Berichtszeitraum stattgefunden hat. Am meisten haben sich die Erd- und Grundbauarbeiten verteuert, am geringsten der Einbau von haustechnischen Anlagen.

Der Preisindex für Wohngebäude
im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)

1958 = 100

	1959	1960	1961
Bauleistungen am Gebäude	105	113	122
davon			
Erd- und Grundbauarbeiten	112	122	127
Rohbauarbeiten	106	115	123
Ausbauarbeiten	105	113	122
Haustechnische Anlagen	100	107	117
Baunebenleistungen	105	111	119

Auffallend kräftig kletterten bei den einzelnen Bauleistungen die Preise für Innenanstrich auf neuen Putz (+ 54%) und Tapezieren von Wandflächen. Überhaupt nicht nach oben bewegten sich die Preise für Bodenbelag aus thermoplastischen Platten und das Liefern von Tapeten. Der geringste Preisanstieg in der Zeit von 1958 bis Ende 1961 lag zwischen 8% und 10%. Er traf für das Liefern und Anschließen von Ölfen wie das Installieren von Einbauwannen, Gaswasserheizern und Durchlauferhitzern zu. Alle anderen Bauleistungen erhöhten sich stärker im Preis. Zuwachsraten zwischen 30 und 40% waren keine Seltenheit.

Preise für die Lebenshaltung

Die Lebenshaltung der mittleren Verbrauchergruppe ist in der Berichtszeit um 9,6% teurer geworden. Zugrundegelegt sind Arbeitnehmerhaushalte mit 4 Personen, von denen mindestens eine jünger als 15 Jahre ist, und denen im Jahre 1958 für die Lebenshaltung monatlich

rund 570 DM zur Verfügung standen. Aus der untenstehende Tabelle geht hervor, wie unterschiedlich die Preisbewegung in den einzelnen Bedarfsgruppen verlief. Billiger geworden sind nur Getränke und Tabakwaren. Die Güter der anderen Bedarfsgruppen haben sich alle verteuert. Am stärksten erhöhten sich die Preise für Wohnung, Bildung, Unterhaltung und Erholung sowie Verkehr. Die Mieten sind in den vier Jahren fast um ein Viertel gegenüber der Vergleichsbasis angestiegen, wobei die durch das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangs-

wirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht zulässigen Erhöhungen, daneben aber auch die zum Teil erhöhten Nebenkosten und bei den Neuestbauwohnungen die stark gestiegenen Baukosten eine Rolle spielen. Die Ernährung wurde um 8% teurer; dabei zogen die Preise für tierische Nahrungsmittel merklich kräftiger an als die für pflanzliche Nahrungsmittel. Um ein Zehntel nahmen die Preise für Bekleidung, Heizung und Beleuchtung sowie Reinigung und Körperpflege zu. Den geringsten Preisanstieg, um 5%, hatte Hausrat zu verzeichnen.

Preisindex für die Lebenshaltung
im Bundesgebiet¹
Mittlere Verbrauchergruppe (1958 = 100)

	Ø 1955/57	1961	Veränderung in %
Gesamtlebenshaltung	96	105	+ 9,6
Ernährung	96	104	+ 7,9
Getränke und Tabakwaren	100	99	- 1,4
Wohnung	96	118	+ 23,6
Heizung und Beleuchtung	94	104	+ 10,7
Hausrat	96	101	+ 4,9
Bekleidung	95	104	+ 9,9
Reinigung u. Körperpflege	96	106	+ 10,0
Bildung, Unterhaltung und Erholung	95	109	+ 15,0
Verkehr	93	106	+ 14,4

1) ohne Berlin (vor 1960 auch ohne Saarland)

Preisindices für die Lebenshaltung werden außer für eine mittlere Verbrauchergruppe auch für eine untere Verbrauchergruppe errechnet. Hier sind 2-Personen-Haushalte von Renten- und Fürsorgeempfängern zugrundegelegt mit Lebenshaltungsausgaben von monatlich rund 260 DM im Jahre 1958. Die Preisentwicklung war bei der unteren Verbrauchergruppe im großen und ganzen ähnlich wie bei der mittleren. Durch die unterschiedliche Bedeutung, die einzelne Güter bei der unteren und mittleren Verbrauchergruppe haben, ergeben sich allerdings hier und da Abweichungen. So hat sich z. B. bei der unteren Verbrauchergruppe der Index für Verkehr sowie Bildung und Unterhaltung nicht so stark erhöht wie bei der mittleren. Dagegen ist der Index für Hausrat bei den Rentnern und Unterstützungsempfängern etwas stärker gestiegen als bei den Arbeitnehmern.

Löhne und Gehälter

Industrie und Handel

Die durchschnittliche bezahlte Arbeitszeit der männlichen Industriearbeiter hat sich von 1956 bis 1961 um 2,6 Stunden, die der Frauen um 3,2 Stunden in der Woche verkürzt, während Lohnausgleich und Lohnerhöhungen gleichzeitig einen Anstieg der Bruttostundenverdienste um 1,08 bzw. 0,76 DM bewirkt haben. Die bezahlte Wochenarbeitszeit der Frauen ist also in den genannten fünf Jahren um 0,6 Stunden mehr gesunken als die der Männer - bei gleichzeitigem Verdienstanstieg der Frauen von 59% gegenüber einem Anstieg von nur 52% bei den Männern. Diese Erscheinung entspricht der allgemeinen Beobachtung, daß die weniger qualifizierten Arbeitskräfte die stärkere Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erzielen konnten. Insbesondere das Lohnniveau der Facharbeiter und ungelerten Arbeiter hat sich einander genähert, die Extreme liegen nicht mehr so weit auseinander wie in früheren Jahren.

Arbeitszeit und Bruttostundenverdienst
der Industriearbeiter

	bezahlte Wochenarbeitszeit		Bruttostundenverdienst	
	August			
	1956	1961	1956	1961
	Std.		DM	
Alle Männer	50,3	47,7	2,06	3,14
darunter Facharbeiter	50,5	47,9	2,22	3,33
Alle Frauen	46,9	43,7	1,29	2,05
darunter Hilfsarbeiter	47,3	43,5	1,24	2,05

Während 1956 noch ein kleiner Unterschied in der Bezahlung zwischen allen weiblichen Arbeitskräften und weiblichen Hilfsarbeitern bestand, ist die Unterscheidung 1961 völlig verschwunden. Auch der Abstand zwischen allen männlichen Arbeitern und den Facharbeitern ist gegenüber 1956 geringer geworden.

Der Anstieg der Bruttostundenverdienste war in den Jahren 1960 und 1961 im allgemeinen

größer als 1957 bis 1959. Seit 1960 hat die bezahlte Arbeitszeit bei den Männern geringfügig zugenommen, die geleistete Arbeitszeit ist dagegen bei Männern und Frauen zurückgegangen.

Die Zahl der Mehrarbeitsstunden ist - soweit diese Angaben infolge zunehmender Akkordlohnvereinbarungen ohne entsprechenden Zeitanatz (besonders im Baugewerbe und in der Bautischlerei) noch aussagekräftig sind - ungefähr gleich geblieben, sie lag im Berichtszeitraum bei den Männern bei 3 1/2 Stunden, bei den Frauen unter 1 Stunde im Monat.

Die Bruttomonatsgehälter der Angestellten sind von 1957 bis 1961 in der Industrie einschließlich Bau sowie im Handel um ein Drittel gestiegen.

Bruttomonatsgehälter der Angestellten

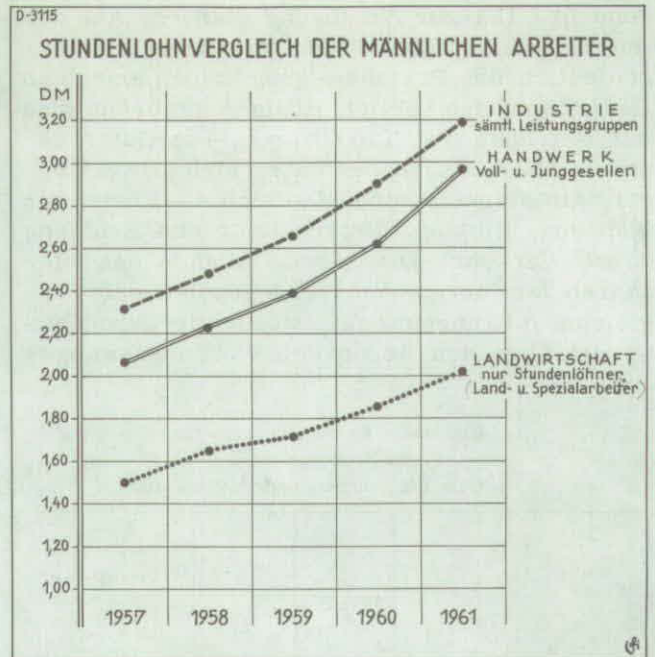
	Industrie einschl. Bau		Handel	
	August			
	1957	1961	1957	1961
	DM			
Alle Männer	607	811	505	685
dar. Leistungsgruppe II	828	1 092	720	923
Alle Frauen	362	489	310	411
dar. Leistungsgruppe V	281	421	233	353

Im ganzen Berichtszeitraum klaffte zwischen den Durchschnittsgehältern der technischen und kaufmännischen männlichen Angestellten in der Industrie ein Abstand von rund 100 DM, der sich 1961 sogar auf etwa 125 DM erweiterte; gegenüber den kaufmännischen Angestellten des Handels machte die Differenz noch rund 60 DM mehr aus. Die technischen Angestellten verdienen also im Schnitt ein Sechstel mehr als die kaufmännischen Angestellten in der Industrie und ein Viertel mehr als die kaufmännischen Angestellten im Handel.

In Industrie und Handel lag seit 1957 das Gehalt aller weiblichen Angestellten um rund 40% unter dem Gehalt aller männlichen Angestellten; die Verdienste beider Gruppen haben sich bis 1961 einander nicht genähert. Die bei den Arbeitern beobachtete zunehmende Nivellierung der Verdienste tritt in der Entwicklung der Angestelltengehälter nicht so deutlich in Erscheinung.

Handwerk

Im Handwerk Schleswig-Holsteins war ebenfalls ein Absinken der Arbeitszeiten bei gleichzeitigem Lohnanstieg festzustellen. Die Arbeitszeit der Vollgesellen verkürzte sich seit 1957 von 48 auf 46,5 Stunden, ihr Brutto-Stundenverdienst stieg im Durchschnitt von 2,15 auf 3,05 DM.



Die Reihenfolge der Handwerkszweige mit den höchsten Brutto-Stundenlöhnen hat im Laufe der Jahre gewechselt: zwar haben die Bau- und Möbeltischlerei im November 1957 mit 2,30 DM und 1961 mit 3,11 DM pro Stunde für Vollgesellen die Spitze und die Fleischerei mit 2,21 DM bzw. 3,08 DM den 3. Platz gehalten, aber die Klempnerei ist von der 2. auf die 4. und die Malerei und Anstreicherei von der 4. auf die 2. Stelle gerückt. Die geringsten Löhne erhielten nach wie vor die weiblichen Arbeitskräfte der Herren- und Damenschneiderei mit 1,98 DM für Vollgesellinnen, obwohl sie seit 1957 aufholen und den Abstand zum Gesamtdurchschnitt verringern konnten.

Als Ergebnis eines Vergleichs zwischen Handwerk und Industrie, der jedoch nur in einigen Zweigen annähernd möglich ist, ist festzuhalten, daß die Brutto-Stundenverdienste im Handwerk nicht ausnahmslos niedriger lagen als in der Industrie. So verdienen die Fleischervollgesellen mehr als die Facharbeiter in der Fleischwarenindustrie, und zwar im November 1957 0,12 DM in der Stunde (2,21 : 2,09 DM) und im Mai 1961 0,14 DM (2,97 : 2,83 DM). Im November 1961 hatten sie dagegen mit 3,22 DM nur noch einen Vorsprung von 3 Pf.

Auch im Handwerk hatten die Stundenlöhne der "übrigen Arbeiter" gegenüber den Voll- und Junggesellen, die den Facharbeitern in der Industrie vergleichbar sind, den stärkeren Lohnanstieg zu verzeichnen, so daß sie nunmehr im Durchschnitt der erfaßten Handwerkszweige über den Löhnen der Junggesellen liegen.

Landwirtschaft

In der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins waren bisher die Betriebe mit mehr als

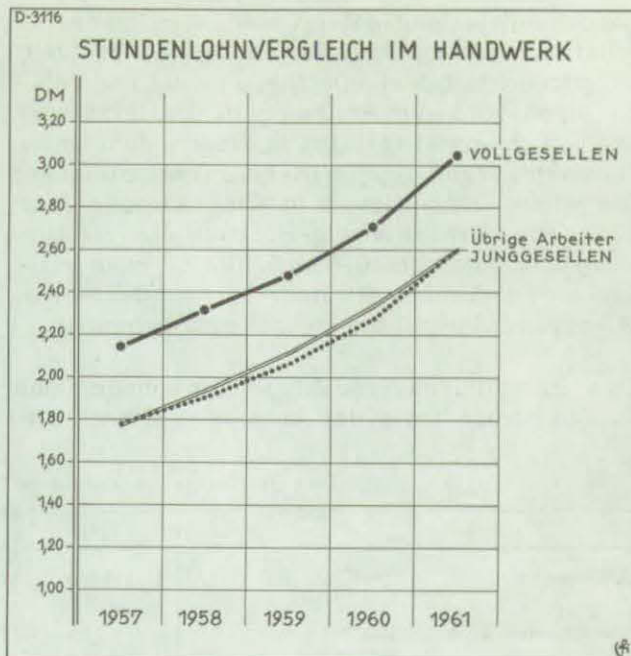
50 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche die Schrittmacher der landwirtschaftlichen Lohngestaltung, da sie aufgrund ihrer fortgeschrittenen Mechanisierung und Rationalisierung am rentabelsten arbeiten konnten. Die Löhne der Betriebe unter 50 ha weichen nicht unwesentlich von den hier gezahlten Löhnen ab.

Der Monatsverdienst der familienfremden Landarbeiter in Betrieben über 50 ha, d. h. der Brutto-Barlohn ohne den Wert der Kost und Wohnung und ohne andere Sachleistungen, stieg von 1957 bis 1961 bei den Männern von 225 auf 298 DM = 32% und bei den Frauen von 137 auf 186 DM = 36%. Der Anstieg bei den männlichen Landarbeitern im Stundenlohn belief sich sogar auf 39%. Bei den Spezialarbeitern im Stundenlohn stieg der Durchschnittslohn im Monat dagegen nur um rund 31%, womit es auch in der Landwirtschaft zu einer Annäherung der höchsten und niedrigsten Löhne kam.

Arbeitszeit und Verdienst der Stundenlöhner in der Landwirtschaft in Betrieben mit 50 und mehr ha LN

	Arbeitszeit im Monat		Bruttoarbeitslohn			
			im Monat		je Stunde	
	September					
	1957	1961	1957	1961	1957	1961
	Std.		DM		DM	
Landarbeiter	243	245	350	486	1,44	1,98
Spezialarbeiter	250	254	408	533	1,64	2,10

Mit allen Vorbehalten eines Lohnvergleichs zwischen der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft kann gesagt werden: Bis 1958 waren die Stundenlöhne der Landarbeiter stärker als in Industrie und Handwerk gestiegen, 1959 war der Anstieg hier und dort der gleiche, 1960/61 aber blieben sie hinter den Zuwachsraten der gewerblichen Wirtschaft zurück, so daß sich die bestehende Lohnschere



wieder stärker geöffnet hat. Der durchschnittliche Anstieg pro Jahr von 1957 bis 1961 belief sich in der Landwirtschaft auf nur 8,7% gegenüber 9,4% in der Industrie und rund 11% im Handwerk.

Die Aufwärtsentwicklung der Löhne und Gehälter hat sich - mit einer Ausnahme - in ungewöhnlich ruhigen Bahnen vollzogen. Der große Anteil Schleswig-Holsteins an den Streiks des Jahres 1957 wurde durch den Metallarbeiterstreik verursacht, der insgesamt 2,3 Mill. Arbeitstage forderte. 1959 - 61 zusammen sind durch Streiks weniger Arbeitstage ausgefallen als in jedem anderen Jahr davor seit 1945. 1960 hat das Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein keinen Streik und keine Aussperrung registriert. 1961 wurde lediglich ein Betrieb von 34 Arbeitnehmern bestreikt, was zu einem Ausfall von 429 Arbeitstagen führte; Aussperrungen gab es keine.

Sozialprodukt

Entwicklung

Das Bruttoinlandsprodukt, das 1960 einen Gesamtwert von 9,7 Mrd. DM erreicht hat, ist gegenüber 1956 um 2,8 Mrd. DM, das ist eine Zunahme um 40%, angestiegen. Über den gesamten Zeitraum hinweg hat damit das wirtschaftliche Wachstum des Landes mit dem des Bundes Schritt gehalten. Ausschlaggebend für diesen Einklang sind aber nur die Jahre 1956 - 1958 gewesen, wo die jährlichen Wachstums-

raten zum Teil wesentlich über den entsprechenden Werten des Bundes gelegen haben. In den nachfolgenden Jahren hat das Land nicht mit der Bundesentwicklung Schritt gehalten. Besonders im Jahre 1960 ist Schleswig-Holstein mit einer Zuwachsrate von 5,6% wesentlich hinter dem Bund (11%) zurückgeblieben. Dies betrifft aber nur die warenproduzierenden Bereiche, und davon insbesondere die Landwirtschaft, während der Handel und Verkehr und die Dienstleistungsbereiche (einschl. Staat) der

Bundesentwicklung gefolgt sind. Die Landwirtschaft, die als einziger Bereich im Jahre 1960, verglichen mit dem Vorjahr, absolut und relativ einen geringen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt geleistet hat, litt in diesem Jahr unter besonders ungünstigen Witterungsverhältnissen. Die erste vorläufige Schätzung für das Jahr 1961, die für Schleswig-Holstein ein Bruttoinlandsprodukt von 10,7 Mrd. DM ergeben hat - das sind 11% mehr als im Vorjahr - deutet den Wiederanschluß an die Bundesentwicklung an.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, das üblicherweise trotz der bekannten Einschränkungen

als Anhaltspunkt für die Beurteilung des Wohlstandsniveaus gewertet wird, läßt erkennen, daß 1960, verglichen mit 1956, der Abstand zwischen Bund und Land sich wieder vergrößert hat. 1960 sind jedem Einwohner 4 200 DM (Bund: 5 300 DM) Bruttoinlandsprodukt zuzurechnen; 1956 dagegen 3 100 DM bzw. 4 000 DM. Die 1956 wieder einsetzende Annäherung an den Bundesdurchschnitt ist aber erst 1959 unterbrochen worden. Nach den ersten vorläufigen Schätzungen für das Jahr 1961 beträgt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner etwa 4 600 DM, die Abweichung vom Bund dürfte sich damit nicht weiter verändert haben.

Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 1956 - 1960

		1956	1957	1958	1959 ¹	1960 ¹
Millionen DM	Bund ²	197 060	214 200	228 810	248 420	275 830
	Schl.-Holst.	6 879	7 612	8 429	9 073	9 666
Zuwachsraten in %	Bund ²	10,1	8,7	6,8	8,6	11,0
	Schl.-Holst.	10,3	10,7	10,7	7,6	6,5
Messziffern 1956=100	Bund ²	100	109	116	126	140
	Schl.-Holst.	100	111	123	132	141
DM je Einwohner	Bund ²	3 957	4 245	4 475	4 801	5 271
	Schl.-Holst.	3 054	3 371	3 715	3 972	4 204
Abweichung vom Bund in %		- 23	- 21	- 17	- 17	- 20

1) vorläufige Ergebnisse

2) ohne Saarland und Berlin

Wirtschaftsbereiche

Die Gewichte der einzelnen Wirtschaftsbereiche, die im folgenden nach ihren hauptsächlichen Funktionen im Wirtschaftsprozess zusammengefaßt sind, nämlich zu den Bereichen "Land- und Forstwirtschaft, Fischerei", "Verarbeitendes Gewerbe" (übrige warenproduzierende Bereiche), "Handel und Verkehr" und "Dienstleistungsbereiche" (einschl. Staat), haben sich, vom Blickpunkt der Sozialproduktberechnung her gesehen, seit 1956 weiter in Richtung der gewerblichen Wirtschaft und den davon stark abhängigen nachfolgenden Wirtschaftsbereichen verschoben.

Das besagt nicht, daß die landwirtschaftliche Produktion, abgesehen von dem witterungsschlechten Jahr 1960, nachgelassen hat, und mindert in keiner Weise die Bedeutung der Landwirtschaft für das Land. Die stetig verlaufende Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität von der Urproduktion zur Veredelung und zu den Dienstleistungsbereichen sind lediglich Ausdruck und Ursache des gestiegenen Einkommenniveaus.

Bis 1959 liegen für das verarbeitende Gewerbe noch weiter untergliederte Ergebnisse der Sozialproduktberechnung vor. Sie legen dar,

Die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt¹ Schleswig-Holsteins in %

Wirtschaftsbereich	1956	1957	1958	1959 ²	1960 ²
Land- und Forstwirtschaft Fischerei	15,9	15,4	14,1	13,9	12,5
Übrige Waren produzierende Bereiche	42,4	42,4	43,4	43,6	43,2
Handel und Verkehr	19,3	19,6	19,6	19,4	20,2
Dienstleistungsbereiche	22,4	22,6	22,9	23,0	24,1
Bruttoinlandsprodukt	100	100	100	100	100

1) in jeweiligen Preisen 2) vorläufige Ergebnisse

daß mit nur zwei Ausnahmen, nämlich der chemischen Industrie und des Textil- und Bekleidungsgebietes, keine nennenswerten Verlagerungen eingetreten sind. Insbesondere ist zu bemerken, daß die zum großen Teil auf der heimischen landwirtschaftlichen Produktion beruhende Nahrungs- und Genußmittelindustrie im Gegensatz zu den früheren Jahren an ihrer Vorrangstellung - über ein Drittel des verarbeitenden Gewerbes ist dieser Industrie zuzurechnen - nichts mehr verloren hat. Die chemische Industrie - im wesentlichen auf der Grundlage des Mineralöls - hat ihre wirtschaftliche Bedeutung für das Land erweitert, während das Textil- und Bekleidungsgebiet sowohl absolut als auch relativ Einbußen hinzunehmen hatte.

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958		1961		1961		1962			
		Monats-Durchschnitt		1961	1961	1961	1962	1962	1962	1962	1962
		1958	1958	1961	1961	1961	1962	1962	1962	1962	1962
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
Bevölkerungsstand (Monatsende)											
*Wohnbevölkerung	1 000	2 269	p2 321	2 322	p2 319	p2 322	p2 336	p2 339	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen ¹⁾											
*Anzahl		1 654	1 877	2 272	2 093	2 224	1 841	2 014	2 454	...	
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	p 9,7	11,5	11,0	p 11,3	p 9,6	p 10,2	p 12,8	...	
Lebendgeborene ²⁾											
*Anzahl		2 867	3 355	3 446	3 339	3 311	3 637	3 681	3 358	...	
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	p 17,3	17,5	17,5	p 16,8	p 19,0	p 18,6	p 17,5	...	
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)											
*Anzahl		2 173	2 290	2 313	2 349	2 062	2 344	2 332	2 213	...	
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	p 11,8	11,7	12,3	p 10,5	p 12,2	p 11,8	p 11,5	...	
darunter im ersten Lebensjahr											
*Anzahl		93	95	98	92	101	106	85	83	...	
*je 1 000 Lebendgeborene		32,6	28,4	28,4	27,6	30,5	29,1	23,1	24,7	...	
Mehr geboren als gestorben											
*Anzahl		694	1 065	1 133	990	1 249	1 293	1 349	1 145	...	
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		3,7	p 5,5	5,8	5,2	p 6,3	p 6,7	p 6,8	p 6,0	...	
Wanderungen											
*Zuzüge über die Landesgrenze		6 523	7 031	8 128	8 067	7 063	8 956	8 346	
*Fortzüge über die Landesgrenze		6 263	5 958	6 272	6 651	4 790	7 957	6 512	
*Wanderungsgewinn		260	1 073	1 856	1 416	2 273	999	1 834	
*Umzüge innerhalb des Landes ⁴⁾		9 666	9 958	11 582	11 109	8 497	14 035	11 154	7 841	...	
Wanderungsfälle ⁴⁾											
Anzahl		22 452	22 947	25 982	25 827	20 350	30 948	26 012	
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr ⁵⁾		170	p 170	191	194	p 146	p 235	p 187	
Umsiedler											
davon nach		609	234	254	409	136	135	146	124	160	
Nordrhein-Westfalen		326	116	174	127	52	54	86	47	79	
Baden-Württemberg		43	17	37	25	16	15	24	11	11	
Rheinland-Pfalz		10	3	-	10	-	-	-	3	4	
Hessen		12	2	5	-	-	-	-	5	-	
Hamburg		218	96	38	247	68	66	36	58	66	
Bremen		-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Arbeitslage											
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶⁾	1 000	741 ⁺	799 ⁺	.	807	.	.	.	826	.	
darunter *Männer	1 000	494 ⁺	533 ⁺	.	537	.	.	.	546	.	
*Arbeitslose											
Anzahl	1 000	50	12	9	8	7	9	7	6	5	
darunter *Männer	1 000	31	7	5	4	4	5	4	3	3	
je 100 Arbeitnehmer		6,3	1,5	1,2	1,0	0,9	1,1	0,8	0,7	0,6	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 6) Arbeiter, Angestellte und Beamte

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 251 ^a	.	1 336	.	.	.	1 398	.
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	467 ^a	.	458	.	.	.	465	.
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 636 ^a	.	1 473	.	.	.	1 653	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	171 ^a	.	173	.	.	.	174	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	107 ^a	.	113	.	.	.	111	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St	14	20	15	11	17	15	17	15	18
*Kälber	1 000 St	5	5	5	3	3	5	4	3	3
*Schweine	1 000 St	81 ^b	107 ^c	106	87	98	127	115	109	118
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St	15 ^b	12 ^c	3	1	2	7	3	2	2
*Gesamtschlachtgewicht ⁷⁾ (einschl. Schlachtfette)	1 000 t	9,3	13,0	12,5	9,9	12,2	14,2	14,2	13,1	14,6
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	4,4	3,2	2,3	3,7	3,5	4,0	3,4	4,1
*Schweine	1 000 t	5,9	8,2	8,9	7,3	8,2	10,4	10,0	9,4	10,2
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	223	227	220	215	213	234	239	225	228
*Kälber	kg	49	51	57	57	55	53	54	55	57
*Schweine	kg	89	86	86	85	85	87	89	88	86
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	153	216	193	173	202	213	204	185
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	10,9	15,2	14,0	12,1	14,4	14,7	14,6	12,8
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	87	89	92	92	92	90	91	92	92
INDUSTRIE⁸⁾										
*Beschäftigte	1 000	164	174	174	174	174	177	177	176	176
darunter *Arbeiter ⁹⁾	1 000	136	142	142	142	143	144	143	143	142
*Geleistete Arbeiterstunden ¹⁰⁾	1 000	24 439	24 761	24 908	24 982	22 330	23 790	25 052	23 540	22 266
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	69,6	69,9	70,3	70,1	75,1	79,3	78,2	79,1
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	22,9	22,1	22,6	22,7	25,7	25,5	26,2	25,9
*Brennstoffverbrauch	1 000 SKE ¹¹⁾	74	68	61	56	58	67	58	58	55
Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	11 193	11 459	11 843	11 022	9 747	10 078	10 656	10 872
Heizölverbrauch	1 000 t	31	45	48	47	46	52	53	48	51
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	88	86	86	84	87	92	87	89
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen) ¹²⁾	Mill. kWh	21	22	18	20	21	20	22	20	22
*Umsatz	Mill. DM	479	584	604	548	567	572	631	607	578
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	79	95	73	68	67	84	77	66
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion	1950=100	224	278	291	271	r 264	300	288	279	248
einschl. Energie und Bau										
darunter Erzeugnisse des/der										
Erdölgewinnung		592	698	655	662	653	819	823	732	783
Industrie der Steine und Erden		193	254	291	293	r 290	268	308	315	317
Hochofen- und Stahlwerke		157	161	151	147	153	153	143	148	150
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		112	154	141	178	r 87	158	150	152	93
Mineralölverarbeitung		688	1 132	1 148	1 308	1 228	1 383	1 363	1 337	1 192
Gummi- und Asbestverarbeitung		741	1 176	1 215	1 109	r 1 144	1 116	1 157	1 059	1 087
Sägewerke und Holzbearbeitung		99	113	128	124	r 118	101	119	116	113
papierherstellenden Industrie		256	313	315	319	r 327	307	312	311	322
Schiffbaues		312	297	334	286	r 249	265	239	225	186
Maschinenbaues		273	340	405	278	r 493	345	298	298	235
elektrotechnischen Industrie		508	702	705	673	r 571	674	601	569	467
feinmechanischen und optischen Industrie		609	819	784	717	r 759	848	822	773	794
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie										
(einschl. Sportwaffen)		166	222	226	216	r 187	251	260	237	213
ledererzeugenden Industrie		116	96	96	89	r 74	92	60	58	80
Schuhindustrie		217	243	261	128	r 171	258	268	207	136
Textilindustrie		195	200	200	188	r 126	174	155	142	89
Bekleidungsindustrie		127	151	159	115	r 119	170	173	134	106
Fleischwarenindustrie		169	196	197	175	r 191	208	223	207	202
fischverarbeitenden Industrie		189	197	136	136	r 162	173	203	144	184
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		121	129	198	163	r 141	189	189	184	150
tabakverarbeitenden Industrie		227	253	254	249	r 239	264	270	261	260
Bauproduktion		190	227	263	248	r 249	276	280	284	251

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) gewerbliche Schlachtungen 8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 9) einschl. gewerblicher Lehrlinge 10) einschl. Lehrlingsstunden 11) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 12) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1961/62 = 22

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt			Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	131	106	88	85	130	108	83	91
*Stromverbrauch ¹³⁾	Mill. kWh	143	175	178	169	175	195	199	185	191
*Gaserzeugung (brutto) ¹⁴⁾	Mill. cbm	17	18	17	16	17	19	19	17	18
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe ¹⁵⁾										
*Beschäftigte		55 228	61 829	63 060	62 956	63 588	p64 037	p64 514	p64 693	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 618	10 732	10 933	10 563	p10 099	p11 168	p10 919	...
darunter *für Wohnungsbauten	1 000	4 157	4 172	4 726	4 746	4 523	p 4 265	p 4 612	p 4 313	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	32,2	34,1	36,6	36,7	p 38,5	p 43,2	p 42,7	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	2,2	2,0	2,4	2,2	p 2,4	p 2,6	p 2,6	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	101,4	97,2	110,7	117,8	p 86,0	p 120,0	p 126,9	...
Baugenehmigungen ¹⁶⁾										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) ¹⁷⁾		922	1 071	1 237	1 064	1 460	992	1 090	1 031	1 502
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	332	344	389	285	302	290	366	376
Veranschlagte reine Baukosten ¹⁷⁾										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	97,1	106,4	93,6	102,6	82,8	107,6	111,5	134,6
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	66,3	78,2	70,4	83,6	59,3	79,0	78,1	100,8
*Umbauter Raum in allen Gebäuden ¹⁷⁾										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 369	1 600	1 396	1 465	1 092	1 473	1 528	1 858
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	862	1 061	932	1 064	711	960	926	1 252
*Wohnungen ¹⁸⁾										
darunter *in ganzen Wohngebäuden		2 109	2 479	2 986	2 748	3 022	2 013	2 839	2 733	3 548
		1 879	2 247	2 719	2 439	2 789	1 789	2 448	2 397	3 273
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹⁹⁾		1 533	2 162	1 271	1 710	1 365	1 122	1 436	946	1 238
Wohnräume ²⁰⁾		6 064	8 787	5 089	6 853	5 793	4 239	5 827	3 696	5 113
HANDEL UND GASTGEWERBE										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1961=100	.	.	98	98	102	105	106	113	108
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	.	98	102	105	105	103	114	108
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	.	102	92	93	100	107	113	100
*Hausrat und Wohnbedarf		.	.	93	89	94	99	102	95	99
*Sonstige Waren		.	.	100	99	99	114	114	114	109
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	508	384	355	634	636	527	634	449
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 376	1 744	1 883	810	1 289	1 023	728	2 589
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	14 304	13 565	15 060	14 939	15 058	17 258	15 161	15 760
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	33 732	32 700	31 236	28 249	28 571	33 337	29 610	32 339
*Ausfuhr nach Warengruppen ²¹⁾										
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	6,6	4,8	4,8	4,8	6,9	4,3	4,2	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	82,9	70,2	86,2	84,7	89,6	107,7	56,2	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,1	2,8	3,1	3,3	3,2	3,1	3,3	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	8,5	5,6	8,0	6,7	6,8	9,4	6,9	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	71,4	61,8	75,0	74,7	59,6	95,3	46,0	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	3,4	3,0	3,1	2,5	2,9	3,4	3,5	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	68,0	58,8	71,9	72,2	56,7	91,9	42,5	...
* Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern ²¹⁾										
EWG-Länder	Mill. DM	11,0	18,1	14,1	14,8	15,7	27,1	27,6	14,8	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	5,3	4,4	5,0	4,5	5,0	5,4	5,4	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	8,0	4,9	4,9	6,4	16,9	15,3	4,4	...
EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	46,5	32,2	54,7	52,0	31,5	63,7	26,9	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	8,7	6,0	7,6	5,3	7,2	6,7	5,1	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	9,5	7,9	3,9	3,7	2,7	3,1	3,1	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	17,1	1,6	33,2	32,9	1,6	38,6	9,1	...
Schweden	Mill. DM	6,3	4,2	3,2	3,9	3,4	13,0	8,4	3,6	...
Fremdenverkehr ²²⁾										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	140	138	220	367	98	114	212	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	15	17	16	25	53	15	13	22	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	896	540	1 490	3 249	311	430	1 334	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	33	34	26	48	119	24	24	43	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) einschl. Verluste 14) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 15) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 16) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 17) nur Neubau und Wiederaufbau 18) nur Normalwohnungen 19) Normalbau 20) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 21) 1962 = vorläufige Zahlen 22) ab April 1962 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
VERKEHR										
Seeschifffahrt ²³⁾										
Güterempfang	1 000 t	377	508	500	574	637	422	602
Güterversand	1 000 t	102	150	135	147	143	120	160
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	154	155	168	163	159	151	224	193
*Güterversand	1 000 t	195	270	292	311	297	272	339	317	359
Nord-Ostsee-Kanal ²⁴⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		5 645	6 437	6 223	7 273	7 351	6 070	7 055	7 252	7 575
darunter deutsche	%	65,5	63,7	63,9	64,7	63,1	64,1	65,4	64,6	64,2
Raumgehalt	1 000 NRT	2 795	3 397	3 333	3 514	3 722	3 261	3 496	3 717	3 844
darunter deutscher Anteil	%	30,3	28,5	28,9	31,2	31,4	24,5	27,5	28,0	27,4
Güterverkehr	1 000 t	3 840	4 766	4 581	5 010	5 177	4 464	4 856	5 197	5 266
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	32,6	30,5	30,9	33,7	33,6	26,1	29,9	30,2	30,7
Richtung West-Ost	1 000 t	1 906	2 304	2 284	2 395	2 232	2 417	2 461	2 536	2 196
Richtung Ost-West	1 000 t	1 935	2 462	2 297	2 615	2 945	2 047	3 395	2 661	3 070
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	4 271	4 926	4 731	3 588	5 815	5 555	4 932	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	123	233	219	151	132	143	133	...
*Personenkraftwagen		2 107	3 081	3 573	3 339	2 405	4 418	4 229	3 677	...
*Kombinationskraftwagen		175	242	278	272	255	341	345	283	...
*Lastkraftwagen		293	374	419	430	355	439	432	421	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle		2 513	3 493	3 400	9 584	4 431	3 164	3 293	2 568	p3 955
davon										
*mit Personenschaden		918	1 100	1 135	1 234	1 335	968	1 069	1 282	p1 285
*nur mit Sachschaden		1 595	2 393	2 265	2 350	3 096	2 196	2 224	2 281	p2 670
*Getötete Personen ²⁵⁾		40	50	53	63	67	41	39	55	p 60
*Verletzte Personen		1 130	1 394	1 442	1 557	1 742	1 223	1 374	1 697	p1 739
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁶⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 ^d	4 943 ^d	4 552	4 655	4 711	5 171	5 265	5 378	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	1 436 ^d	1 399	1 458	1 439	1 521	1 574	1 635	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	1 425 ^d	1 396	1 454	1 434	1 515	1 563	1 627	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	2 165 ^d	3 506 ^d	3 153	3 187	3 272	3 650	3 691	3 743	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	3 022 ^d	2 728	2 766	2 839	3 142	3 179	3 217	...
*Einlagen von Nichtbanken ²⁶⁾	Mill. DM	2 067 ^d	3 090 ^d	2 949	2 921	2 928	3 143	3 243
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 369 ^d	1 337	1 295	1 294	1 314	1 397
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	837 ^d	1 071 ^d	1 040	1 024	1 037	1 035	1 079	1 062	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	1 721 ^d	1 612	1 626	1 634	1 829	1 846
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	1 155 ^d	1 078	1 087	1 093	1 235	1 247	1 257	1 264
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	85	67	74	88	80	84
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	70	56	60	80	68	68
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	8	7	6	5	10	4	6	5
* Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	2	2	2	3	1	-	1	-
Wechselproteste	Anzahl	636	754	758	725	741	640	639
	Wert	1 000 DM	465	552	459	573	394	532
STEUERN ²⁷⁾										
* Landessteuern	1 000 DM	32 185	54 928	36 262	80 578	43 385	35 796	40 468	89 972	46 089
darunter										
*Vermögenssteuer	1 000 DM	1 463	2 393	4 691	469	561	262	5 554	827	332
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	5 432	5 787	5 237	5 291	6 653	6 008	5 702	6 423
*Biersteuer	1 000 DM	420	561	532	551	610	413	533	627	618
* Bundessteuern	1 000 DM	93 577	121 732	103 469	135 072	118 186	109 523	111 422	140 735	125 064
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	29 801	39 324	35 047	39 192	41 106	41 900	38 812	37 035	45 974
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 253	1 157	1 205	1 471	1 075	1 167	1 320	1 427
*Zölle	1 000 DM	7 838	8 529	8 226	7 953	8 346	6 941	2 801	8 252	10 893
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	49 191	47 240	48 236	48 889	46 134	54 875	51 400	47 819
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	35 876	34 061	33 219	35 788	33 083	35 891	33 482	37 945
*Notopfer Berlin ²⁸⁾	1 000 DM	354	44	47	67	28	14	12	95	16
außerdem *Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	6 077	10 690	2 614	2 176	8 159	11 305	3 281	3 485

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

23) Monatsangaben 1961/62 = vorläufige Zahlen 24) ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 25) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 26) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 27) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr 28) ohne Abgabe auf Postsendungen d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ²⁹⁾	1 000 DM	37 688	66 828	33 580	109 769	52 417	38 456	39 369	121 810	54 100
davon	1 000 DM	14 013	25 257	19 442	22 365	31 816	19 274	22 793	26 199	37 117
*Lohnsteuer	1 000 DM	15 925	30 164	11 822	62 667	16 890	17 654	14 428	71 766	13 508
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	428	617	192	1 344	1 173	330	601	873	1 604
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	7 322	10 790	2 123	23 393	2 535	1 198	1 547	22 973	1 870
*Körperschaftsteuer	1 000 DM									
Gemeindesteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	77 034 ⁺		78 280 ^e				79 248 ^e	
*Realsteuern	1 000 DM									
davon	1 000 DM	6 816 ⁺	6 982 ⁺		7 178 ^e				6 952 ^e	
*Grundsteuer A	1 000 DM	11 575 ⁺	12 710 ⁺		12 184 ^e				13 334 ^e	
*Grundsteuer B	1 000 DM								238 ^e	
Baulandsteuer	1 000 DM									
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	52 299 ⁺		54 009 ^e				53 036 ^e	
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	5 029 ⁺		4 909 ^e				5 686 ^e	
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 530 ⁺		6 440 ^e				5 649 ^e	
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet	1950=100	100	94	94	93	93	95	94	94	p 92
Einkaufspreise für Auslands Güter	1950=100	132	131	130	131	132	133	133	133	p 134
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100									
Erzeugerpreise	1958=100	100	101,9	101,7	101,6	101,7	103,0	r103,1	103,1	103,1
industrieller Produkte	1957/59=100	100,4 ^f	97,8 ^g	99,6	101,5	102,0	108,5	p107,2	p107,4	.
landwirtschaftlicher Produkte	1958=100	100	121,8	118,9	.	.	.	p132,5	.	.
Preisindex für Wohngebäude	1958=100									
Bauleistungen am Gebäude	1958=100									
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1958/59=100	100 ^f	103,6 ^g	104,9	104,8	103,9	108,0	107,8	107,9	
Einzelhandelspreise	1958=100 ^{h)}	100	103	103	103	104	107	107	108	110
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁰⁾	1958=100	100	105,0	104,8	105,6	105,8	108,9	109,2	109,8	110,3
darunter										
Ernährung		100	103,6	103,6	105,5	105,6	109,5	110,2	111,5	112,3
Wohnung		100	118,0	117,6	117,6	118,4	121,3	121,3	121,3	122,3
Heizung und Beleuchtung		100	103,7	102,4	102,6	102,8	104,6	104,2	104,5	105,1
Bekleidung		100	104,0	103,9	103,9	104,0	106,6	106,8	106,9	107,0
Hausrat		100	101,1	100,5	100,6	100,8	103,0	103,3	103,4	103,6
LOHNE UND GEHALTER ³¹⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³²⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	116,69	146,78	140,55	.	.	.	164,41	.	.
darunter Facharbeiter	DM	124,34	156,59	149,67	.	.	.	174,62	.	.
*weiblich	DM	67,56	88,45	86,83	.	.	.	97,29	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	243,5	307,9	296,6	.	.	.	344,6	.	.
darunter Facharbeiter	Pf	258,6	327,0	313,6	.	.	.	365,1	.	.
*weiblich	Pf	152,9	203,6	200,5	.	.	.	228,2	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	47,7	47,4	.	.	.	47,7	.	.
*weiblich	Std.	44,2	43,4	43,3	.	.	.	42,6	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	44,3	41,0	.	.	.	43,7	.	.
*weiblich	Std.	41,4	40,5	37,0	.	.	.	38,8	.	.
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³²⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	732	712	.	.	.	784	.	.
*weiblich	DM	382	475	458	.	.	.	513	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	850	830	.	.	.	908	.	.
*weiblich	DM	403	500	480	.	.	.	527	.	.
im Handel ³³⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	679	657	.	.	.	722	.	.
*weiblich	DM	331	409	399	.	.	.	432	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	497	706	680	.	.	.	746	.	.
*weiblich	DM	259	.	283	.	.	.	360	.	.
in Industrie ³²⁾ und Handel ³³⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	696	675	.	.	.	741	.	.
*weiblich	DM	347	428	416	.	.	.	455	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	842	821	.	.	.	900	.	.
*weiblich	DM	391	494	473	.	.	.	522	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

29) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 30) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958 31) Effektivverdienste: 1958 und 1961 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 32) einschl. Baugewerbe 33) Handel, Geld- und Versicherungswesen e) l. 4. - 30. 6. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni) g) Wirtschaftsjahr 1960/61 (Juli - Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen A*

	Zeit 1)	Einheit	1950	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Wohnbevölkerung	JD	1 000	2 598	2 271	2 253	2 258	2 269	2 284	2 299	2 324 ^a
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	JS	1 000	+ 17	+ 7	+ 7	+ 7	+ 8	+ 11	+ 10	+ 13
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	JS	1 000	- 108	- 34	- 13	+ 6	+ 3	+ 3	+ 9	+ 13
Beschäftigte Arbeitnehmer ²⁾	30.9.	1 000	650	716	741	757	772	770	791	813
darunter in den Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1 000	104	86	81	78	72	56	54	52
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1 000	260	318	334	346	355	360	373	385
Handel und Verkehr	30.9.	1 000	121	148	158	163	171	177	183	188
Arbeitslose	30.9.	1 000	178	57	45	34	27	17	11	7
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	7,4	5,7	4,3	3,4	2,2	1,4	0,9
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR										
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen	Mai	1 000	480	353	337	323	314	306	302	304
je 1 000 Einwohner	Mai		182	154	148	143	138	134	132	131
VOLKSEINKOMMEN										
Brutto-Inlandsprodukt ³⁾	JS	Mill. DM	3 866	6 238	6 879	7 612	8 429	9 073 ^b	9 666 ^b	...
je Einwohner		DM	1 488	2 747	3 054	3 371	3 715	3 972 ^b	4 204 ^b	...
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Pferde	3.12.	1 000	167	99	87	80	72	58	46	38
Rinder	3.12.	1 000	999	1 040	1 072	1 094	1 129	1 196	1 219	1 251
darunter Milchkühe	3.12.	1 000	458	429	431	431	426	441	460	467
Schweine	3.12.	1 000	1 031	1 184	1 210	1 298	1 279	1 328	1 414	1 636
Schafe	3.12.	1 000	129	112	112	116	119	113	105	109
Hühner ⁴⁾	3.12.	1 000	3 827	3 476	3 493	3 486	3 522	3 623	3 648	4 259
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾										
Rinder	JS	1 000	164	253	229	280	293	295	341	342
Schweine	JS	1 000	818	1 455	1 441	1 675	1 745	1 725	1 883	2 021
Milcherzeugung										
Kuhmilcherzeugung	JS	1 000 t	1 562	1 577	1 586	1 662	1 699	1 682	1 750	1 831
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 554	3 711	3 857	3 946	3 951	3 965	3 980
INDUSTRIE⁶⁾										
Beschäftigte	JD	1 000	109	148	158	164	164	162	168	174
je 1 000 Einwohner			42	64	70	73	72	71	73	75
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	488	534	581	638	659	747	835
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	134	156	173	197	210	238	275
Umsatz ⁷⁾	JS	Mill. DM	2 416	4 223	4 840	5 363	5 744	6 053	6 407	7 011
darunter Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	581	627	766	782	840	987	945
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	182	197	214	224	236	255	p 279
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Baugenehmigungen										
Wohnungen	JS	1 000	27,7	24,7	22,3	23,4	25,3	26,6	29,6	29,7
darunter in ganzen Wohngebäuden	JS	1 000	24,7	22,2	19,8	20,9	22,5	25,8	26,6	27,0
Baufertigstellungen										
Wohnungen										
Anzahl	JS	1 000	17,7	18,3	23,0	21,8	18,4	25,3	25,9	25,9
je 1 000 Einwohner			6,9	8,0	10,1	9,7	8,1	11,0	11,2	11,1
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	56,4	58,7	63,2	49,5	53,2	50,9	50,9
Wohnräume ⁸⁾										
Anzahl	JS	1 000	59,1	67,9	83,9	79,5	72,8	99,7	103,5	105,2
je 1 000 Einwohner			23,1	29,8	37,0	35,3	32,0	43,5	44,8	45,1
Bestand an										
Wohnungen ⁸⁾	31.12.	1 000	461,4	564,2	585,5	605,9	623,4	647,1	671,2	695,4
Wohnräumen	31.12.	1 000	1 853	2 104	2 184	2 262	2 334	2 431	2 531	2 632

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit B 1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme 2) Arbeiter, Angestellte und Beamte 3) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt; generalbereinigte Werte 4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 5) gewerbl. und Hauschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 7) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 8) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen a) Errechnet unter Zugrundelegung der auf der Grundlage der Wohnungstatistik 1956 fortgeschriebenen Wohnbevölkerung. Die Zahl ist nur als vorläufige Angabe zu verwenden und gilt nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6.6.1961 als überholt b) vorläufige Ergebnisse

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung 1) am 31. 3. 1962	Arbeitslose am 30. 9. 1961	Industrie 2)		Einnahmen aus Gemeindesteuern vom 1. 1. bis 30. 6. 1962						
			Beschäftigte am 30. 6. 1962	Umsatz 3) in Mill. DM im Juni 1962	darunter Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme						
					insgesamt in 1 000 DM	je Einwohner					
						in 1 000 DM	in DM	Veränderung in % gegenüber 1. 1. - 30. 6. 1961			
Flensburg	97 754	416	7 444	20,6	8 221	6 134	62	+ 4			
Kiel	272 326	1 443	34 389	65,3	28 400	22 145	81	+ 6			
Lübeck	236 434	1 036	34 790	104,1	26 870	20 753	88	+ 12			
Neumünster	75 381	263	13 143	22,5	7 053	5 296	71	- 3			
Eckernförde	64 352	155	1 795	4,2	3 093	1 446	23	+ 2			
Eiderstedt	18 883	46	407	2,5	1 341	558	29	- 11			
Eutin	89 315	365	4 216	15,9	5 203	3 070	34	- 5			
Flensburg-Land	64 828	161	799	3,0	2 345	974	15	- 8			
Hzgt. Lauenburg	131 532	337	9 151	19,0	7 714	4 819	37	+ 1			
Husum	63 564	150	895	2,4	3 329	1 720	27	- 17			
Norderdithmarschen	57 525	116	1 115	2,5	3 237	1 655	29	- 6			
Oldenburg (Holstein)	79 384	316	1 412	8,2	4 187	2 189	28	- 12			
Pinneberg	218 904	492	19 675	81,3	17 989	13 433	63	+ 5			
Plön	109 714	402	1 869	9,8	4 923	2 384	22	+ 5			
Rendsburg	159 202	434	9 699	32,8	9 049	5 849	37	- 5			
Schleswig	98 190	129	4 402	26,3	5 177	2 990	31	+ 3			
Segeberg	96 109	86	5 060	17,2	4 175	2 066	22	- 12			
Steinburg	122 212	202	10 494	40,7	9 905	7 308	60	- 1			
Stormarn	145 985	315	9 305	92,6	10 171	7 130	50	- 4			
Süderdithmarschen	72 045	72	5 114	32,5	4 907	2 914	41	- 5			
Südtondern	59 660	109	1 011	4,0	4 156	2 640	44	- 14			
Schleswig-Holstein	2 333 299	7 045	176 185	607,4	171 446	117 472	51	+ 2			

Kreisfreie Stadt Landkreis	Baufertigstellungen vom 1. 1. bis 30. 6. 1962		Öffentliche Fürsorge einschl. Tbc-Hilfe						
	Normal- woh- nungen	Normal- wohn- räume 4)	Laufend unter- stützte Personen in der offenen Fürsorge am 31. 12. 1961		Aufwand im Rechnungsjahr 1961				
			Anzahl	je 1 000 Einw.	insgesamt		offene	geschlos- sene	soziale
					(einschl. soziale Fürsorge)		Fürsorge		
					1 000 DM	DM je Einw.	1 000 DM		
Flensburg	222	961	2 129	21,8	3 244	33,09	2 046	963	376
Kiel	467	1 799	5 677	20,9	9 441	34,74	5 492	3 395	976
Lübeck	1 043	3 624	5 033	21,5	8 529	36,53	5 150	2 755	825
Neumünster	186	774	1 585	21,6	2 166	29,51	1 322	615	218
Eckernförde	281	1 106	1 534	23,4	2 244	34,43	1 501	542	245
Eiderstedt	9	37	371	19,7	521	27,43	362	107	105
Eutin	48	213	2 165	24,0	2 514	27,93	1 624	575	386
Flensburg-Land	126	466	912	13,8	1 575	24,16	833	597	271
Hzgt. Lauenburg	270	1 106	2 227	17,0	3 293	25,29	2 139	707	450
Husum	101	408	960	15,2	1 496	23,90	964	387	260
Norderdithmarschen	200	825	826	14,4	1 249	21,88	827	245	245
Oldenburg (Holstein)	120	522	1 135	14,2	1 787	22,37	1 222	304	329
Pinneberg	820	3 299	2 393	10,8	4 491	20,60	2 381	1 618	515
Plön	241	961	2 188	19,8	2 772	25,23	1 869	568	465
Rendsburg	413	1 674	2 687	17,0	3 750	23,87	2 453	819	504
Schleswig	127	558	1 821	18,4	2 693	27,40	1 757	666	431
Segeberg	94	393	1 227	12,8	2 033	21,53	1 171	559	297
Steinburg	300	1 236	2 193	17,8	3 134	25,54	2 249	493	549
Stormarn	354	1 439	1 762	12,0	3 019	20,82	1 660	964	316
Süderdithmarschen	76	330	1 516	21,1	1 891	26,35	1 342	324	264
Südtondern	345	1 155	766	12,6	1 458	23,80	860	460	246
Schleswig-Holstein 5)	5 843	22 886	46 079	19,7	88 530	38,09	44 870	36 986	8 752

1) vorläufiges Ergebnis 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)
 3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) Zimmer mit
 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 5) bei "Öffentliche Fürsorge": einschl. Landesfürsorgeverband, Landesjugendamt und
 Jugendaufbauwerk

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit — Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamb- urg	Nie- der- sach- sen	Bre- men	Nord- rhein- West- falen	Hea- sen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land
BEVÖLKERUNG												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1 000	31.12.61 ¹⁾	54 399	2 328	1 841	6 675	712	16 029	4 861	3 439	7 839	9 592	1 083
Veränderung in %	"	+ 35	+ 47	+ 8	+ 47	+ 27	+ 34	+ 40	+ 16	+ 43	+ 35	+ 19
31. 12. 1961 geg. VZ 1939 ²⁾	"	+ 13	- 10	+ 17	- 1	+ 30	+ 23	+ 14	+ 17	+ 24	+ 5	+ 13
31. 12. 1961 geg. VZ 1950 ²⁾	"	219	149	2 463	141	1 764	472	230	173	219	136	422
Bevölkerungsdichte 3) Einwohner je qkm	"											
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR ¹⁾												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in 1 000	Mai 1961	6 526	304	184	830	85	1 878	568	446	912	1 173	146
je 1 000 Einwohner	"	121	131	100	126	120	118	118	130	117	123	137
ARBEIT												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴⁾ in 1 000	30. 6. 1962	21 223	826	842	2 406	305	6 854	1 853	1 187	3 127	3 459	363
Arbeitslose in 1 000	"	88	6	4	13	3	28	5	4	3	20	2
je 100 Arbeitnehmer ⁵⁾	"	0,4	0,7	0,4	0,6	1,1	0,4	0,3	0,4	0,1	0,6	0,5
VOLKSEINKOMMEN												
Brutto-Inlandprodukt in Mrd. DM	1960	276 ^a	10	17	30	5	92	25	14	41	43	.
in DM je Einwohner	"	5 271 ^a	4 204	9 282	4 506	6 988	5 865	5 192	4 051	5 343	4 585	.
LANDWIRTSCHAFT												
Erzeugung von Kuhmilch ¹⁾ in 1 000 t	Juni 1962	1 985	204	3	440	3	330	125	89	236	544	10
in kg je Kuh und Tag	"	11,2	14,6	15,2	14,3	15,1	13,4	10,2	8,8	9,0	9,5	9,8
INDUSTRIE ⁶⁾												
Beschäftigte in 1 000	30. 4. 1962	8 055	177	234	733	95	2 879	687	368	1 451	1 257	175
je 1 000 Einwohner	"	148	76	127	110	133	180	141	107	185	131	161
Umsatz ⁶⁾ in Mill. DM	April 1962	22 968	572	1 024	2 342	353	8 642	1 840	1 021	3 771	3 024	380
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 431	67	114	392	38	1 262	303	170	578	380	127
Produktionsindex ⁷⁾ (arbeitstäglich) 1950 = 100	"	281	301	262	354	253	.	326	339	295	295	.
BAUWIRTSCHAFT ^{1) 8)} UND WOHNUNGSWESEN												
Beschäftigte in 1 000	30. 4. 1962	1 461	64	49	184	22	416	123	86	228	258	31
je 1 000 Einwohner	"	26,8	27,4	26,4	27,5	30,7	25,9	25,3	25,0	29,0	26,8	28,4
Geleistete Arbeitsstunden in Mill.	April 1962	226	10	7	29	3	66	18	13	36	38	5
je Einwohner	"	4,1	4,3	4,0	4,4	4,9	4,1	3,6	3,8	4,6	3,9	4,2
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁹⁾ Anzahl	Mai 1962	56 693	2 839	1 242	6 781	568	14 550	5 226	3 882	9 436	10 922	1 247
je 10 000 Einwohner	"	10,4	12,2	6,7	10,2	8,0	9,1	10,8	11,3	12,0	11,4	11,5
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl	"	25 280	1 436	1 231	2 524	264	8 422	1 427	1 153	4 694	3 663	466
je 10 000 Einwohner	"	4,6	6,2	6,7	3,8	3,7	5,3	2,9	3,4	6,0	3,8	4,3
AUSFUHR												
Ausfuhr in Mill. DM ¹⁾	Mai 1962	4 666 ^b	112	179	478	51	1 583	414	208	791	504	150
VERKEHR												
Straßenverkehrsunfälle Anzahl	1. Vj. 1962	226 570	9 176	14 093	23 428	3 494	69 177	22 256	13 300	31 181	36 984	3 481
je 10 000 Einwohner	"	42	39	77	35	49	43	46	39	40	39	32
Getötete Personen Anzahl	"	2 632	126	84	427	29	819	229	178	313	370	57
je 1 000 Unfälle	"	12	14	6	18	8	12	10	13	10	10	16
STEUERN												
Steueraufkommen in DM je Einwohner												
Landessteuern ¹⁰⁾	1. Vj. 1962	120	77	239	86	150	137	138	78	130	103	78
Bundessteuern ¹¹⁾	"	184	157	627	137	370	202	162	124	178	141	117
Gemeindesteuern	"	48	37	75	40	68	56	51	37	48	41	25
GELD UND KREDIT ¹²⁾												
Bestand an Spareinlagen in DM je Einwohner	31. 5. 1962	1 083	791	1 469	992	1 175	1 162	1 076	944	1 117	1 037	1 011

1) vorläufiges Ergebnis 2) Saarland; Stand am 14. 11. 1951 3) Gebietsstand; 6. 6. 1961 4) Arbeiter, Angestellte und Beamte 5) Beschäftigte und Arbeitslose 6) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 7) Gesamtindex (ohne Bau) 8) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 9) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 10) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 11) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin 12) ohne Postspareinlagen a) ohne Saarland b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmontat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

Inhalt des lfd. Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Selte
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Ausländer 1961	8/249
Bevölkerung 1960	1/8
Wohnbevölkerung nach der Volkszählung	8/232
Bevölkerungsbewegung	
Ehescheidungen 1960	5/140
Gesundheitswesen	
Krankheiten, Meldepflichtige -	8/240
Unterricht, Bildung und Kultur	
Akademische Prüfungen	6/188
Ingenieurschulen 1960/61	1/24
Jugendgruppen 1961	2/60
Lehrerbedarf und Lehrernachwuchs	4/108
Lehrernachwuchs	6/187
Pädagogische Hochschulen	6/188
Schulen, Allgemeinbildende - 1961	2/36
Turnen und Sport	2/60
Wahlen	
Bundestagswahl 1961, repräsentativ	2/38
Kommunalwahlen März 1962	7/200
Erwerbstätigkeit	
Arbeitsplatzwechsel der Arbeitnehmer	8/242
Streiks	5/155
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Baumschulen 1961	8/251
Betriebe, Landw. - nach Hauptbetriebsart	2/41
Betriebe, Landw. - über 100 ha	4/110
Bodennutzungssysteme	7/205
Gemüse 1961	4/124
Getreideernte und ihre Verwertung	2/46
Getreide 1961	4/125
Handelsdünger 1960/61	1/10
Milchwirtschaft 1961	6/168
Obsternte 1961	2/61
Schlachtetier- und Fleischbeschau	1/12
Schweinebestand März 1962	5/154
Vieh- und Fleischwirtschaft 1960/61	6/170
Zwischenfruchtanbau 1961	2/62
Unternehmungen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Kapitalgesellschaften 1961	5/149
Industrie und Handwerk	
Handwerk 1961	6/182
Industrie 1961	6/177
Produktion, Industrie- 1960	1/15
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauwirtschaft 1961	5/142
Handel und Gastgewerbe	
Fremdenverkehr Sommer 1961	5/146
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	7/213
Konsumgenossenschaften 1960	4/127
Verkehr	
Berlin- und Interzonenhandel 1960	3/79
Bundesbahn, Verkehr der -	8/248
Güterbewegungsstatistiken	3/76
Pkw-Bestand, Voraussichtlicher -	4/128
Straßen, Klassifizierte -	8/248
Straßenverkehrsmittel, Öffentliche -	2/49

Geld, Kredit und Versicherungswesen

Boden- und Kommunalkreditinstitute	7/217
Hypotheken 1961	8/246
Kredite und Einlagen 1961	8/235
Spareinlagen 1900 bis 1960	3/81
Zahlungsschwierigkeiten 1961	6/185

Öffentliche Finanzen

Finanzausgleich, Kommunal -	6/187
Gewerbesteuer-Meßbeträge 1958	4/114
Steueraufkommen 1961	5/152
Umsätze 1960	2/54
Umsatzstruktur 1960	4/116
Vermögensmillionäre	2/63
Verschuldung, Öffentliche -	8/243

Preise

Baupreisstatistik	1/19
Gaststätten, Preise in - 1960	4/119
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preise -	8/250

Löhne und Gehälter

Handwerk, Löhne im -	3/85
Landwirtschaft, Löhne in der - 1961	6/174

Versorgung und Verbrauch

Verbrauch in Haushalten	3/90
-------------------------	------

Sozialprodukt

Bruttoinlandsprodukt Verarb. Gewerbe	1/4
--------------------------------------	-----

Neu erschienen:

Statistische Berichte

CO/Gartenbauerhebung 1961 - 1

„Die Betriebe mit erwerbsmäßigem Anbau von Gartengewächsen nach Betriebsarten und Produktionssparten 1961“

28 Seiten, Preis 1,80 DM

CO/Landwirtschaftszählung 1960 - 5

„Die Viehhaltung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 1960“

34 Seiten, Preis 2,-- DM

L I 1/2-5 „Die öffentlichen Haushaltsrechnungen 1951-1961“

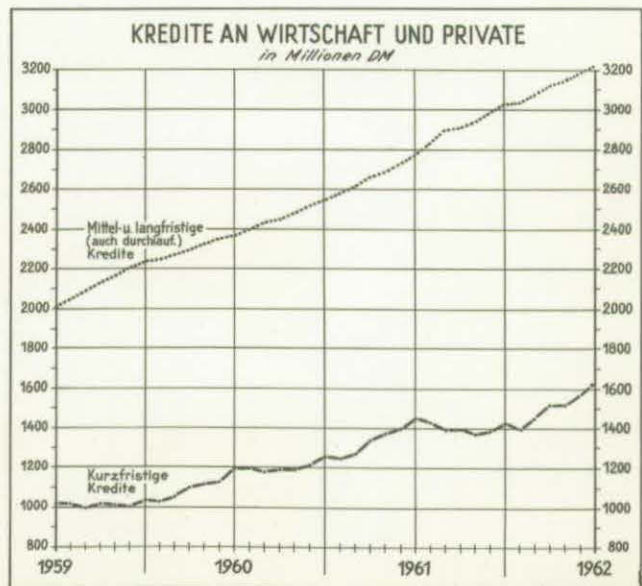
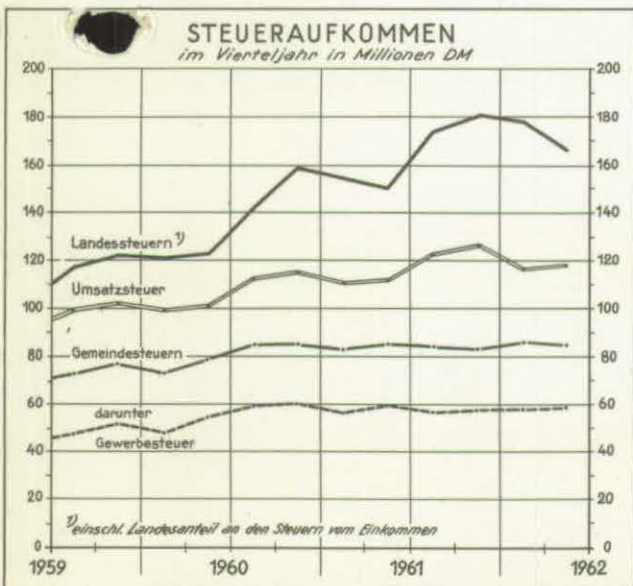
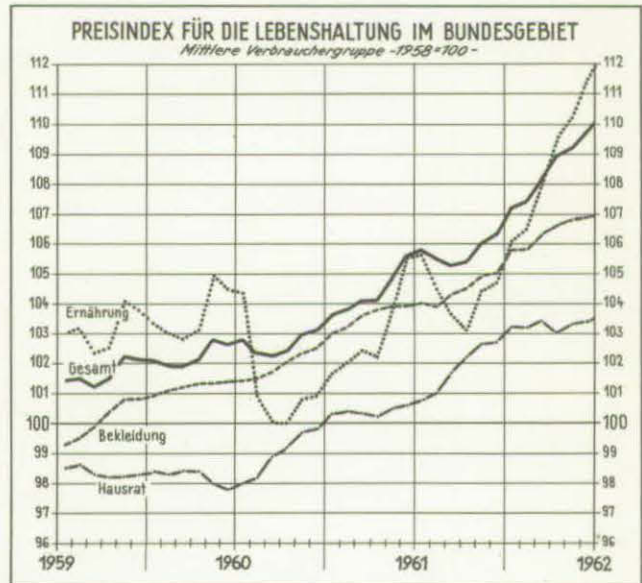
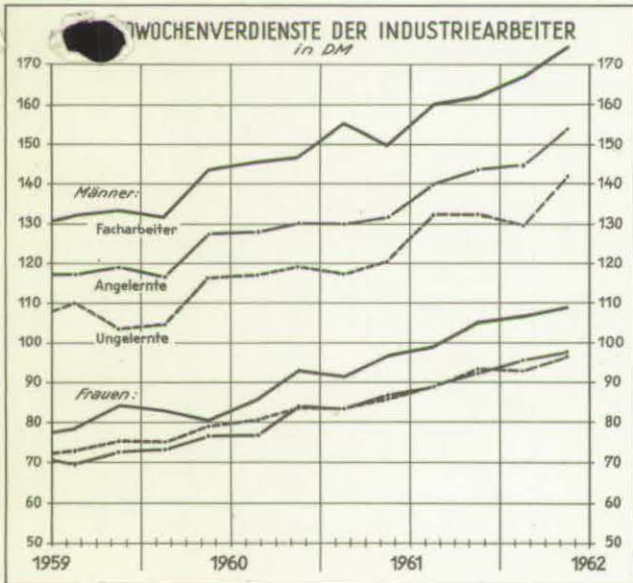
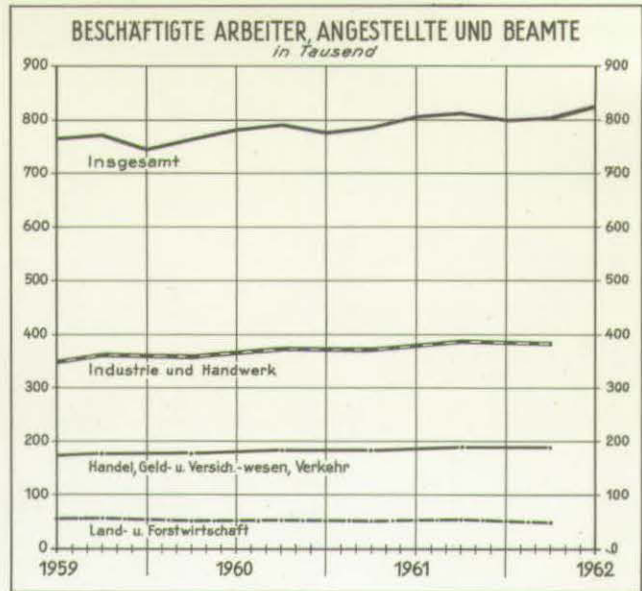
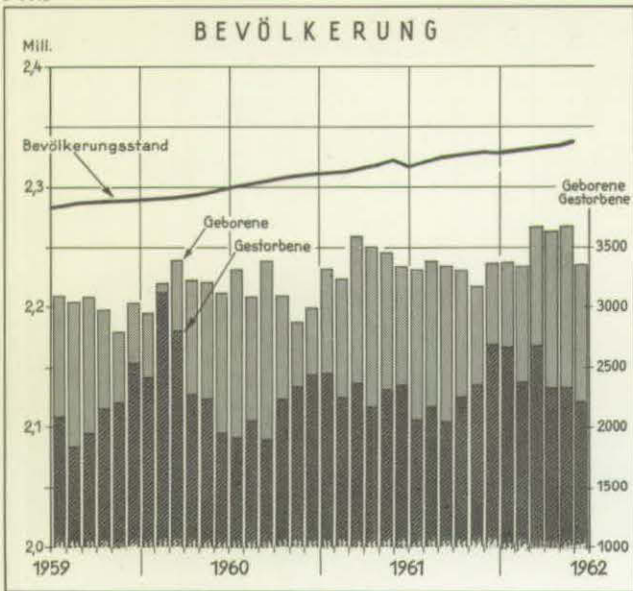
50 Seiten, Preis 3,50 DM

P I 1-2 „Das Bruttoinlandsprodukt im Bundesgebiet und in den Ländern nach Wirtschaftsbereichen 1950 -1959“

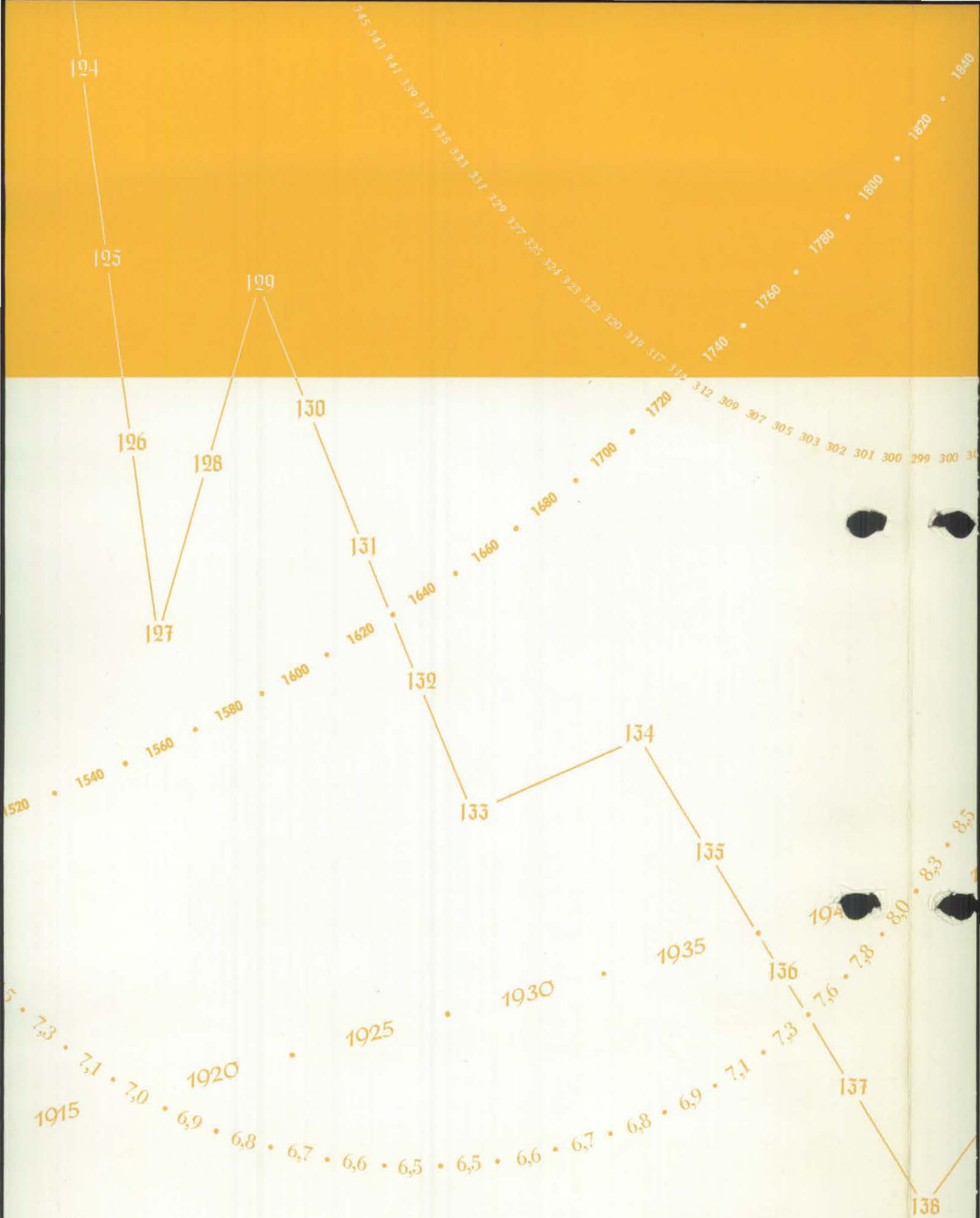
25 Seiten, Preis 1,80 DM

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A*

D-3015



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43602
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen